

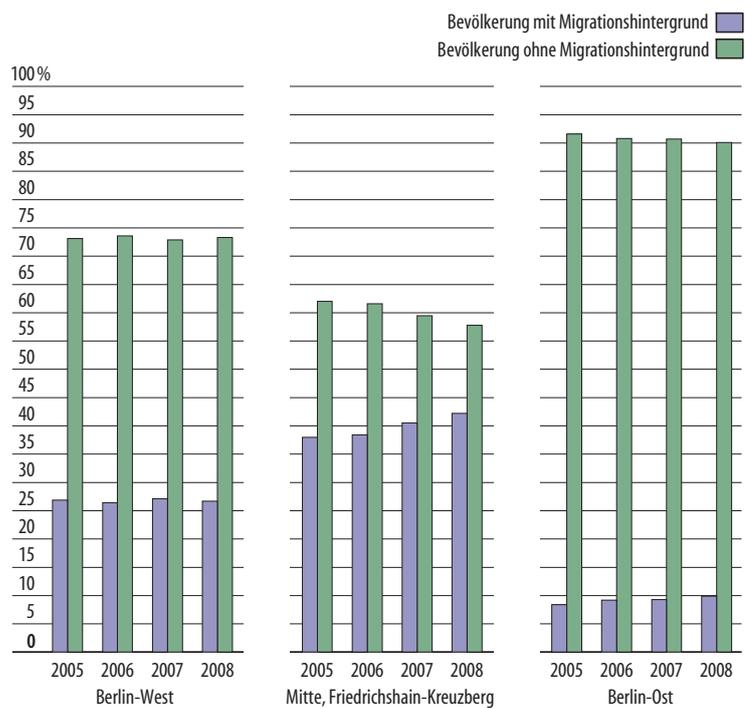
Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin

Zahlen und Fakten aus dem Mikrozensus 2008

Verwaltungsdaten in der amtlichen Statistik
Qualität der Daten aus Verwaltungsdatenspeichern

Wege zu Transparenz und Vergleichbarkeit beruflicher Bildung in den Bundesländern
– Voraussetzungen für empirische Bildungsberichterstattung und -forschung auf nationaler und internationaler Ebene

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Berliner Bezirken
Ergebnisse aus dem Mikrozensus



Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
4. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444
Tel.: 030 9021 - 3434

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2010**
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



Inhaltsübersicht

- 24** **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin**
Zahlen und Fakten aus dem Mikrozensus 2008
- 31** **Verwaltungsdaten in der amtlichen Statistik**
Qualität der Daten aus Verwaltungsdatenspeichern
- 40** **Wege zu Transparenz und Vergleichbarkeit beruflicher Bildung in den Bundesländern – Voraussetzungen für empirische Bildungsberichterstattung und -forschung auf nationaler und internationaler Ebene**

Kurz gefasst ...



2 ... aus Berlin und Brandenburg

- Bevölkerung**
Juni 2009
- Verarbeitendes Gewerbe**
November 2009
- Erwerbstätigkeit**
Jahr 2009
- Baugewerbe**
November 2009
- Einzelhandel**
November 2009
- Preise**
Januar 2010
Jahr 2009
- Tourismus**
November 2009

11 ... aus Deutschland

- Verdienste**
Jahr 2009: Tarifverdienste gestiegen
- Arbeitsmarkt**
Dezember 2009: Erwerbstätigkeit
- Soziales**
Jahr 2008: Mindestsicherung
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**
Jahr 2008: Rezession

13 ... aus Europa

- Verarbeitendes Gewerbe**
November 2009: Industrie der Eurozone
- Arbeitsmarkt**
Dezember 2009: Arbeitslosenquote

Rubriken



14 **Wirtschaft im Überblick**

Berlin
Oktober 2009

18 **Brandenburg**
Oktober 2009

45 **Historisches**
Das Unterrichtswesen in Preußen

47 **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

*Umschlag-
seite*

3 **Grafik**
Durchschnittliche Haushaltseinkommen der Berliner Bevölkerung nach Migrationshintergrund des Haupteinkommenbeziehers

Armutsgefährdung der Berliner Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund

*Umschlag-
seite*

4 **Grafik**
Erwerbsbeteiligung der Berliner Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund 2008

Bildungsstand der Berliner Bevölkerung ab 25 Jahre mit und ohne Migrationshintergrund 2008

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung Juni 2009: Kein weiterer Bevölkerungszuwachs in Berlin

Die Bevölkerungszahl Berlins lag am Ende des 1. Halbjahres 2009 bei rund 3 431 700 Personen. Das waren genau so viele Einwohner wie am Jahresanfang. Damit ist der seit 2005 zu beobachtende Bevölkerungszuwachs zunächst gestoppt.

Hintergrund dieser Entwicklung sind die zu verzeichnenden hohen Fortzugzahlen ins Ausland. Diese sind jedoch zu großen Teilen auf die Bereinigung der Melderegister zurückzuführen: Wegen der bundesweiten Einführung der Steuer-Identifikationsnummer für jeden Bundesbürger werden seit 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen, die zu zahlreichen sogenannten Abmeldungen von Amts wegen führen. So ermittelte das Amt für Statistik für das 1. Halbjahr 2009 rund 31 600 Fortzüge ins Ausland, während es im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nur 16 100 Fälle waren. Bei 23 800 Zuzügen aus dem Ausland ergab sich ein Verlust von 7 800 Personen. Im Vorjahreshalbjahr wurde noch ein Zuwachs von 4 700

Personen ermittelt. Mit der Registerbereinigung werden jetzt Fortzugfälle erzeugt, die schon vor längerer Zeit stattgefunden haben, seinerzeit jedoch nicht registriert werden konnten.

Gegenüber dem übrigen Bundesgebiet kann Berlin jedoch weiterhin eine positive Bilanz ziehen. Hier überwogen die Zuzüge die Fortzüge deutlich, sodass unter dem Strich ein Bevölkerungsgewinn von rund 9 000 Personen steht (Vergleichsquartal: 4 900 Personen). In diesem Ergebnis ist auch schon der Bevölkerungsverlust von 1 600 Personen enthalten, den Berlin gegenüber seinem Umland erlitten hat. Im 1. Halbjahr 2008 hatte der Verlust aber noch bei 2 600 Personen gelegen.

In den Monaten Januar bis Juni 2009 sind 14 175 Kinder geboren worden und damit 43 Kinder weniger als im Vergleichszeitraum. Andererseits sind 15 496 Berlinerinnen und Berliner verstorben. Somit ergab sich ein Sterbeüberschuss von 1 321 Personen, der etwas höher als der des Vergleichszeitraumes 2008 ausfiel (1 021 Personen).

Bevölkerung Juni 2009: Brandenburger Bevölkerungszahl weiter zurückgegangen

Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag Ende Juni 2009 bei rund 2 516 000 Personen. Das waren knapp 6 800 Personen bzw. knapp 0,3 % weniger als am Jahresanfang. Damit hält der seit 2001 zu beobachtende Bevölkerungsrückgang weiter an. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres war die Bevölkerungszahl Brandenburgs um 0,2 % geschrumpft.

Im 1. Halbjahr 2009 sind 8 545 Kinder geboren worden, das waren 117 Neugeborene weniger als im gleichen Halbjahr 2008. Andererseits sind 13 703 Brandenburgerinnen und Brandenburger verstorben, 388 Personen mehr als im Vergleichszeitraum. Der daraus resultierende Sterbeüberschuss betrug 5 158 Personen, der somit größer als der des Vergleichszeitraumes 2008 ausfiel (4 653 Personen).

Rund 27 400 Personen sind in den Monaten Januar bis Juni 2009 ins Land Brandenburg gezogen, circa 300 Personen mehr als im Vorjahreszeitraum. Dem gegenüber haben 29 100 Personen das Land verlassen, knapp 600 Personen mehr als im 1. Halbjahr von 2008. Per saldo ergab sich ein Wanderungsverlust von 1 700 Personen (Vorjahreszeitraum: 1 500 Personen).

Der Wanderungsverlust war hauptsächlich auf die Abwanderungen in die alten Bundesländer zurückzuführen, per saldo verlor Brandenburg rund 1 200 Personen dorthin. Gegenüber Berlin konnte das Land Brandenburg einen leichten Bevölkerungsgewinn erzielen, mit 12 200 Zuzügen aus Berlin und 12 000 Fortzügen dorthin ergab sich ein Zuwachs von 200 Personen. Im Vorjahresquartal gab es noch einen Zuzugsgewinn von 1 500 Personen.

Verarbeitendes Gewerbe November 2009: Berliner Industrieumsätze gesunken

Die Umsätze der 326 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten nahmen im November 2009 um 6,8 % auf 1,8 Mrd. EUR gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ab. Das Auslandsgeschäft ging um 7,8 % auf 0,9 Mrd. EUR zurück, während die Einbußen im Inlandsgeschäft 6,0 % betragen.

Den höchsten Umsatzverlust meldeten die Maschinenbauer mit 41,6 %, überwiegend durch weniger Geschäfte mit ausländischen (–52,0 %) Geschäftspartnern.

Die Pharmaziehersteller als umsatzstärkste Branche erzielten 6,1 % mehr Umsätze als im November 2008, wobei die Auslandsgeschäfte um 9,8 % zunahmen. Den stärksten Rückgang beim Inlandsumsatz verzeichneten die Nahrungs- und Futtermittelhersteller mit einem Minus von 22,5 %.

Von Januar bis November 2009 verringerten sich die Umsätze gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,4 % auf 19,6 Mrd. EUR, während die Auslandsumsätze um 4,8 % und die Inlandsumsätze um 7,8 % abnahmen.

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR				
Januar	77 219	1 656,1	795,9	0,7	2,4	18,3
Februar	77 895	1 747,3	837,2	1,6	–4,0	0,3
März	78 705	1 967,5	891,5	2,4	4,6	8,4
April	78 936	1 691,3	793,4	1,9	–8,9	–7,3
Mai	78 749	1 755,7	844,0	2,0	–5,6	–2,7
Juni	77 098	1 889,4	893,7	–0,1	–2,3	–0,4
Juli	76 986	1 783,1	775,0	–0,1	–7,0	–7,9
August	76 722	1 665,6	726,2	–0,7	–2,9	0,0
September	76 929	1 882,6	853,5	–1,4	–9,8	–3,5
Oktober	76 998	1 743,4	856,0	–1,4	–24,4	–31,7
November ..	76 633	1 786,2	850,6	–1,6	–6,8	–7,8
Januar bis November	77 534	19 568,3	9 116,9	0,3	–6,4	–4,8

Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin seit Januar 2009

Verarbeitendes Gewerbe November 2009: Brandenburger Industrieumsätze auf Vorjahresniveau

Die 416 Brandenburger Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte verfehlten im November 2009 mit 1,6 Mrd. EUR Umsatz das Ergebnis des Vorjahresmonats nur um 0,1 %. Während das Inlandsgeschäft um 0,8 % zunahm, verminderte sich der Umsatz mit ausländischen Geschäftspartnern um 2,6 %.

Unter den umsatzstärksten Branchen erzielten die metallherzeugenden/-bearbeitenden Betriebe und die Nahrungsmittelhersteller Steigerungen von 20,3 % und

5,2 % infolge zweistelliger Zuwachsraten im Auslandsgeschäft. Dagegen meldeten der sonstige Fahrzeugbau und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen deutliche Umsatzeinbußen von 14,0 % und 13,7 %.

In den elf Monaten des Jahres 2009 erwirtschaftete die Brandenburger Industrie insgesamt einen Umsatz von 16,1 Mrd. EUR und damit 10,9 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Auslandsumsatz ging dabei um 15,4 % zurück.

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR				
Januar	73 007	1 272,9	291,1	2,0	–14,5	–25,2
Februar	73 044	1 238,3	267,3	2,1	–19,4	–34,2
März	72 941	1 448,3	351,0	2,2	–5,4	–10,5
April	73 438	1 399,9	338,1	1,3	–18,9	–27,3
Mai	73 050	1 424,9	363,0	0,4	–9,9	–6,6
Juni	73 041	1 565,2	414,8	–	–8,8	–8,9
Juli	72 885	1 491,6	354,5	–0,9	–13,6	–18,6
August	72 988	1 408,4	356,8	–1,0	–11,7	–11,4
September	73 378	1 599,4	406,3	–1,0	–7,4	–7,8
Oktober	73 019	1 626,3	433,3	–0,9	–10,4	–15,3
November ..	72 845	1 590,1	403,3	–0,9	–0,1	–2,6
Januar bis November	73058	16065,3	3979,4	0,3	–10,9	–15,4

Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg seit Januar 2009

Erwerbstätigkeit 2009: Erwerbstätigkeit in Berlin-Brandenburg trotz Wirtschaftskrise gestiegen

Im Jahr 2009 hat die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg weiter zugenommen. Unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise fiel der Anstieg im Vergleich zum Jahr 2008 jedoch wesentlich geringer aus.

Nach ersten Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ für 2009 waren in Berlin im Jahresdurchschnitt insgesamt 1 664 100 Personen erwerbstätig. Gegenüber dem Jahr 2008 wurde noch ein Beschäftigungsanstieg von 1,6 % oder 26 100 Personen erreicht (2008 waren es noch +2,1 %). Dies war der höchste Zuwachs aller Bundesländer Deutschlands. Nur noch fünf weitere Länder konnten überhaupt eine positive Beschäftigungsbilanz aufweisen.

Auch in Brandenburg erhöhte sich 2009 die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % oder 7 300 Personen auf 1 055 600 Personen (2008: +1,3 %). Damit wurde in der Region Berlin-Brandenburg insgesamt ein Zuwachs an Beschäftigung von 1,2 % oder 33 400 Personen erreicht.

In Deutschland verminderte sich erstmals seit 2005 wieder die Erwerbstätigenzahl um 0,1 % oder 37 000 Personen.

Von dem Rückgang der Erwerbstätigkeit waren 2009 die neuen Bundesländer ohne Berlin mit 0,5 % wesentlich stärker als die alten Bundesländer ohne Berlin mit 0,1 % betroffen.

Dennoch fiel der Rückgang schwächer aus als vielfach befürchtet. Die massive Ausweitung der Kurzarbeit sowie der Abbau von Überstunden und das Abschmelzen von Guthaben auf Arbeitszeitkonten haben die Beschäftigungsverluste gedämpft.

Zu dem positiven Ergebnis in Berlin und Brandenburg trugen insbesondere die Arbeitnehmer bei.

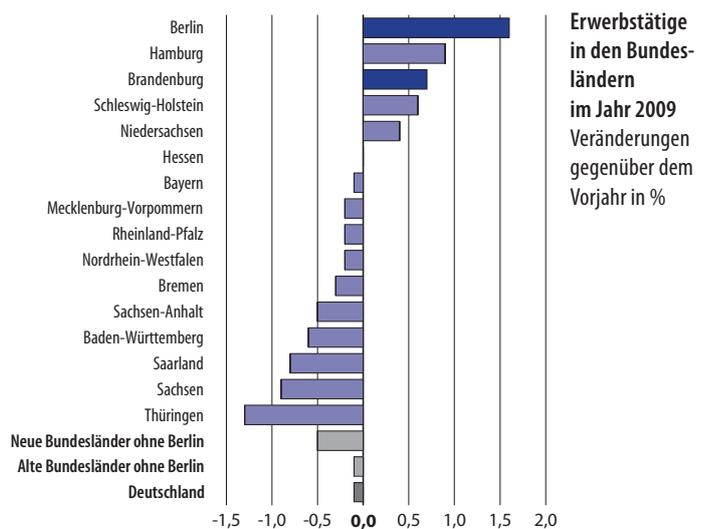
In beiden Ländern hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten stärker zugenommen als in der Mehrzahl der anderen Bundesländer. Lediglich die Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) sind in Berlin kräftig zurückgefahren worden.

In der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg im Jahr 2009 teilweise sehr unterschiedlich.

Da die beiden Länder Berlin und Brandenburg als Hauptstadtregion über eine stark dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur verfügen, hat sich bisher die Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungssituation nur begrenzt auswirken können. In Berlin und Brandenburg stieg die Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich mit jeweils 2,0 % und 1,0 % noch stärker als in Deutschland, wo es nur noch zu einem leichten Anstieg von 0,6 % kam.

Im Produzierenden Gewerbe, das von der Wirtschaftskrise am stärksten erfasst wurde, kam es in Berlin und Brandenburg zwar auch zu einem Beschäftigungsrückgang, jedoch nicht in einem so gravierenden Ausmaß, wie es Deutschland insgesamt getroffen hat.

Im Ergebnis dessen fiel der Abbau von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2009 in Berlin (-1,5 %) und Brandenburg (-0,5 %) deutlich gemäßiger als im Durchschnitt Deutschlands (-2,7 %) aus. (...)



Erwerbstätigkeit Jahr 2009: In Berlin-Brandenburg weniger Arbeitsstunden geleistet

Im Jahr 2009 wurden unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise in der Region Berlin-Brandenburg von den Erwerbstätigen weniger Arbeitsstunden geleistet als noch ein Jahr zuvor. Ursache dafür ist im Wesentlichen die Ausweitung der Kurzarbeit, der Abbau von Überstunden und das Abschmelzen von Guthaben auf Arbeitszeitkonten.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im vergangenen Jahr in der Region Berlin-Brandenburg um 33 400 Personen oder 1,2 % auf insgesamt 2,72 Mill. Personen zugenommen. Diese erbrachten ein Jahresarbeitszeitvolumen von 3 904 Mill. Stunden. Damit wurden rund 30 Mill. Arbeitsstunden oder 0,8 % weniger als im Jahr zuvor geleistet.

Das ergab eine erste vorläufige Berechnung des Arbeitsvolumens im Jahr 2009 durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Es umfasst die geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die sie als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) und Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger für eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit aufwenden.

In Berlin haben die 1,66 Mill. Erwerbstätigen insgesamt 2 375 Mill. Arbeitsstunden erbracht und damit 0,4 % oder 9 Mill. Stunden weniger als in 2008 gearbeitet. In Brandenburg wurden von den 1,06 Mill. Erwerbstätigen 1,4 % oder 21 Mill. Arbeitsstunden weniger geleistet. Das Arbeitsvolumen erreichte hier insgesamt 1 529 Mill. Stunden. Zu diesem Ergebnis trugen insbesondere die Regelungen zur Kurzarbeit bei.

In Brandenburg war die Ausweitung der Kurzarbeit insgesamt stärker ausgeprägt als in Berlin. So arbeiteten bis Ende September 2009 in Brandenburg durchschnittlich 21 500 Personen in Kurzarbeit, das waren 2,9 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Berlin waren hingegen im Durchschnitt nur 14 400 Personen in Kurzarbeit, das waren 1,3 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Deutschlandweit verminderte sich das Arbeitsvolumen um 2,9 % bei einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 0,1 %. Im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Auswirkungen der Wirtschaftskrise am stärksten zu spüren sind, gingen die geleisteten Arbeitsstunden um 9,7 % bei einem Rückgang der Beschäftigung um 2,7 % zurück. In Berlin waren die geleisteten Arbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe um 7,2 % und in Brandenburg um 7,1 % niedriger als 2008. Unter den Bundesländern hatten hier Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen mit über 10 % die stärksten Rückgänge zu verzeichnen.

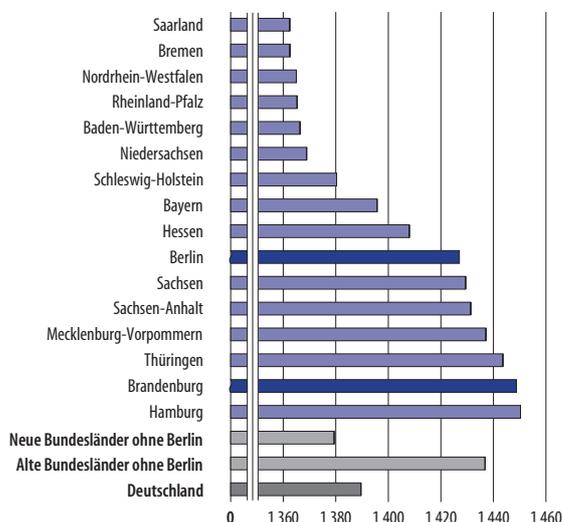
Die Pro-Kopf-Arbeitszeit hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und damit verbundener Arbeitsmarkt-

regulierungen im Durchschnitt aller Bundesländer um 2,8 % vermindert. (2008: -0,1 %). Die Arbeitszeit eines Erwerbstätigen wird neben der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage in den Bundesländern durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bestimmt. Dazu gehören neben regionalen und branchenspezifischen Tariffestlegungen oder besonderen Arbeitszeitregelungen der Arbeitgeber und Unterschiede im zeitlichen Arbeitsumfang von Beschäftigungsverhältnissen (abhängige und selbstständige Erwerbstätigkeit, marginale Beschäftigungsformen, Voll- und Teilzeitarbeit) auch die Mehr- und Kurzarbeit sowie krankheitsbedingte Ausfallzeiten.

Diese die Arbeitszeit bestimmenden Faktoren waren auch im vergangenen Jahr regional unterschiedlich ausgeprägt, sodass die voneinander abweichende geleistete Pro-Kopf-Arbeitszeit in den Bundesländern kein Maßstab der Intensität und Qualität der verausgabten Arbeitszeit darstellt. Die Unterschiede machen im Durchschnitt bis zu 90 Stunden je Erwerbstätigen aus. Die niedrigste Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 363 Stunden verzeichnete Bremen, die höchste mit 1 450 Stunden Hamburg.

In Berlin leistete ein Erwerbstätiger 2009 im Durchschnitt 1 427 und in Brandenburg 1 449 Arbeitsstunden. In beiden Ländern wurde damit länger als bundesweit im Durchschnitt (1 390 Stunden) gearbeitet: in Berlin 37 und in Brandenburg 59 Stunden. Gegenüber dem vorangegangenen Jahr hat sich die jährliche Pro-Kopf-Arbeitszeit in Berlin um 28 Stunden und in Brandenburg um 30 Stunden vermindert, in Deutschland betrug der Rückgang 40 Stunden je Erwerbstätigen.

Das Jahresarbeitspensum eines Erwerbstätigen war im Jahr 2009 im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt aller Bundesländer und auch in Berlin und Brandenburg erstmals seit Jahren niedriger als in der gesamten Wirtschaft. So arbeitete in Berlin ein Erwerbstätiger im Verarbeitenden Gewerbe 1 420 Stunden und somit 7 Stunden weniger als im Durchschnitt der Berliner Gesamtwirtschaft und 87 Stunden weniger als im vorangegangenen Jahr. In Brandenburg lag die durchschnittliche Arbeitszeit eines Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe bei 1 438 Stunden und war damit 11 Stunden niedriger als im Durchschnitt der Brandenburger Wirtschaft und 102 Stunden niedriger als im Jahr 2008 im Verarbeitenden Gewerbe.



Geleistete Arbeitszeit
je Erwerbstätigen
im Jahr 2009

Baugewerbe
November 2009:
Weniger Umsätze
und Aufträge
für Berliner Baubetriebe

In den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten sank der baugewerbliche Umsatz im November 2009 leicht um 0,8 % auf 175,6 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Verantwortlich dafür war der Umsatzrückgang im Wohnungsbau um fast die Hälfte (-46,5 %); sowohl der gewerbliche und industrielle Hochbau (+21,1 %) als auch der öffentliche Hochbau (+32,2 %) erzielten dagegen Umsatzzuwächse. Die Umsätze in den Sparten des Tiefbaus, Straßenbau (+29,5 %), gewerblicher und industrieller Tiefbau (+3,5 %) sowie sonstiger Tiefbau (+0,9 %) entwickelten sich im November 2009 gegenüber November 2008 positiv. Die Zuwächse des baugewerblichen Umsatzes im gesamten Tiefbau um 6,9 % konnten den Umsatzrückgang des gesamten Hochbaus um 6,6 % im betrachteten Monat nicht gänzlich kompensieren.

Die Auftragslage in den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes verschlechterte sich im November 2009 gegenüber November 2008 um 13,1 % (104,9 Mill. EUR). Damit setzte sich die positive Entwicklung der Auftragsgänge der beiden Vormonate nicht fort.

Die Zahl der tätigen Personen im November 2009 lag mit 10 726 um 17,0 % über der des Vorjahresmonats; allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass etwa 8 % mehr Betriebe befragt wurden. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug 16 375 EUR, 15,2 % weniger als im Vorjahr. Die Bruttoentgeltsumme wies 35,3 Mill. EUR aus und lag 27,6 % über der des Vorjahres; die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,1 Mill.) stieg gegenüber November 2008 um 20,6 %.

Zeitraum	Im Bauhauptgewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftrags- eingang	tätige Personen	Umsatz	Auftrags- eingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Oktober	10 679	156,2	137,3	16,5	5,1	48,7
November	10 726	175,6	104,9	17,0	-0,8	-13,1
Januar bis November	9 135	1 411,5	1 127,8	5,6	-3,2	-16,9

Bauhauptgewerbe
in Berlin
seit Januar 2009

Baugewerbe
November 2009: Mehr
Umsätze und Aufträge
für Brandenburger
Baubetriebe

In den Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen stieg der baugewerbliche Umsatz im November 2009 um 15,3 % auf 256,3 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dabei handelt es sich um den höchsten Umsatzanstieg seit Juni 2009.

Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau haben sich im November 2009 alle Sparten gegenüber dem Vorjahresmonat positiv entwickelt. Die Umsatzentwicklung im gesamten Hochbau lag im betrachteten Monat 29,0 % und im Tiefbau 5,0 % über dem Vorjahresniveau.

Die befragten Betriebe des Brandenburger Bauhauptgewerbes verbuchten im November 2009 Auftragsgänge in Höhe von 133,9 Mill EUR; das liegt 7,0 % über dem Wert des Vorjahresmonats.

Schon im Vormonat sanken die Auftragsgänge nicht mehr (+0,5 %), sodass sich die negative Entwicklung der Auftragsgänge der vorherigen Monate nicht fortsetzte.

Die Zahl der tätigen Personen ist im November 2009 gegenüber November 2008, wie bereits im Oktober 2009, nur leicht um 0,5 % auf 16 336 gesunken. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten stieg um 15,9 % auf 15 689 EUR. Die Bruttoentgeltsumme wies 39,6 Mill. EUR aus und lag 2,1 % über der des Vorjahres. Im November 2009 wurden durch die Beschäftigten der auskunftspflichtigen Betriebe 1,9 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das waren im arbeitstäglichen Mittel 3,3 % weniger als vor einem Jahr.

Zeitraum	Im Bauhauptgewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftrags- eingang	tätige Personen	Umsatz	Auftrags- eingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Oktober	16 523	240,5	149,1	-0,5	4,4	0,5
November	16 336	256,3	133,9	-0,5	15,3	7,0
Januar bis November	15 768	2 008,3	1 681,6	-2,5	4,4	-4,6

Bauhauptgewerbe
in Brandenburg
seit Januar 2009

Einzelhandel November 2009: Berliner Einzelhandel mit negativer Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung

Nach vorläufigen Berechnungen verzeichnete der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im November 2009 einen Umsatzrückgang von nominal 2,7 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab das ein Umsatzminus von 2,6 %. Der November 2009 hatte mit 25 Verkaufstagen ebenso viele wie im November 2008.

Rückläufige Umsätze meldeten die meisten Branchen, eine Umsatzsteigerung erreichte der Handel außerhalb von Verkaufsräumen um nominal 2,0 % (real +3,2 %).

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel ging im November 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 1,4 % zurück. Dabei war die Zahl der Vollbeschäftigten um 5,0 % rückläufig, die der Teilzeitbeschäftigten nahm um 1,3 % zu.

Wirtschaftszweig	November 2009			Januar bis November 2009		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen).....	-2,7	-2,6	-1,4	-1,8	-1,9	0,3
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-4,4	-4,0	-1,4	-2,6	-2,3	3,6
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-5,0	-6,4	-2,4	-5,4	-6,9	-3,2
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-0,5	0,0	-5,1	-1,8	-1,4	-4,0
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	-1,7	-2,5	-0,5	-0,8	-1,9	-1,4
außerhalb von Verkaufsräumen ¹	2,0	3,2	4,5	2,4	5,9	2,9

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im November 2009 - vorläufige Ergebnisse -

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Einzelhandel November 2009: Negative Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Land Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im Land Brandenburg im November 2009 nach vorläufigen Berechnungen nominal 2,9 % und real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, 2,2 % weniger um als im Vorjahresmonat.

Die Anzahl der Verkaufstage war im November 2009 mit 25 genau so groß wie im November 2008.

Die Umsatzeinbußen betrafen vorrangig den Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen sowie den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg war im November 2009 um 2,9 % niedriger als vor einem Jahr.

Bei den Vollbeschäftigten wurde gegenüber dem Vorjahresmonat ein Rückgang um 3,7 % ermittelt, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank um 2,4 %.

Wirtschaftszweig	November 2009			Januar bis November 2009		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen).....	-2,9	-2,2	-2,9	-2,5	-2,1	-1,6
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-5,6	-5,0	-4,1	-3,8	-3,5	0,2
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-13,3	-14,5	-17,2	-10,9	-12,4	-15,4
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	4,4	5,1	1,7	1,5	0,6	-2,4
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	1,7	0,9	-2,4	1,8	0,6	-2,0
außerhalb von Verkaufsräumen ¹	-15,3	-10,5	5,5	-18,3	-5,5	2,5

Umsatz und Beschäftigte des Brandenburger Einzelhandels im November 2009 - vorläufige Ergebnisse -

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Preise
Januar 2010:
Verbraucherpreise
in Berlin um 0,9 %
gestiegen

Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Dezember 2009 bis Januar 2010 um 0,6 % auf einen Indexstand von 107,0 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2009 betrug +0,9 %.

Von Dezember 2009 bis Januar 2010 ist der Verbraucherpreisindex wieder gesunken.

Der Rückgang um 0,6 % ist maßgeblich auf saisonale Preisrückgänge für Pauschalreisen (-18,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (-15,9 %, darunter Miete für Ferienwohnungen -32,7 %) zurückzuführen, sodass die Erhöhung der Energie- (+3,5 %) und Nahrungsmittelpreise (+1,2 %) nicht sichtbar wurde. Teurer als im Dezember 2009 waren vor allem Heizöl, Kraftstoffe und Strom sowie bei Nahrungsmitteln Gemüse (+10,1 %) und Obst (+4,1 %). Insbesondere die Preise für Gurken, Salat, Tomaten, Blumenkohl und andere Kohlsorten, Zucchini, Auberginen, Paprikaschoten, Möhren, Zitronen, Weintrauben, Apfelsinen, Birnen, Äpfel und Kiwis haben sich merklich erhöht.

Günstiger als im Vormonat, insbesondere durch beginnende Winterschlussverkäufe, wurden Schuhe (-4,5 %) und Bekleidung (-3,1 %) angeboten. Der auffallend hohe Preisrückgang im Bereich Bildung ist auf die Erweiterung der Beitragsfreiheit für Kita-Plätze in Berlin zurückzuführen. Neben dem kostenlosen

Vorschuljahr für die Betreuung von Kindern in Kitas und bei der Tagespflege entfällt ab 1. Januar 2010 auch der Elternbeitrag für die Kinderbetreuung im zweiten Jahr vor der Einschulung. Hierfür wurde ein Preisrückgang um 26,8 % ermittelt.

Die jährliche Veränderung gegenüber Januar 2009 ist mit +0,9 % wieder zurückgegangen (Dezember 2009: +1,2 %). Wie schon Ende 2009 war auch zu Jahresbeginn der Preisanstieg bei Mineralölprodukten (+11,9 %) bestimmend für die Gesamtentwicklung. Kraftstoffe verteuerten sich um 13,5 % und Heizöl um 6,6 %. Teurer als vor einem Jahr blieben auch Bekleidung (+3,9 %) und Schuhe (+2,4 %).

Gedämpft wurde die jährliche Veränderung durch deutliche Preisrückgänge bei Gas (-21,5 %) sowie Zentralheizung und Fernwärme (-10,1 %). Auch die Änderung der Beitragszahlung für die Kinderbetreuung wirkte sich auf die jährliche Preisentwicklung aus. Weiterhin verbraucherfreundlich zeigten sich die Nahrungsmittelpreise, obwohl innerhalb dieser Gütergruppe unterschiedliche Entwicklungen beobachtet wurden. Einerseits waren Gemüse (-6,4 %), Zucker, Marmelade, Honig, Sirup und Süßwaren (-3,2 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (-2,4 %) günstiger, andererseits aber Speisefette und -öle (+7,1 %), Obst (+4,4 %) sowie Fisch und Fischwaren (+2,8 %) teurer als vor einem Jahr.

Preise
Januar 2010:
Verbraucherpreise
in Brandenburg
um 0,6 % gestiegen

Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von Dezember 2009 bis Januar 2010 um 0,6 % auf einen Indexstand von 106,9 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2009 betrug +0,6 %.

Von Dezember 2009 bis Januar 2010 ist der Verbraucherpreisindex wieder gesunken.

Der Rückgang um 0,6 % ist maßgeblich auf saisonale Preisrückgänge für Pauschalreisen (-18,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (-15,0 %, darunter Miete für Ferienwohnungen -32,7 %) zurückzuführen, sodass die Erhöhung der Energie- (+1,8 %) und Nahrungsmittelpreise (+1,0 %) nicht sichtbar wurde. Teurer als im Dezember 2009 waren vor allem Heizöl, Kraftstoffe, Strom und Gas sowie bei Nahrungsmitteln Gemüse (+12,2 %). Insbesondere die Preise für Gurken, Tomaten, Blumenkohl und andere Kohlsorten, Salat, Zucchini, Auberginen, Paprikaschoten, Möhren und Kartoffeln haben sich merklich erhöht. Gegenüber dem Vormonat gestiegen sind auch die Wohnungsnebenkosten (Wasser +2,3 %, Müllabfuhr +2,1 %, Abwasser +0,8 %).

Günstiger als im Vormonat, insbesondere durch beginnende Winterschlussverkäufe, wurden Bekleidung (-2,8 %) und Schuhe (-1,7 %) angeboten.

Die jährliche Veränderungsrate gegenüber Januar 2009 ist mit +0,6 % nahezu unverändert geblieben (Dezember 2009: +0,7 %). Wie schon zum Jahresende 2009 war auch zu Beginn des neuen Jahres hauptsächlich der Preisanstieg bei den Mineralölprodukten (+13,0 %) bestimmend dafür. Kraftstoffe verteuerten sich um 15,7 % und Heizöl um 4,5 %. Deutlich teurer als vor einem Jahr bleiben auch Bekleidung und Schuhe (+3,0 %).

Gedämpft wurde die Gesamtentwicklung im Jahresvergleich durch deutliche Preisrückgänge bei Gas (-20,4 %), Zentralheizung und Fernwärme (-12,5 %) sowie festen Brennstoffen (-6,9 %). Auch die Nahrungsmittelpreise insgesamt zeigen sich weiterhin verbraucherfreundlich, obwohl innerhalb dieser Gütergruppe unterschiedliche Entwicklungen beobachtet wurden. Einerseits waren Gemüse (-9,4 %), Molkereiprodukte und Eier (-4,6 %), Zucker, Marmelade, Honig, Sirup und Süßwaren (-1,8 %), Fleisch und Fleischwaren (-1,4 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (-1,1 %) günstiger, andererseits aber Fisch und Fischwaren (+6,3 %), Speisefette und -öle (+5,1 %) sowie Obst (+0,8 %) teurer als vor einem Jahr.

Preise
Jahr 2009:
Baupreisindex in Berlin
gegenüber 2008 gestiegen

Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden (Bauleistungen am Bauwerk) in Berlin ist im Berichtsmonat November 2009 gegenüber August 2009 um 0,1 % auf einen Indexstand von 114,2 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung zum Vorjahresmonat November 2008 betrug +0,4 %.

Von August 2009 bis November 2009 ist der Baupreisindex nahezu unverändert geblieben. Ursache der moderaten Entwicklung von +0,1 % war der leichte Anstieg der Preise für Ausbauarbeiten um +0,2 %. Neben Preiserhöhungen von 0,1 bis 2,0 % waren unter den einzelnen Bauarbeiten auch Preisrückgänge von 0,2 bis 0,4 % zu verzeichnen. Für Rohbauarbeiten wurde im Vergleich zu August 2009 eine Preisveränderung von +0,1 % ermittelt.

Die jährliche Veränderungsrate des Baupreisindex betrug im November 2009 gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahres +0,4 % und ist damit im Verlauf des Jahres 2009 weiter kontinuierlich zurückgegangen (August 2009: +1,1 %, Mai 2009: +1,7 %, Februar 2009: +2,4 %, November 2008: +3,9 %). Wie auch die kurzfristige Entwicklung wurde die Entwicklung im Jahresvergleich in erster Linie durch Preiserhöhungen bei Ausbauarbeiten (+1,2 %) bestimmt. Dabei resultierte diese Preisentwicklung hier sowohl aus Preiserhöhungen als auch aus Preissenkungen. Stärkere Erhöhungen wurden u. a. für Arbeiten an Nieder- und Mittelspannungsanlagen (+3,8 %), Fliesen- und Plattenarbeiten (+3,2 %) sowie Maler- und Lackierarbeiten (+3,0 %) festgestellt. Nennswerte Preisrückgänge gab es beispielsweise für Estricharbeiten (-3,7 %). Die Preise für Rohbauarbeiten sind binnen Jahresfrist ebenfalls um 0,2 % gesunken.

Preise
Jahr 2009:
Baupreisindex in
Brandenburg gegenüber
2008 gestiegen

Der Preisindex ist für den Neubau von Wohngebäuden (Bauleistungen am Bauwerk) im Land Brandenburg im Berichtsmonat November 2009 gegenüber August 2009 um 0,1 % auf einen Indexstand von 122,2 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung zum Vorjahresmonat November 2008 betrug +1,8 %.

Von August 2009 bis November 2009 ist der Baupreisindex nahezu unverändert geblieben. Ursache der moderaten Entwicklung von +0,1 % war der leichte Anstieg der Preise für Rohbauarbeiten um +0,2 %. Nennswerte Preiserhöhungen gab es hier bei Abdichtungs- (+2,8 %), Erd- (+1,2 %) und Gerüstarbeiten (+1,1 %). Für Ausbauarbeiten wurde im Vergleich zu August 2009 keine Preisveränderung ermittelt.

Die jährliche Veränderungsrate des Baupreisindex betrug im November 2009 gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahres +1,8 % und ist damit im Vergleich zu August 2009 (ebenfalls +1,8 %) gleich geblieben. Wie auch die kurzfristige Entwicklung wurde die Entwicklung im Jahresvergleich in erster Linie durch Preiserhöhungen bei Rohbauarbeiten (+2,5 %) bestimmt. Hier resultierte

Der Neubau von Ein- und Zweifamilien- (+0,6 %) sowie Mehrfamiliengebäuden (+0,4 %) war ebenso wie die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ohne Schönheitsreparaturen (+1,2 %) teurer als vor einem Jahr.

Bei den Nichtwohngebäuden erhöhten sich die Baupreisindizes gegenüber November 2008 für Bürogebäude um 1,0 %, für gewerbliche Betriebsgebäude um 0,5 % und im Straßenbau um 0,2 %.

Für das gesamte Jahr 2009 wurde eine durchschnittliche Erhöhung des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden (Bauleistungen am Bauwerk) von +1,3 % berechnet. Damit ist auch die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen (2008: +4,1 %, 2007: +6,3 %, 2006: +1,6 %).

Baupreisindizes
in Berlin
(Basis 2005 \pm 100)

Bauwerksart Art der Leistung	November 2009		
	Index- stand	Veränderung in %	
		November 2008	August 2009
Wohngebäude			
Bauleistungen am Bauwerk	114,2	0,4	0,1
Rohbauarbeiten	114,9	- 0,2	0,1
Ausbauarbeiten	113,7	1,2	0,2
Ausgewählte Bauwerksarten (Bauleistungen am Bauwerk)			
Ein- und Zweifamiliengebäude	114,2	0,6	0,2
Mehrfamiliengebäude	114,6	0,4	0,1
Bürogebäude	114,3	1,0	-
Gewerbliche Betriebsgebäude	115,6	0,5	- 0,1
Instandhaltung			
Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen	112,0	1,2	0,1
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	112,3	- 0,4	- 0,1
Straßenbau	109,8	0,2	- 0,3

der Preisanstieg vor allem aus deutlichen Verteuerungen für Abdichtungs- (+7,6 %), Mauer- (+4,0 %) und Betonarbeiten (+2,7 %) sowie für Zimmer- und Holzbauarbeiten (+2,2 %). Die Preise für Ausbauarbeiten haben sich binnen Jahresfrist ebenfalls erhöht, wobei die Steigerung mit +1,2 % aber geringer ausgefallen ist.

Auch der Neubau von Ein- und Zweifamilien- (+1,9 %) sowie Mehrfamiliengebäuden (+1,6 %) war ebenso wie die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ohne Schönheitsreparaturen (+1,8 %) teurer als vor einem Jahr.

Bei den Nichtwohngebäuden erhöhten sich die Baupreisindizes gegenüber November 2008 für Bürogebäude um 1,8 %, für gewerbliche Betriebsgebäude und im Straßenbau um jeweils 1,4 %.

Für das gesamte Jahr 2009 wurde eine durchschnittliche Erhöhung des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden (Bauleistungen am Bauwerk) von +2,2 % berechnet. Damit ist die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen (2008: +4,5 %, 2007: +10,4 %, 2006: +3,3 %) und erreichte in etwa das Niveau von 2004 (+2,3 %).

Tourismus
November 2009:
Deutlicher Zuwachs an
Gästen und Übernachtungen
in Berlin

Im November 2009 meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping nach vorläufigen Berechnungen rund 705 300 neu angekommene Gäste, 8,5 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 11,7 % auf 1,47 Mill. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verlängerte sich auf 2,1 Tage (November 2008: 2 Tage).

Besucher aus dem Ausland (+15 %) waren erheblich stärker am Wachstum beteiligt als Inlandsgäste (+5,7 %).

Ende November waren in Berlin 722 Beherbergungsstätten geöffnet, 65 mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurden 106 300 Betten angeboten, 9 % mehr als im November 2008. Hinzu kamen 5 geöffnete Campingplätze für Urlaubscamping.

Die durchschnittliche Bettenauslastung insgesamt wurde für den Oktober mit 46,2 % (Vorjahr: 45 %) errechnet. In der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen) lag sie mit 47,3 % (Vorjahr: 46,3 %) etwas höher.

Tourismus
November 2009:
Brandenburg-Tourismus
mit mehr Gästen

Im November 2009 meldeten die Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping des Landes Brandenburg rund 229 500 neu angekommene Gäste, 0,9 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 0,3 % auf 575 200.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag wie im Vorjahr bei 2,5 Tagen.

Den Gästen standen Ende November für ihren Aufenthalt 1 269 geöffnete Beherbergungsstätten mit mehr als 8 Betten sowie 45 Campingplätze für Urlaubscamping zur

Verfügung. Das Bettenangebot in den Beherbergungsstätten erhöhte sich gegenüber November 2008 auf 72 500 Betten (+3,2 %). Die durchschnittliche Bettenauslastung wurde im November mit 26,5 % (Vorjahr: 27,4 %) errechnet, in den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen lag der Wert bei 25,7 %. Die Campingplätze waren zu 0,5 % ausgelastet.

Auf den Campingplätzen des Landes Brandenburg wurden im November lediglich rund 300 neu angekommene Urlaubscamper und 1 700 Übernachtungen gezählt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 5,1 Tage.

Reisegebiet	November 2009				Januar bis November 2009			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz.....	6 900	-7,7	15 500	-4,1	101 100	-0,4	264 000	3,9
Ruppiner Land....	28 400	6,5	70 600	3,4	418 200	2,0	1 222 300	1,8
Uckermark.....	14 500	-2,0	36 600	-4,9	243 500	-1,6	762 300	2,4
Barnimer Land....	10 200	1,1	38 900	1,8	202 800	-1,3	695 900	-1,0
Märkisch-Oderland.....	12 200	-12,4	50 500	-2,8	193 900	-4,5	689 400	-0,7
Oder-Spree-Seengebiet.....	26 800	10,2	65 700	7,5	404 000	2,0	1 166 700	3,5
Dahme-Seengebiet.....	22 500	8,8	39 900	7,8	316 000	13,0	676 200	10,8
Spreewald.....	26 400	-8,3	63 400	-3,1	475 700	-0,9	1 216 100	0,5
Niederlausitz.....	6 400	-3,7	13 600	-13,1	135 500	-5,9	404 000	-3,5
Elbe-Elster-Land..	2 900	-12,0	14 700	-6,7	45 800	-0,3	198 100	0,6
Fläming.....	28 500	0,6	66 400	-	374 200	-5,9	920 400	-6,6
Havelland.....	17 300	6,4	44 100	7,8	270 900	0,8	736 700	2,3
Potsdam.....	26 600	0,9	55 500	-4,8	329 500	-6,8	782 000	-1,9
Land Brandenburg	229 500	0,9	575 200	0,3	3 510 900	-0,6	9 734 000	0,8

Gäste und
Übernachtungen
in den Beherbergungs-
betrieben des Landes
Brandenburg
im November 2009
nach Reisegebiet



aus Deutschland

Jahr 2009: Tarifverdienste um 2,8 % gestiegen

Verdienste Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2009 um 2,8 % gegenüber 2008. Da einige Tarifabschlüsse eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit vorsahen, fiel der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne mit 2,7 % etwas geringer aus. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 0,4 %. Allerdings profitierten aufgrund von Kurzarbeit, der Kürzung von Sonderzahlungen, aber auch der vorübergehenden Aussetzung von Tarifsteigerungen durch Öffnungsklauseln nicht alle Tarifbeschäftigten in vollem Umfang von den vereinbarten Tarifierhöhungen. Der trotz der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 vergleichsweise hohe Anstieg der Tarifverdienste ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass einige der in Kraft getretenen Tarifierhöhungen bereits 2008 vereinbart wurden. Dazu zählen beispielsweise die Abschlüsse in

der Chemischen Industrie, in der Entsorgungswirtschaft, im Papiergewerbe, im Metallgewerbe, im Versicherungsgewerbe sowie im Öffentlichen Dienst.

Im Produzierenden Gewerbe war der Anstieg der tariflichen Monatsverdienste mit 3,0 % höher als im Dienstleistungsbereich mit 2,6 %. Die Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige verdeutlicht die Spannweite der durchschnittlichen Tarifentwicklungen: Während sich die tariflichen Monatsverdienste in der Energie- und Wasserversorgung, Entsorgungswirtschaft (3,2 %), im Verarbeitenden Gewerbe (3,0 %) und im Öffentlichen Dienst (2,9 %) überdurchschnittlich erhöhten, stiegen die Tarifverdienste in den Wirtschaftsbereichen Handel, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Information und Kommunikation jeweils um 2,2 %. Deutlich unter dem Durchschnitt lag das Gastgewerbe mit einem Zuwachs von lediglich 1,3 %. (...)

Quelle: DESTATIS

Dezember 2009: Rückgang der Erwerbstätigkeit hat sich verlangsamt

Arbeitsmarkt Im Dezember 2009 waren nach vorläufigen Berechnungen 40,3 Mill. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Das waren 211 000 Personen oder 0,5 % weniger als im Dezember 2008. Damit hat sich der Rückgang der Erwerbstätigenzahl im Vorjahresvergleich abgeschwächt. Im Oktober 2009 war der Rückgang mit – 281 000 Personen (– 0,7 %) im Vergleich zum Vorjahresmonat mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Schwächephase bislang am stärksten gewesen. Es wäre allerdings voreilig, die Entwicklung im Dezember 2009 als Trendumkehr am deutschen Arbeitsmarkt zu betrachten. Im Vergleich mit dem Vormonat November 2009 sank die Zahl der Erwerbstätigen im Dezember 2009 um 172 000 Personen (– 0,4 %). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausblendung üblicher jahreszeitlich

bedingter Schwankungen, ergibt sich gegenüber dem Vormonat hingegen eine Zunahme um 35 000 Personen.

Mit der Berechnung der Erwerbstätigenzahlen für den Berichtsmonat Dezember 2009 wurden auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse aufgrund neu verfügbarer erwerbsstatistischer Informationen rückwirkend bis Mai 2009 überarbeitet. Aus den Neuberechnungen resultieren Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr, die auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in einzelnen Monaten vom bisherigen Rechenstand um maximal 0,2 Prozentpunkte nach oben abweichen. Aus der Überarbeitung der Monatswerte ergibt sich für das am 4. Januar 2010 veröffentlichte Jahresdurchschnittsergebnis 2009 eine Niveaurektur um + 23 000 (+ 0,06 %). Damit wurde der im Maastricht-Vertrag genannte Referenzwert von 3 % des BIP damit im Jahr 2009 erstmals seit vier Jahren überschritten. (...)

Quelle: DESTATIS

Soziales
Jahr 2008:
Jeder Elfte erhielt soziale
Mindestsicherung

Am Jahresende 2008 erhielten in Deutschland 7,6 Mill. Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Damit war rund jeder elfte (9,3 %) in Deutschland lebende Mensch auf Existenz sichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Leistungsbezieher um 5,1 % zurück (2007: 8,1 Mill.). Insgesamt wurden 2008 für diese Leistungen 40,5 Mrd. EUR ausgegeben, das waren 2,6 % weniger als im Vorjahr (2007: 41,6 Mrd. EUR). Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts dienen. Dazu zählen folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeit-suchende“),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundes-versorgungsgesetz.

Der mit Abstand größte Teil der Personen, die Mindestsicherungsleistungen beziehen, und damit auch der größte Teil der Ausgaben, entfiel nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld. Diese beiden Leistungen werden umgangssprachlich auch als „Hartz-IV“ bezeichnet. Arbeitslosengeld II erhalten erwerbsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) bekommen Sozialgeld.

Insgesamt rund 6,6 Mill. Menschen waren am Jahresende 2008 auf „Hartz-IV-Leistungen“ angewiesen. Davon waren knapp drei Viertel (73 %) erwerbsfähig und bezogen Arbeitslosengeld II, etwas über ein Viertel (27 %) war nicht erwerbsfähig und erhielt Sozialgeld. Für un-mittelbare Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts wurden im Verlauf des Jahres 2008 rund 34,9 Mrd. EUR ausgegeben.

Laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII „Sozialhilfe“ bezogen am Jahresende 2008 etwa 860 000 Menschen. Die Sozialhilfe bildet das soziale Auffangnetz für bedürftige ältere Menschen sowie für Personen, die aufgrund von Krankheit oder einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr ins reguläre Erwerbsleben integriert werden können, sowie für deren im Haushalt lebende Kinder unter 15 Jahren. Insgesamt wurden für diese Leistungen rund 4,3 Mrd. EUR brutto ausgegeben.

In Deutschland lebende Asylbewerberinnen und -bewerber erhalten seit November 1993 anstelle von Sozialhilfe sogenannte „Asylbewerberleistungen“, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Am Jahresende 2008 bekamen rund 128 000 Personen laufende Asylbewerberleistungen (Regelleistungen). Die Bruttoausgaben lagen hierfür im Laufe des Jahres 2008 bei etwa 0,8 Mrd. EUR.

Die Kriegsopferfürsorge ist eine Mindestsicherungsleistung, die neben Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen bei Bedürftigkeit zum Beispiel auch Soldaten, Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten und Impfgeschädigte versorgt. Sowohl die Zahl der Menschen, die diese Leistungen empfangen, als auch die Ausgaben sind seit Mitte der 1990er Jahre stark rückläufig. Am Jahresende 2008 erhielten 46 000 Menschen Kriegsopferfürsorge. Dafür wurden im Laufe des Jahres 2008 0,5 Mrd. EUR ausgegeben. (...)

Quelle: DESTATIS

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Jahr 2009:
Deutschland erlebte
stärkste Rezession
der Nachkriegszeit

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft. Mit -5,0 % war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Dies ergaben erste Berechnungen. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Im Jahr 2008 war das BIP noch leicht um 1,3 %, in 2007 um 2,5 % und 2006 sogar um 3,2 % gestiegen.

Bemerkenswert im Jahr 2009 war, dass sowohl die Exporte als auch die Ausrüstungsinvestitionen stark einbrachen. Der Außenhandel, der in früheren Jahren ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft war, bremste 2009 die wirtschaftliche Entwicklung. Während die Exporte preisbereinigt um 14,7 % sanken, betrug der Rückgang bei den Importen nur 8,9 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – hatte somit wie schon im Jahr 2008 einen

negativen Wachstumsbeitrag zum BIP. Mit -3,4 Prozentpunkten fiel er 2009 allerdings deutlich stärker aus als 2008 (-0,3 Prozentpunkte). In Ausrüstungen wurde insgesamt um ein Fünftel weniger investiert als noch in 2008 (-20,0 %). Die Investitionen in Bauten waren lediglich um 0,7 % niedriger als im Vorjahr. Die einzigen positiven Impulse kamen 2009 von den Konsumausgaben: Die privaten stiegen preisbereinigt um 0,4 %, die staatlichen sogar deutlich um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2009 von 40,2 Mill. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht, das waren 37 000 Personen oder 0,1 % weniger als ein Jahr zuvor.

Der Staatssektor wies im Jahr 2009 nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 77,2 Mrd. EUR auf. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus eine Defizitquote von 3,2 %. Nach ausgeglichenem Haushalt im Jahr 2008 wurde der im Maastricht-Vertrag genannte Referenzwert von 3 % des BIP damit im Jahr 2009 erstmals seit vier Jahren überschritten. (...)

Quelle: DESTATIS



aus Europa

Verarbeitendes Gewerbe November 2009: Auftragseingänge in der Industrie der Eurozone um 2,7 % gestiegen

In der Eurozone¹ (EZ16) hat der Index der Auftragseingänge in der Industrie im November 2009 gegenüber dem Vormonat um 2,7 % zugenommen. Im Oktober fiel der Index um 2,1 %. In der EU27¹ stiegen die Auftragseingänge im November 2009 um 2,6 %, nachdem sie im Oktober um 1,5 % abgenommen hatten. Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, welche tendenziell unbeständiger sind, so stiegen die Auftragseingänge in der Industrie in der Eurozone um 2,7 % und in der EU27 um 2,9 %.

Im Vergleich zum November 2008 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im November 2009 in der Eurozone um 0,5 % und in der EU27 um 1,2 % ab. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Rückgang in beiden Gebieten 0,8 %. (...)

Im Vergleich zum Vormonat nahmen im November 2009 die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter in der Eurozone um 2,3 % und in der EU27 um 2,1 % zu. Investitionsgüter stiegen um 1,1 % bzw. 2,8 % an. Gebrauchsgüter wiesen einen Anstieg in der Eurozone von 0,6 % und in der EU27 von 0,3 % auf. Verbrauchsgüter stiegen um 0,8 % bzw. 1,6 % an.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten fünfzehn Länder einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten Verarbeitenden Gewerbe und acht einen Rückgang. Die höchsten Zuwächse meldeten Österreich (+10,3 %), Estland (+7,4 %) und Griechenland (+7,3 %). Die stärksten Rückgänge waren in Ungarn (-9,6 %), Irland (-4,4 %) und Bulgarien (-4,1 %) zu beobachten. (...)

Im Vergleich zum November 2008 nahmen im November 2009 die Auftragseingänge für Verbrauchsgüter in der Eurozone um 1,6 % und in der EU27 um 4,3 % zu. Investitionsgüter stiegen in der Eurozone um 0,8 % an, nahmen aber in der EU27 um 1,9 % ab. Vorleistungsgüter wiesen einen Rückgang von 2,1 % bzw. 1,8 % auf. Gebrauchsgüter fielen um 5,3 % in der Eurozone, stiegen aber in der EU27 um 0,1 %.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten neun Länder einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe und vierzehn einen Rückgang. In Italien blieben die Auftragseingänge stabil. Die höchsten Zuwächse meldeten Slowenien (+10,6 %), die Tschechische Republik (+7,9 %) und Finnland (+6,9 %). Die stärksten Rückgänge waren in Irland (-26,5 %), Litauen (-24,8 %) und Estland (-16,3 %) zu beobachten.

Quelle: Eurostat

Arbeitsmarkt Dezember 2009: Arbeitslosenquote der Eurozone auf 10,0 % gestiegen

In der Eurozone¹ (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2009 bei 10,0 %, gegenüber 9,9 % im November. Im Dezember 2008 hatte sie 8,2 % betragen. In der EU27¹ lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2009 bei 9,6 %, gegenüber 9,5 % im November. Im Dezember 2008 hatte sie 7,6 % betragen. Für die Eurozone ist dies die höchste Quote seit August 1998 und für die EU27 seit Beginn der Zeitreihe im Januar 2000.

Eurostat schätzt, dass im Dezember 2009 in der EU27 insgesamt 23,012 Mill. Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 15,763 Mill. in der Eurozone. Gegenüber November hat die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 163 000 und in der Eurozone um 87 000 zugenommen. Gegenüber Dezember 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen um 4,628 Mill. in der EU27 und um 2,787 Mill. in der Eurozone gestiegen. (...)

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,0 %) und Österreich (5,4 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Lettland (22,8 %) und Spanien (19,5 %).

Alle Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Anstieg ihrer Arbeitslosenquote. Die nied-

rigsten Anstiege wurden in Deutschland (von 7,1 % auf 7,5 %), Luxemburg (von 5,3 % auf 6,2 %) und Belgien (von 7,1 % auf 8,2 %) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Lettland (von 11,3 % auf 22,8 %), Estland (von 6,5 % im dritten Quartal 2008 auf 15,2 % im dritten Quartal 2009) und Litauen (von 6,5 % im dritten Quartal 2008 auf 14,6 % im dritten Quartal 2009).

Vergleicht man Dezember 2009 mit Dezember 2008, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,8 % auf 10,0 % und in der EU27 von 7,5 % auf 9,8 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im selben Zeitraum in der Eurozone von 8,7 % auf 10,1 % zu und in der EU27 von 7,9 % auf 9,3 %.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im Dezember 2009 in der Eurozone bei 21,0 % und in der EU27 bei 21,4 %. Im Dezember 2008 hatte sie 17,0 % bzw. 16,9 % betragen. Die niedrigste Quote verzeichneten die Niederlande (7,6 %) und die höchsten Quoten Spanien (44,5 %) und Lettland (43,8 % im vierten Quartal 2009).

Im Dezember 2009 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 10,0 % und im November 2009 in Japan bei 5,2 %.

Quelle: Eurostat

¹ Der Eurozone (EZ16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland an.

Der EU27 gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK) an.

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick

Berlin Oktober 2009

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen erhöhte sich beim Vergleich des Oktober 2009 zum Vorjahresmonat um 4,3 %, das waren +9 372 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,6 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden fielen die Auftragseingangindex-, die Gesamtumsatz- und die Beschäftigtenentwicklung weiterhin. Im Bauhauptgewerbe stiegen im Monat Oktober der Auftragseingang, die erteilten Baugenehmigungen, der Umsatz und die Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Beim Berliner Einzelhandel ist die nominale und die reale Umsatz-Messzahl leicht steigend, während die der Beschäftigten leicht fiel. Im Gastgewerbe fiel der Trend der nominalen und realen Umsatz Mess-

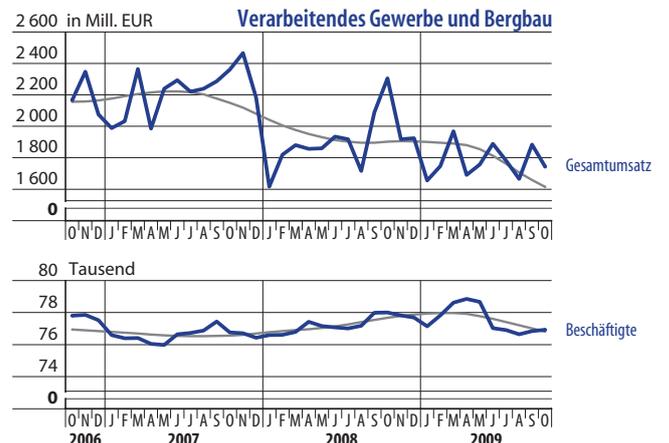
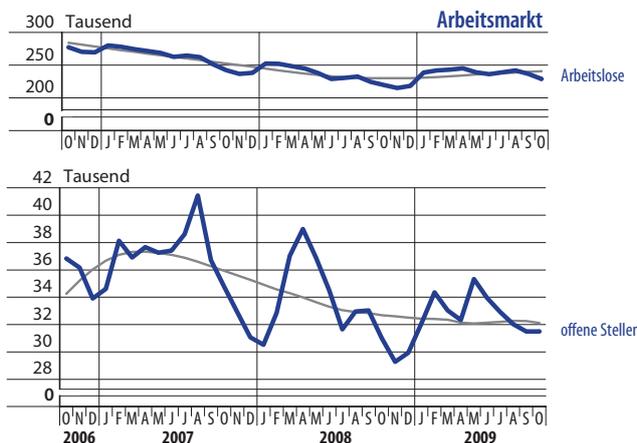
zahl; die Beschäftigten-Messzahl steigt leicht. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen blieb der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-leichtsteigende Trend erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbe- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus Betriebsgründungen und -aufgaben stieg stark an. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder sehr stark an. Die Berliner Ausfuhren brachen Mitte des Jahres 2008 regelrecht ein, während die Einfuhren weiter leicht anstiegen. Im Oktober 2009 betrug die Inflationsrate +0,3 % – die Trend-Konjunktur-Komponente war sehr stark fallend.

und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,6 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,6 Prozentpunkte mehr. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (10-Monats-Vergleich) lag mit +0,9 % im Negativen, aber im 12-Monatszeitraum waren es –0,8 %. Somit lagen die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,2 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,6 bzw. 1,8 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem November 2008 wieder an, ohne das damalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Die gemeldeten 31 488 offenen Stellen hatten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 472 Stellen oder um 1,5 % erhöht. Seit dem April 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente wieder, in letzter Zeit jedoch nur noch sehr gering. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,3 – die langfristige Tendenz ist steigend. Im letzten vorliegenden Monat, dem September 2009, waren 15 222 Kurzarbeiter gemeldet, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat +14 529 Personen und damit fast das 21-fache.

Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2008 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Die erforderlichen Rückrechnungen liegen nun vor, sodass

Im Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende Oktober des Jahres 2009 mit 228 727 Arbeitslosen 3,4 % weniger als im September 2009 registriert, das waren –7 942 Personen weniger. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,3 % zu, das entsprach einem Plus von 9 372 Personen. Dieser Wert stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Vetschau im Spreewald am Ende des Jahres 2007 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,8 %

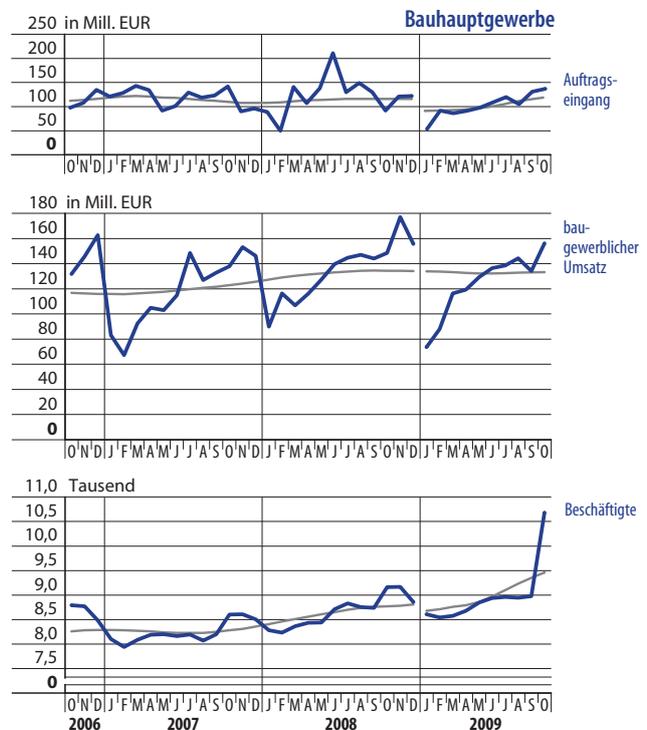
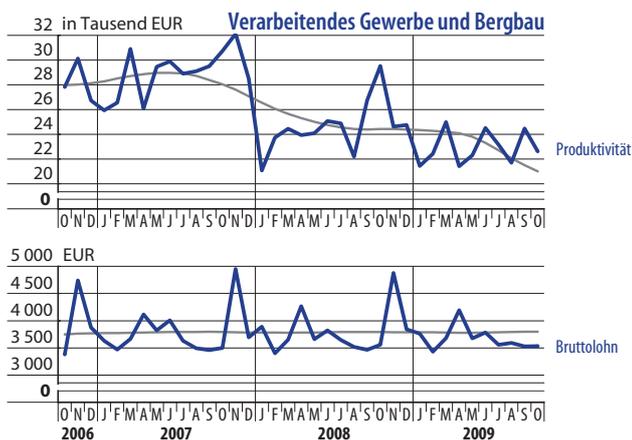
Tabelle Seite 22



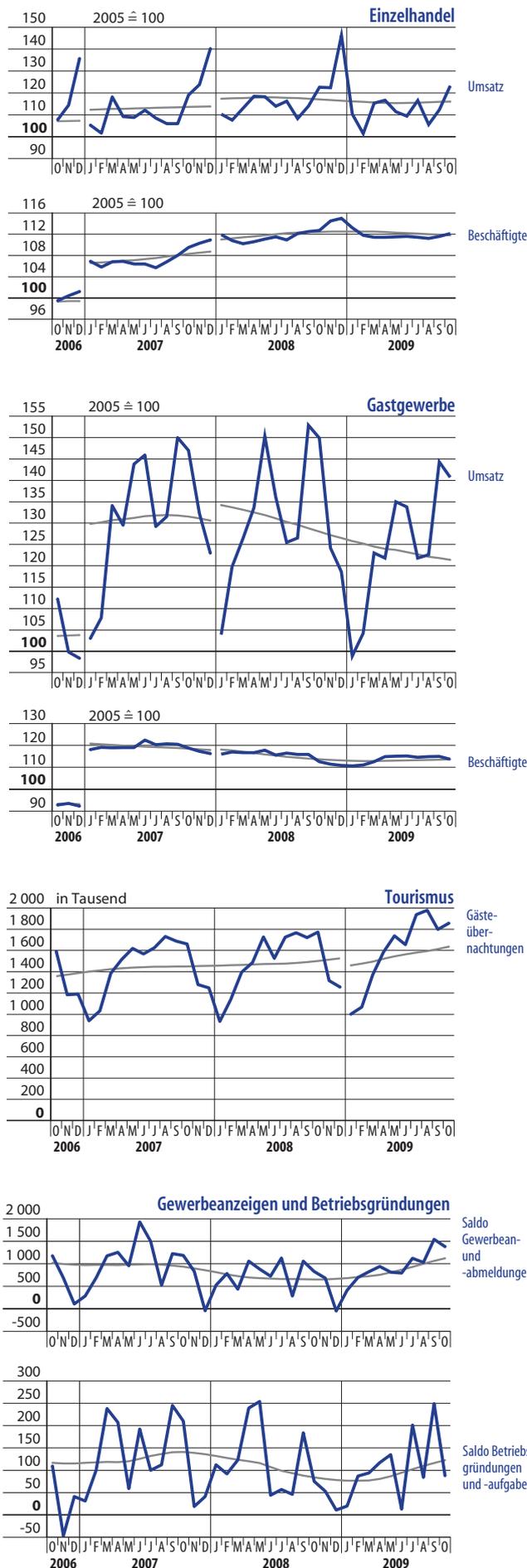
die Vergleichbarkeit mit den zurückliegenden Werten ohne Einschränkungen gewährleistet ist. Der Auftragsindex zeigte im Oktober-Vergleich mit $-14,3\%$ eine negative Veränderung, im 10-monatigen Vergleich $-14,9\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit dem Oktober 2007, nachdem sie zuvor längerer Zeit leicht anstieg. Die im Monat Oktober dieses Jahres 326 berichtspflichtigen Betriebe – das sind zwei Betriebe mehr als im Oktober 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 743,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um $-561,2$ Mill. EUR oder um $24,4\%$ unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis Oktober 2009 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 17,8 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes um $6,4\%$. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war – bei relativ gleichmäßigem Verlauf der einzelnen Monatswerte – in letzter Zeit stärker fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 856,0 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug $49,1\%$. Im laufenden Jahr 2009 wurden Waren im Wert von 8,3 Mrd. EUR aus Berlin exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit Mitte 2007 eine leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Januar 2009 wieder fällt, während dieselbe Komponente des Umsatzes seit Mitte des Jahres 2004 anstieg und seit Anfang 2008 wieder fällt. Im Oktober des Jahres 2009 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 998 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2009 – und zum Vorjahresmonat – dem Oktober 2008 – gab es mit $+0,1$ bzw. $-1,4\%$ geringere Veränderungen. Im 10-monatigen Vergleich waren es $+0,5\%$ – Tendenz auch hier fallend. Im Oktober 2009 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 642 EUR, das waren $-23,3\%$ gegenüber dem Oktober 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten fiel nicht so stark, sie lag im gleichen Zeitraum um $0,7\%$ oder 26 EUR niedriger als noch im Oktober 2008.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel (WZ 2008) ohne dass eine Rück-

rechnung der Werte erforderlich war. Die Auswirkungen stellten sich – außer bei den Beschäftigten – als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragsingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 137,3 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragsindex zeigte im Oktober 2009 mit $+48,7\%$ zum Vorjahresmonat eine sehr große Steigerung, wobei beachtet werden sollte, dass der Bezugswert im Oktober 2008 sehr niedrig ausfiel. Im 10-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von $-17,2\%$ und beim 12-monatigen Vergleich $-10,9\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem April 2009 wieder leicht an, sie deutet einen Wechsel zu höherem Wachstum an. Die Trend-Konjunktur-Komponente des baugewerblichen Umsatzes pendelt seit dem Jahr 2003 zwischen 140 und 115 Mill. EUR. In letzter Zeit fällt sie wieder leicht. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Oktober den Wert von 156,2 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 157,0 Mill. EUR) bei $5,1\%$ Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den anderen zwei längerfristigen Betrachtungszeiträumen (in den zurückliegenden 10 und 12 Monaten) mit $-3,5$ und $-0,7\%$ im Negativen. Bei den Beschäftigten scheint der seit acht Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend gebrochen. Mit 10 679 Beschäftigten wurde im Oktober 2009 zum Oktober 2008 ein Zuwachs von beachtlichen $16,5\%$ erreicht. In den anderen beiden Zeiträumen ist ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, im 10-monatigen Vergleich sind es $+4,4\%$ und im Ein-Jahres-Zeitraum $+4,6\%$.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) sowie 2006 zu 2007 eine Umbasierung auf 2005 \pm 100. Dieses wird durch zwei „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Oktober 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 1,8 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum ebenfalls +1,8 %. Die Beschäftigten-Kennziffer stieg im gleichen Zeitraum um 0,3 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten ging zurück und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen und des realen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres fast konstant, ebenso wie die der Beschäftigten.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie im Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig als im Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Oktober 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 16,5 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –8,5 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum „nur“ um 0,5 %. Der Trend aller drei Merkmale war im letzten Jahr fallend, der der Beschäftigten darunter nicht ganz so stark.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 10-monatigen Vergleich negative Veränderungen auf. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes um –5,9 %, bei der des realen Umsatzes um –8,0 und bei der der Beschäftigten um –2,0 % zu. Während die Trend-Konjunktur-Komponente der beiden Umsatz-Messzahlen fiel, blieb die der Beschäftigten-Messzahl annähernd konstant.

Die Erhebung zum Berlin-**Tourismus** wurde im Januar 2009 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im Oktober 2009 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 804,2 Tausend; gegenüber dem Oktober 2008 waren es 11 058 Personen oder 1,4 % mehr. Beim Vergleich des 10-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 3,6 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im kurzfristigen Monatsvergleich (Oktober 2009 zu Oktober 2008) ebenfalls, aber wesentlich stärker als die Zahl der Gästeankünfte – um 4,7 %. Im 10-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +5,2 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2009 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften eine steigende und bei den Übernachtungen eine stärkere steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

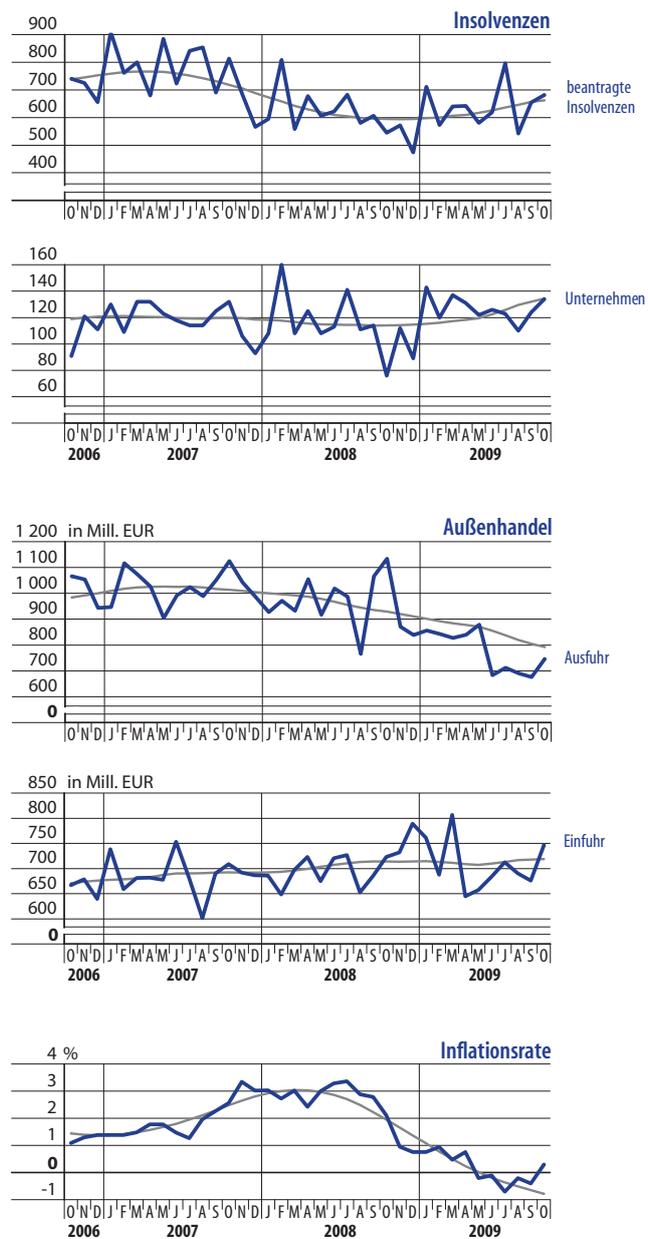
Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt.

Im Oktober 2009 wurden 1 383 Gewerbe mehr als abgemeldet. Gegenüber dem Oktober 2008 – mit 556 Anmeldungen mehr – waren es +67,2 %, im Ein-Jahres-Vergleich dann +19,8 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2009 auf 88 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von 17,3 % zum Oktober 2008. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich –10,4 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen und Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen drei betrachteten Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 681 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Oktober des Vorjahres 25,0 % mehr. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich über 600 Verfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei etwas unter 130 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 134 Fälle, das entspricht +76,3 % zum Oktober 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 0,6 % weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es +7,9 %. Die Tendenz war bei beiden Merkmalen stark steigend.

Im Berliner **Außenhandel** wurde in den letzten zwölf Monaten beim Export eine insgesamt negative Entwicklung bewältigt, während der Import durchgängig, wenn auch sehr schwach, eine positive Entwicklung nahm. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Oktober 880,6 Mill. EUR und lag damit um 22,3 % unter dem Ergebnis des Oktober 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein etwas geringeres Minus von 12,6 %. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von November 2008 bis Oktober 2009 – Waren im Wert von 10,3 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 746,4 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +3,3 % zum Oktober 2008 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 8,6 Mrd. EUR nach Berlin importiert, das waren gegenüber dem Vorjahr 3,3 % mehr. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export in der Mitte des Jahres 2007 eine Trendwende erkennbar. Seitdem fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stark, während die des Importes sich weiter aber nur noch leicht erhöhte. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2009 bei 106,7. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2009 und dem Oktober 2008, ergab sich damit ein Wert von +0,3 %, im September 2009: –0,4 %. Während die Preise für einige Nahrungsmittel und Energieprodukte (Heizöl, Gas, Kraftstoffe, Fernwärme) deutlich fielen, stiegen sie beim Strom, bei Bekleidung und Schuhen, Tabak, Pauschalreisen, alkoholischen Getränken sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit dem April des Jahres 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit bei etwa –0,8.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Brandenburg Oktober 2009

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2009 zum Vorjahresmonat um 7,1 %, das waren –11 135 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,0 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigt der Auftragsindex eine steigende Tendenz, während der Gesamtumsatz weiterhin stark fiel. Im Bauhauptgewerbe stieg der Umsatz an, während der Auftragseingang, die Beschäftigtenzahl, ebenso wie die Baugenehmigungen fallende Tendenzen zeigten. Beim Brandenburger Einzelhandel ist die nominale Umsatz-Messzahl und die Messzahl der Beschäftigten fallend. Im Gastgewerbe stieg der Trend der nominalen Umsatz- und der Beschäftigten-Messzahl seit dem Herbst des

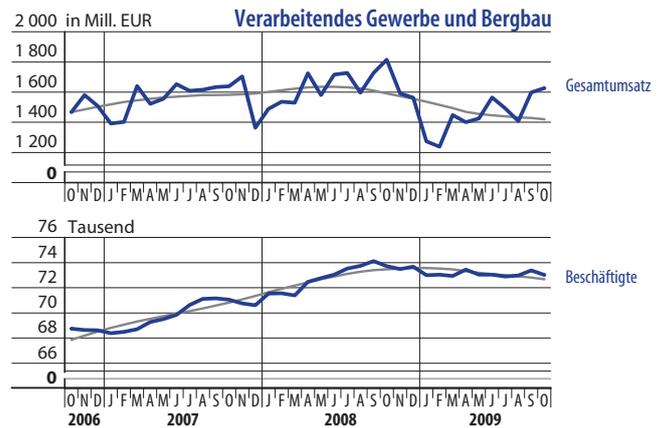
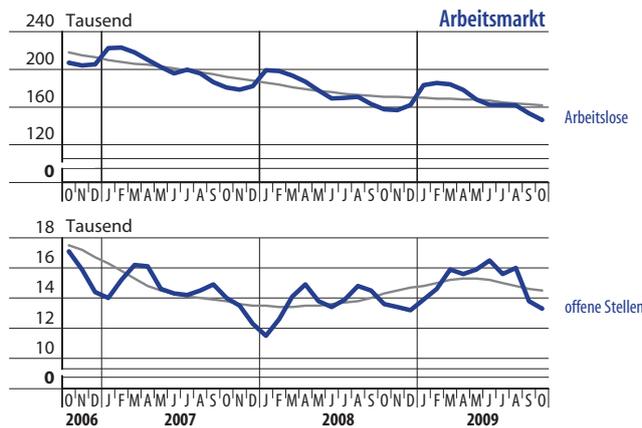
Jahres 2008 wieder leicht an. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen blieb der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-leicht-steigende Trend erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen steigt stark und die aus den Betriebsgründungen und -aufgaben fällt ab. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder stärker an. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren erlebten eine Trendwende. Seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren und die Ausfuhren sehr stark. Jedoch stiegen die Einfuhren in den letzten zwei Monaten außerordentlich stark an. Im Oktober 2009 betrug die Inflationsrate –0,2 % – die Trend-Konjunktur-Komponente war sehr stark fallend.

nen 12,1 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 11,0 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,9 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,5 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,1 bzw. 0,8 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Allerdings schwächte sich die fallende Tendenz seit dem Oktober 2008 ab. Die gemeldeten 13 271 offenen Stellen hatten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 361 Stellen oder um 2,6 % vermindert. Von März 2008 bis zum April 2009 war die Trend-Konjunktur-Komponente steigend, seitdem fällt sie wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 10,1 – die langfristige Tendenz ist fallend. Im Oktober dieses Jahres waren 8 548 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Oktober 2008 ergab das ein Minus von 343 Personen oder –3,9 %. Im letzten vorliegenden Monat, dem September 2009, waren 17 252 Kurzarbeiter gemeldet, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat +875 % und damit fast das 10-fache.

Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingang im Oktober-Vergleich mit +5,4 % eine positive Veränderung, im 10-monatigen und im ganzjährigen Vergleich sind es –8,0

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurden Ende Oktober des Jahres 2009 mit 146 440 Arbeitslosen 4,6 % weniger als im September 2009 registriert, das waren 7 088 Personen weniger. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 7,1 % ab, das entsprach einem Minus von 11 135 Personen. Dieser Wert stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Großräschen am Ende des Jahres 2007 überein. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbsperso-

Tabelle Seite 23

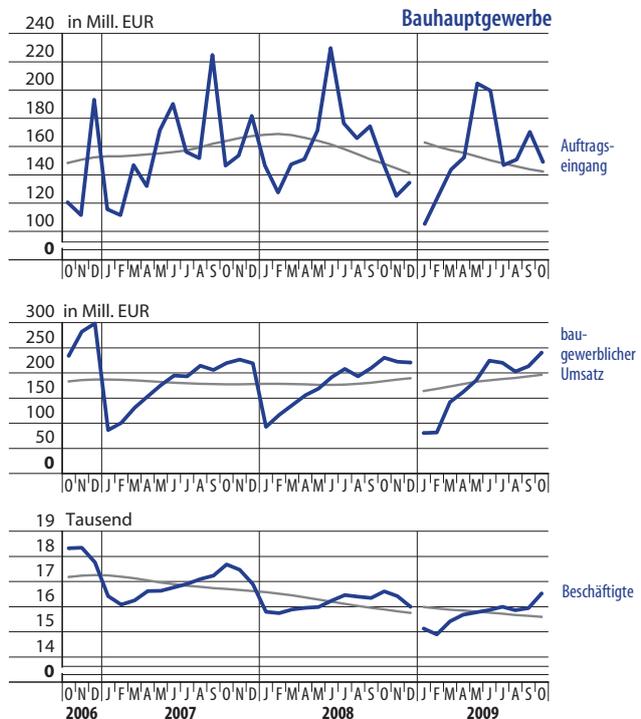
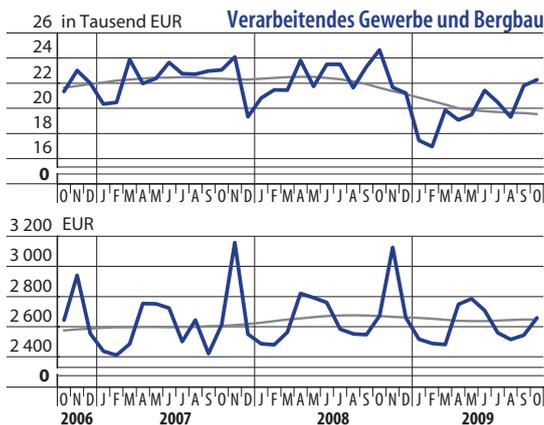


bzw. -6,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt wieder stärker an, ohne jedoch den Höchstwert vom März 2008 zu erreichen. Die im Monat Oktober dieses Jahres 417 berichtspflichtigen Betriebe – das sind fünf Betriebe mehr als im Oktober 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 626,3 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um -189,6 Mill. EUR oder 10,4 % unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis Oktober 2009 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 14,5 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes um 12,0 %. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte, so auch einem „Einbruch“ jeweils zum Jahreswechsel 2007 zu 2008 und 2008 zu 2009 – in letzter Zeit stark fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 433,3 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 26,6 %. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Januar 2009 leicht fällt, während dieselbe Komponente des Umsatzes etwa seit dem Januar 2003 anstieg, jedoch seit dem Juni 2008 wieder fällt. Im Oktober des Jahres 2009 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 73 019 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2009 – und zum Vorjahresmonat – dem Oktober 2008 – gab es mit -0,5 bzw. -0,9 % geringe Veränderungen. Im 10- und 12-monatigen Vergleich waren es noch +0,4 und +1,0 % – Tendenz auch hier fallend. Im Oktober 2009 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 271,60 EUR, das waren -9,6 % gegenüber dem Oktober 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten fiel ebenso, sie lag im gleichen Zeitraum um 0,5 % oder 13,94 EUR niedriger als im Oktober 2008.

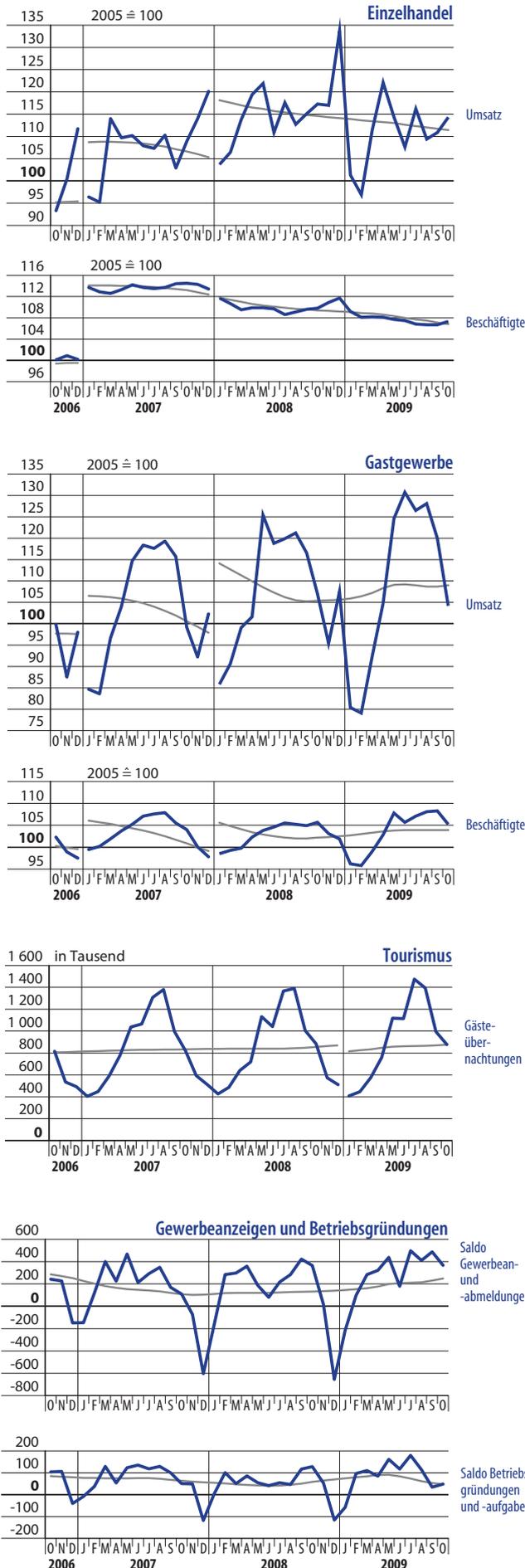
In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Die Auswirkungen stellten sich jetzt – außer beim Auftragseingang – als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als kon-

junkturreller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 149,1 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseingangs zeigte im Oktober 2009 mit +0,5 % zum Vorjahresmonat eine fast gleichbleibende Entwicklung, im 10-monatigen Vergleichszeitraum war es eine Veränderung von -5,5 %. Bei dem 10-monatigen Vergleichszeitraum war die Veränderungsrate mit -5,5 negativ. Beim baugewerblichen Umsatz scheint demgegenüber die seit dem Jahr 1995, dem Beginn der Aufzeichnungen, fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2008 wieder leicht aber stabil an, dieselbe Kennziffer war demzufolge in den drei Betrachtungszeiträumen durchweg im Positiven. Der baugewerbliche Umsatz lag um 4,4 % über dem Wert vom Oktober 2008. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume (November 2008 bis Oktober 2009 zu November 2007 bis Oktober 2008) ergibt sich ein Wert von +2,2 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend fort. Die im Oktober 2009 berichtspflichtigen 315 Betriebe – das waren 7 weniger als im Oktober 2008 – erreichten mit 16 523 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 243,2 Mill. EUR (baugewerblichen Umsatz: 240,5 Mill. EUR).

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) sowie 2006 zu 2007 eine Umbasierung auf 2005 \pm 100. Dieses wird durch zwei „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Oktober 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 2,5 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +0,9 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum nicht ganz so stark wie der nominale Umsatz – um 2,3 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten ging zurück und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes fiel innerhalb der letzten drei Jahre langsam und kontinuierlich ebenso wie die der Beschäftigten.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie im Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig als beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Oktober 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 12,1 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –3,9 %. Die Beschäftigten-Kennziffer stieg im gleichen Zeitraum „nur“ um 1,0 %. Der Trend aller drei Merkmale war im letzten Jahr fallend, der nominale Umsatz darunter besonders stark.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten durchweg leichte positive Veränderungen auf. Im Vergleich der 10-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 0,4 % und die Messzahl der Beschäftigten um 0,6 % zu. Der reale Umsatz verringerte sich um 1,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der nominalen Umsatz-Messzahl und der Beschäftigten hatten beide eine ähnliche Entwicklung, sie stiegen seit Mitte 2008 an, verlaufen jetzt jedoch fast waagrecht.

Die Erhebung zum **Brandenburg-Tourismus** wurde im Januar 2009 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im Oktober 2009 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 315,0 Tausend; gegenüber dem Oktober 2008 waren es –16 200 Personen oder 4,9 % weniger. Beim Vergleich des 10-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Minus von 0,7 %. Die Zahl der Übernachtungen fiel im kurzfristigeren Monatsvergleich (Oktober 2009 zu Oktober 2008) ebenfalls, aber wesentlich schwächer – „nur“ um 0,7 %. Im 10-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +0,8 % die leicht positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2009 auf jeden Gast 2,8 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften eine gleichbleibende und bei den Übernachtungen eine leicht, aber kontinuierlich steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

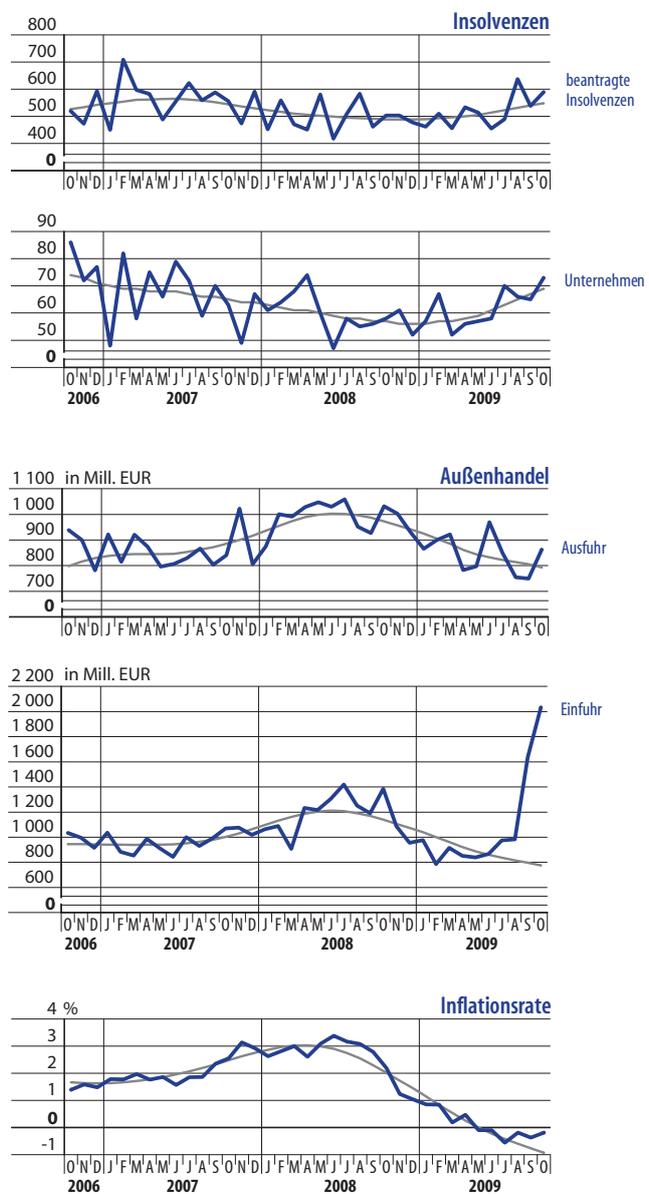
Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Oktober 2009 wurden 367 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Oktober 2008 – mit 3 Anmeldungen mehr – waren das +0,8 %, im Ein-Jahres-Ver-

gleich dann +34,5 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2009 auf +48 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen aber zu einem Minus von 62,5 % zum Oktober 2008. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark steigende Trend bei den Betrieben mit +34,8 % erhalten. Insgesamt sind für die beiden Kennziffern in den betrachteten 10- und 12-Monats-Zeiträumen die Veränderungsrate positiv. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen als positiv eingeschätzt werden, bei den Betrieben war er jedoch negativ.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen drei betrachteten Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 589 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Oktober des Vorjahres 17,1 % mehr. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich knapp über 500 Verfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei knapp unter 70 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend ist seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 73 Fälle, das entspricht jedoch +25,9 % zum Oktober 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 2,4 % mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es +1,9 %.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde in den letzten zwölf Monaten eine negative Entwicklung bewältigt; die langfristigen Veränderungen sind allesamt negativ. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Oktober 862,8 Mill. EUR und lag damit um 16,4 % unter dem Ergebnis des Oktober 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein etwas geringeres Minus, und zwar von 11,8 %. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von November 2008 bis Oktober 2009 – Waren im Wert von 10,4 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 2 033,4 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von 46,8 % zum Oktober 2008 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 12,9 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem Vorjahr 8,8 % weniger. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export in der Mitte des Jahres 2008 eine Trendwende erkennbar. Seitdem fielen beide Trend-Konjunktur-Komponenten stark. Bei der Einfuhr führten auch die beiden sehr hohen Werte in den letzten beiden Monaten noch zu keiner Wende der Trend-Konjunktur-Komponente. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2009 bei 106,7. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2009 und dem Oktober 2008, ergab sich damit ein Wert von -0,2 %, im September 2009: -0,6 %. Während die Preise für einige Nahrungsmittel und Energieprodukte (Heizöl, Gas, Kraftstoffe, Fernwärme) deutlich fielen, stiegen sie beim Strom, bei Bekleidung und Schuhen, Tabak, Pauschalreisen, alkoholischen Getränken sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit dem April des Jahres 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit nahe -1,0.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)

Berlin Oktober 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 21. Januar 2010)

Merkmal	Einheit	Oktober 2009		Januar 2009 bis Oktober 2009		November 2008 bis Oktober 2009		Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	
			%		%		%	
Frühe Indikatoren								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtdindex.....	2005 \triangleq 100	106,7	0,3	106,4	0,2	106,4	0,3	→
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	2005 \triangleq 100	100,3	-14,3	99,2	-14,9	99,2	-16,1	↓
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	137,3	48,7	102,3	-17,2	105,5	-10,9	↗
Baugenehmigungen.....	Anzahl	190,0	8,0	138,6	-13,5	147,4	-10,7	↘
Gegenwärtige Indikatoren								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²								
	Mill. EUR	1 743,4	-24,4	1 778,2	-6,4	1 802,0	-8,5	↓
Stromerzeugung (brutto).....								
	GWh	699,6	-33,1	445,1	-43,9	518,6	-37,4	↓
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³								
	Mill. EUR	156,2	5,1	123,6	-3,5	130,7	-0,7	→
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴								
	2005 \triangleq 100	123,3	0,6	112,2	-1,8	115,9	x	→
Einzelhandel - Umsatz real ⁴								
	2005 \triangleq 100	122,4	0,8	110,8	-1,8	114,7	x	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴								
	2005 \triangleq 100	98,9	-28,3	104,0	-16,5	106,6	x	↓
Großhandel - Umsatz real ⁴								
	2005 \triangleq 100	96,6	-22,0	102,2	-8,5	104,6	x	↓
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴								
	2005 \triangleq 100	140,7	-6,1	124,6	-5,9	124,1	x	↘
Gastgewerbe - real ⁴								
	2005 \triangleq 100	128,4	-7,6	114,3	-8,0	114,0	x	↘
Gästeankünfte.....								
	1 000	804,2	1,4	691,2	3,6	678,8	3,7	↗
Gästeübernachtungen.....								
	1 000	1 855,2	4,7	1 598,4	5,2	1 546,4	4,7	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....								
	Mill. EUR	880,6	-22,3	860,3	-12,0	859,5	-12,6	↓
davon nach EU.....								
	Mill. EUR
Einfuhr (Generalhandel).....								
	Mill. EUR	746,4	3,3	706,7	1,9	715,7	3,3	↗
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ²								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...								
	EUR	22 642,0	-23,3	22 909,2	-6,8	23 204,8	-9,1	↓
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....								
	EUR	3 532,0	-0,7	3 672,1	-0,4	3 787,0	-0,2	→
Späte Indikatoren								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Insolvenzen gesamt.....								
	Anzahl	681	25,0	643,8	2,5	623,7	-0,6	↑
davon Unternehmen.....								
	Anzahl	134	76,3	127,0	9,1	122,6	7,9	↑
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...								
	Anzahl	1 383	67,2	954,8	23,9	848,7	19,8	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....								
	Anzahl	88	17,3	108,8	-11,3	96,0	-10,4	↑
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ² ... 1 000								
		77,0	-1,4	77,6	0,5	77,7	0,6	↘
Bauhauptgewerbe ¹ 1 000								
		10,7	16,5	9,0	4,4	9,0	4,6	↗
Einzelhandel ⁴ 2005 \triangleq 100								
		112,1	-0,5	111,7	0,3	112,2	x	→
Großhandel ⁴ 2005 \triangleq 100								
		113,8	-3,7	115,8	-0,5	116,2	x	↘
Gastgewerbe ⁴ 2005 \triangleq 100								
		113,7	1,0	113,8	-2,0	113,3	x	→
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....								
	Anzahl	228 727,0	4,3	239 099,1	0,8	235 354,2	-0,8	↗
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....								
	%	13,6	4,6	14,2	0,9	14,0	-0,8	↗
offene Stellen.....								
	Anzahl	31 488,0	1,5	32 901,2	-3,1	32 352,2	-3,8	↘

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p ↑

1 % \leq p < 10 % ↗

-1 % \leq p < 1 % →

-10 % < p \leq -1 % ↘

p \leq -10 % ↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p ↑

1 % \leq p < 2 % ↗

-1 % \leq p < 1 % →

-1 % < p \leq -2 % ↘

p \leq -2 % ↓

Brandenburg Oktober 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 11. Januar 2010)

Merkmal	Einheit	Oktober 2009		Januar 2009 bis Oktober 2009		November 2008 bis Oktober 2009		Oktober 2009
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Trend-Konjunktur-Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren →								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtdindex.....	2005 ± 100	106,7	-0,2	106,7	0,1	106,7	0,3	→
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	2005 ± 100	129,9	5,4	136,3	-8,0	136,6	-6,2	↑
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	149,1	0,5	154,8	-5,5	150,6	-8,4	↓
Baugenehmigungen.....	Anzahl	740,0	-8,1	583,5	-5,6	577,6	-6,1	↓
Gegenwärtige Indikatoren ↓								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²								
	Mill. EUR	1 626,3	-10,4	1 447,5	-12,0	1 469,1	-9,6	↓
Stromerzeugung (brutto).....								
	GWh	2 796,8	-11,1	2 809,0	-6,2	2 880,4	-5,7	↓
Bauhauptgewerbe								
(Baugewerblicher Umsatz) ³								
	Mill. EUR	240,5	4,4	175,2	3,0	182,9	2,2	↗
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴								
	2005 ± 100	114,3	-2,5	110,4	-3,0	112,9	x	↓
Einzelhandel - Umsatz real ⁴								
	2005 ± 100	110,9	0,9	106,6	-0,5	108,7	x	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴								
	2005 ± 100	111,4	-9,2	103,9	-12,1	104,8	x	↓
Großhandel - Umsatz real ⁴								
	2005 ± 100	105,2	-2,6	98,3	-3,9	98,8	x	↓
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴								
	2005 ± 100	104,2	-2,7	109,1	0,4	107,8	x	↗
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴								
	2005 ± 100	95,5	-4,2	100,3	-1,7	99,2	x	↗
Gästeankünfte.....								
	1 000	315,0	-4,9	328,2	-0,7	308,6	-1,0	→
Gästeübernachtungen.....								
	1 000	877,2	-0,7	915,9	0,8	853,6	0,5	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....								
	Mill. EUR	862,8	-16,4	845,4	-15,0	865,5	-11,8	↓
davon nach EU.....								
	Mill. EUR
Einfuhr (Generalhandel).....								
	Mill. EUR	2 033,4	46,8	1 086,2	-9,9	1 075,3	-8,8	↓
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ²								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...								
	EUR	22 271,6	-9,6	19 807,1	-12,3	20 078,2	-10,5	↓
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....								
	EUR	2 659,4	-0,5	2 600,8	-1,0	2 649,4	-0,6	→
Späte Indikatoren ↓								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Insolvenzen gesamt.....								
	Anzahl	589	17,1	518,6	3,9	513,9	1,9	↑
davon Unternehmen.....								
	Anzahl	73	25,9	62,1	3,3	61,2	2,4	↑
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...								
	Anzahl	367	0,8	286,2	22,9	185,3	34,5	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....								
	Anzahl	48	-62,5	88,8	30,4	68,8	34,8	↓
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ² ... 1 000								
	1 000	73,0	-0,9	73,1	0,4	73,2	1,0	↓
Bauhauptgewerbe ¹ 1 000								
	1 000	16,5	-0,5	15,7	-2,7	15,8	-3,2	↓
Einzelhandel ⁴ 2005 ± 100								
	2005 ± 100	107,3	-2,3	107,6	-2,0	108,2	x	↓
Großhandel ⁴ 2005 ± 100								
	2005 ± 100	128,5	-1,1	128,4	-1,0	128,5	x	↓
Gastgewerbe ⁴ 2005 ± 100								
	2005 ± 100	105,2	-0,4	103,6	0,6	103,4	x	↗
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....								
	Anzahl	146 440,0	-7,1	168 582,0	-5,6	167 067,3	-6,6	↓
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....								
	%	11,0	-6,0	12,6	-5,1	12,5	-6,2	→
offene Stellen.....								
	Anzahl	13 271,0	-2,6	15 119,8	10,1	14 815,3	9,0	↗

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)
 2 Betriebe ab 50 Beschäftigte
 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
 4 vorläufig

Legende
 Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)
 10 % ≤ p ↑
 1 % ≤ p < 10 % ↗
 -1 % ≤ p < 1 % →
 -10 % < p ≤ -1 % ↓
 p ≤ -10 % ↓

Verbraucherpreisindex
 2 % ≤ p ↑
 1 % ≤ p < 2 % ↗
 -1 % ≤ p < 1 % →
 -1 % < p ≤ -2 % ↓
 p ≤ -2 % ↓

Ricarda Nauenburg

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin Zahlen und Fakten aus dem Mikrozensus 2008

Die Erfassung des Migrationshintergrundes im Mikrozensus

Migration und Integration sind zwei Begriffe, denen aktuell eine zunehmende Aufmerksamkeit zuteil wird. Die erste PISA-Studie aus dem Jahr 2000 beschrieb mit Migration und fehlender Integration verbundene Probleme im Bildungsbe- reich und brachte das Thema endgültig in den Fokus von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Bis heute ist ein umfangreiches Berichtswesen zu Migration und Integration entstanden. Die Beschreibung der Situation mit Daten der amtlichen Statistik war zunächst davon beeinträchtigt, dass lediglich die Staatsangehörigkeit standardmäßig erhoben wurde. Der Migrationshintergrund geht jedoch darüber hinaus und trägt der Tatsache Rechnung, dass migrations- und integrationspolitisch relevante Sachverhalte auch deutsche Staatsbürger mit Zuwanderungsgeschichte betreffen. Ausländische Staatsangehörigkeit wird jedoch als Ersatz für einen Migrationshintergrund herangezogen, wenn dieser in einer Statistik nicht vorliegt.

Seit 2005 wird im Mikrozensus¹ neben der Staatsangehörigkeit auch der Migrationshintergrund abgebildet. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen danach alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Die Veröffentlichung erster Ergebnisse sorgte für Überraschungen – fiel doch der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland doppelt so hoch aus wie der bis dahin bekannte Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung (2005: 18,6 % bzw. 8,9 %) [1]. In Berlin betrug der Anteil der ausländischen Bevölkerung 2005 13,3 %, der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 22,8 %.

Zusätzlich ist es mit dem neuen Konzept möglich, verschiedene Migrantengruppen zu identifizieren. Personen mit Migrationshintergrund lassen sich zunächst nach ihrer Migrationserfahrung unterteilen, d.h., ob sie seit 1950 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik zugewandert sind oder nicht. In beiden Gruppen gibt es wiederum Personen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund kann danach unterschieden werden, ob die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben wurde oder durch Geburt (z.B. Spätaussiedler/innen oder „Optionskinder“²). In Deutschland geborene Deutsche haben einen einseitigen bzw. zweiseitigen Migrationshintergrund, wenn ein oder beide Elternteile zugewandert oder Ausländer sind (Abbildung 1).

Im Land Berlin hatten im Jahr 2008 danach 820 000 Einwohner (23,9 %) einen Migrationshintergrund im engeren Sinne. Rund zwei Drittel bzw. 569 000 dieser Berliner waren zugewandert, ein Drittel bzw. 251 000 Personen waren in Deutschland geboren (Tabelle 1). Die zugewanderten Personen waren

Tab. 1 Bevölkerung nach Migrationshintergrund in Berlin 2008
Ergebnisse des Mikrozensus

	in Tausend	%
Insgesamt.....	3 424,1	100
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.....	2 604,2	76,1
Bevölkerung mit Migrationshintergrund i.e.S.....	820,0	23,9
davon		
mit eigener Migrationserfahrung..	568,7	16,6
davon		
Ausländer.....	390,9	11,4
Deutsche.....	177,8	5,2
davon		
ohne Einbürgerung.....	73,8	2,2
Eingebürgerte.....	104,0	3,0
ohne eigene Migrationserfahrung	251,3	7,3
davon		
Ausländer.....	86,0	2,5
Deutsche.....	165,3	4,8
davon		
Eingebürgerte.....	29,8	0,9
Deutsche mit zugewandertem oder in Deutschland als Ausländer geborenen Elternteil ...	135,5	4,0
davon		
einseitiger Migrationshintergrund	68,0	2,0
zweiseitiger Migrationshintergrund	67,5	2,0

1 Der Mikrozensus als größte repräsentative Haushaltserhebung in Deutschland eignet sich sehr gut, die Lebenssituation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfassend zu untersuchen. Jährlich geben ein Prozent der Bevölkerung zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und zu ihrem Erwerbsverhalten Auskunft. Zusätzlich werden im jährlichen Wechsel verschiedene Themenkomplexe wie Gesundheit und Gesundheitsverhalten, Krankenversicherung, die Wohnsituation oder die Zahl der geborenen Kinder erhoben.

2 In diesem Zusammenhang wird auf die diesbezügliche Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes [2] verwiesen. Danach erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit gesichertem Aufenthaltsstatus bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, die der Eltern kann zusätzlich angenommen werden. Im Alter von 18 bis 23 Jahren müssen sie sich entscheiden, welche der beiden Staatsbürgerschaften sie abgeben und für welche sie „optieren.“

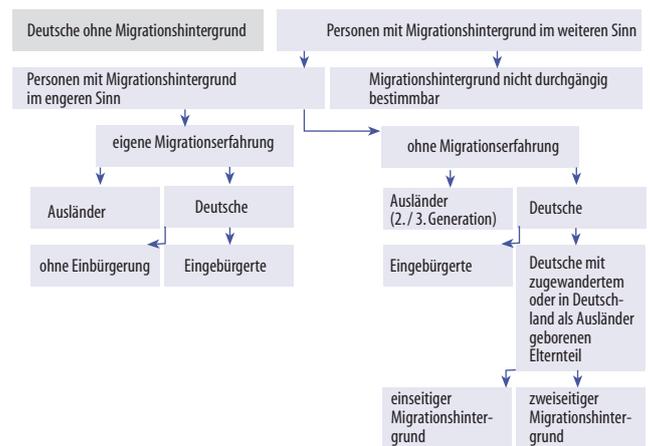
zum größeren Teil Ausländer. Bei den Personen mit Migrationshintergrund, aber ohne Zuwanderungserfahrung, herrschte dagegen die deutsche Staatsangehörigkeit vor. Die Mehrheit von ihnen war bereits als Deutsche in Deutschland geboren und ihr Migrationshintergrund rührte von den Eltern her.

Die Erfassung des Migrationshintergrundes wird inzwischen auch in Erhebungen weiterer staatlicher Stellen (z. B. Schulbehörden) eingeführt. Das gesamte, sehr umfangreiche Migrationskonzept des Mikrozensus wird jedoch in keiner anderen Statistik vollständig umgesetzt [3]. In Berlin sind die öffentlichen Verwaltungen ab dem 1. Januar 2009 gehalten, in ihren Geschäftsstatistiken den Migrationshintergrund nach folgenden, auch im Mikrozensus zu findenden Kategorien zu erheben: Ausländer/innen, (Spät-) Aussiedler/-innen, Eingebürgerte und Kinder (auch erwachsene), von denen mindestens ein Elternteil unter eine der drei genannten Personengruppen fällt [4]. Bei diesem Konzept wird auf die Darstellung einer Zuwanderungsgeschichte verzichtet.

Der Aufbau des Migrationskonzeptes im Mikrozensus aus mehreren Merkmalen zu Zuwanderung, Staatsbürgerschaft und Einbürgerung macht es möglich, einen Migrationshintergrund auch anders abzuleiten. Dies ist in mehreren Studien und Integrationsberichten, die auf dem Mikrozensus als Datenbasis fußen, bereits geschehen. Die Abweichungen sind zum Teil nur marginal.

In Bezug auf das Migrationskonzept ist zu beachten, dass der Mikrozensus eine Haushaltserhebung ist. Leitet sich der Migrationshintergrund einer Person nur von den Eltern ab, ist dieser eindeutig bestimmbar, wenn die Person (noch) mit ihren Eltern in einem Haushalt lebt. Führt sie jedoch einen eigenen Haushalt, ist sie mit dem Konzept des Mikrozensus nicht mehr „durchgängig“ (Abbildung 1) zu erfassen, sondern nur im vierjährigen Turnus. Der Grund besteht darin, dass auch die Erhebung des Migrationshintergrundes von der vierjährigen Themenrotation der Mikrozensusbefragung mitbetroffen ist: Ein zusätzlicher Fragenkomplex zum Migrationshintergrund von Vater und Mutter wird aufgrund seines Umfangs nur alle vier Jahre gestellt. Damit wird der Migrationsstatus einer in Deutschland geborenen Person mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Zwischenjahren nur dann statistisch erfasst, wenn sie bei ihren Eltern wohnt. Aktuell sind die in den Zwischenjahren nicht erfassten Personen mit Migrationshintergrund eine vernachlässigbare Größe, da beispielsweise die meisten nach der Optionsregelung geborenen Kinder noch bei ihren Eltern leben [1, S. 327]. Die ersten Betroffenen werden jedoch zum jetzigen Zeitpunkt volljährig und auch aus dem elterlichen Haushalt ausziehen. Damit vergrößert sich die in den Zwischenjahren nicht erfasste Gruppe zunehmend. Im Jahr 2005, dem ersten Jahr mit vollständigem Erhebungsprogramm zum Migrationshintergrund von Vater und Mutter, wurden in Berlin 773 000 Personen mit Migrationshintergrund „im engeren Sinne“ (22,8 %) ausgewiesen und 794 000 Personen (23,4 %) mit Migrationshintergrund „im weiteren Sinne“ (Abbildung 2). Die Differenz betrug 21 000 Personen bzw. 0,6 % der Bevölkerung, deren Migrationsstatus nur von den Eltern ableitbar ist, die

Abb. 1 Konzept des Migrationshintergrundes im Mikrozensus



aber nicht mehr im elterlichen Haushalt wohnen. Um eine jährliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird inzwischen – und auch in diesem Beitrag – meist auf den Migrationshintergrund „im engeren Sinne“ zurückgegriffen.

Das Migrationskonzept des Mikrozensus berücksichtigt keine Herkunftsgebiete. Dies ist teilweise einem Wunsch nach Vermeidung einer Ethnisierung der Migrations- und Integrationsdebatte geschuldet, aber auch der Konsequenz geringer, nicht mehr auswertbarer Fallzahlen in der Mikrozensus-

Abb. 2 Bevölkerung in Berlin nach Migrationshintergrund 2005 Ergebnisse des Mikrozensus



Abb. 3 Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Berlin Ergebnisse des Mikrozensus

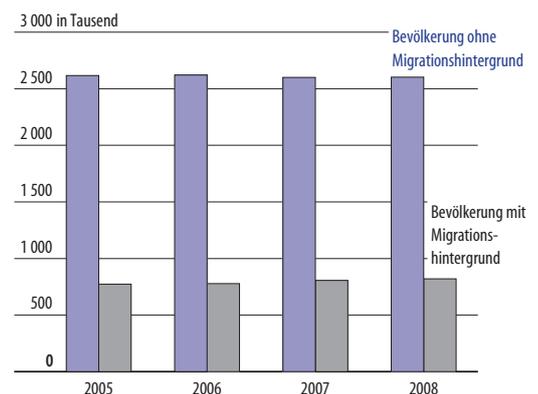
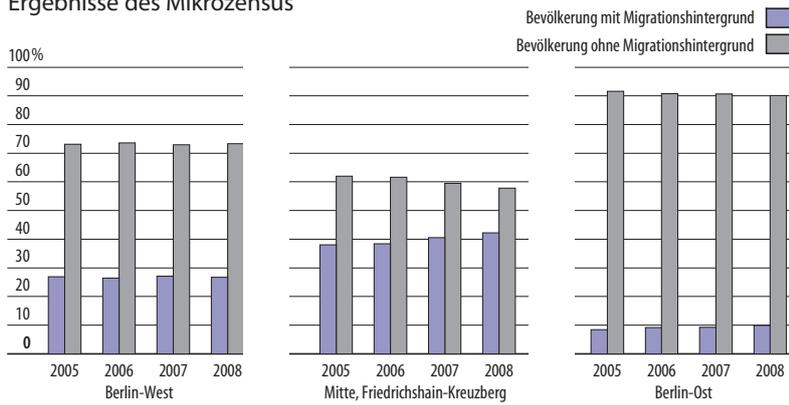


Abb. 4 Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Berliner Bezirken
Ergebnisse des Mikrozensus

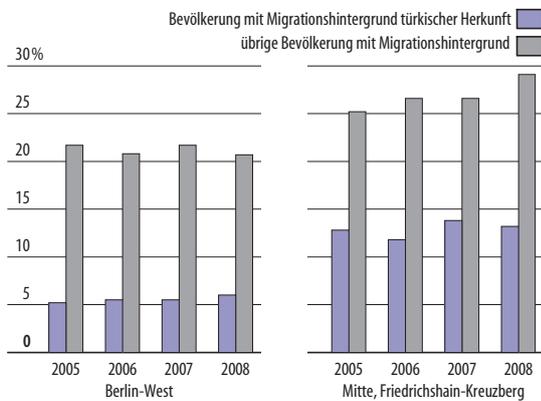


stichprobe. Deshalb können nun beispielsweise Unterschiede im Integrationserfolg zwischen Migrantengruppen aus verschiedenen Herkunftsgebieten nicht genau dargestellt werden. Da allerdings die Staatsangehörigkeit im Mikrozensus erfasst ist, kann ersatzweise dieses Merkmal ausgewertet werden, wenn es sinnvoll erscheint.

Migrationshintergrund und Lebenssituation
Gesamtbetrachtung

Ein Zeitvergleich von 2005 bis 2008 zeigt, dass sowohl die absoluten Zahlen als auch der prozentuale

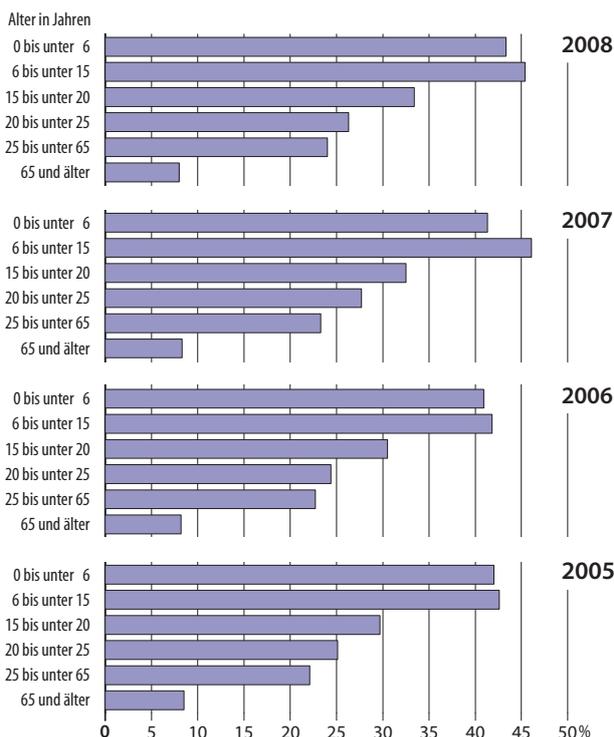
Abb. 5 Bevölkerung mit Migrationshintergrund türkischer Herkunft in den Berliner Bezirken
Ergebnisse des Mikrozensus



Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin ansteigen (2005: 772,9 Tsd. bzw. 22,8 %; 2008: 820,0 Tsd. bzw. 23,9 % - Abbildung 3).

Eine Betrachtung nach Berliner Bezirken – zusammengefasst nach Bezirken aus Berlin-West, Berlin-Ost und den Bezirken Mitte (ehemals Moabit, Tiergarten und Mitte) bzw. Friedrichshain-Kreuzberg (Abbildung 4) ergibt folgendes Bild: Die anteilmäßigen Zuwächse der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf Gesamtberliner Ebene sind vor allem auf einen Zuwachs in den ohnehin schon fast zur Hälfte von Bevölkerung mit Migrationshintergrund bewohnten beiden Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zurückzuführen (2005: 38,0 %; 2008: 42,2 %). Bei einem Wachstum von 4,2 Prozentpunkten innerhalb von drei Jahren ist von einem hohen Wanderungsgeschehen in diesen Bezirken auszugehen. Die Bevölkerung des Bezirks Mitte weist im Berliner Vergleich mit Abstand den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund auf. Der Anteil stieg von 42,7 % (2005) auf 47,1 % (2008). Auch in den östlichen Bezirken stieg der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 2005 bis 2008 von 8,4 % auf 9,9 % an. In den Bezirken von Berlin-West ist im betrachteten Zeitraum keine wesentliche Veränderung des Anteils von rund 27 % festzustellen.

Abb. 6 Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen in Berlin
Ergebnisse des Mikrozensus



Die größte Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund in Berlin ist türkischer Herkunft. Darunter sind Personen zu verstehen, die angegeben haben, entweder die türkische Staatsangehörigkeit als erste oder zweite Staatsangehörigkeit zu besitzen oder vor der Einbürgerung besessen zu haben. Abbildung 5 zeigt ihre räumliche Verteilung in Berlin. In den östlichen Stadtbezirken lag der Anteil unter der Genauigkeitsgrenze von hochgerechnet 5 000 Fällen und wird deshalb nicht ausgewiesen. In den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg war ihr Anteil mit ca. 13 % am höchsten und beträgt damit rund ein Drittel der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Im betrachteten Zeitraum ist der Anteil in diesen beiden Bezirken als recht konstant anzusehen, während der Anteil der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 2005 bis 2008 von 25,2 % auf 29,1 % angestiegen ist. In den westlichen Bezirken erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung mit türkischer Herkunft minimal von 5,2 % (2005) auf 6,0 % (2008) und betrug dort rund ein Fünftel der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Soziodemografische Kennzahlen

Altersstruktur

Aufgrund ihres anderen Geburtenverhaltens und eines altersabhängigen Migrationsverhaltens hatte die Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2008 ein mit 33,2 Jahren erheblich jüngeres Durchschnittsalter als die übrige Bevölkerung (45,2 Jahre).

In den jüngsten Altersgruppen bis unter 15 Jahren hatte im betrachteten Zeitraum fast die Hälfte der Berliner Bevölkerung einen Migrationshintergrund. In höheren Altersgruppen nahm dieser Anteil stetig ab und fiel auf ca. 8 % bei den über 64-Jährigen (Abbildung 6).

Haushaltszusammensetzung

Bei Betrachtungen auf der Haushaltsebene bestimmt der Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers den Migrationshintergrund des Haushalts. Haushalte mit Migrationshintergrund waren 2008 größer und beherbergten eine größere Anzahl von Kindern unter 18 Jahren (Abbildung 7). Haushalte mit Migrationshintergrund bestanden durchschnittlich aus 2,1 Personen, darunter befanden sich 0,5 Kinder unter 18 Jahren. Haushalte ohne Migrationshintergrund bestanden im Durchschnitt aus 1,7 Personen, darunter 0,2 Kinder unter 18 Jahren.

Der Anteil der bikulturellen Partnerschaften gilt als ein Indikator einerseits für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und andererseits auch für die Bereitschaft der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Integration zuzulassen [5]. Bikulturell bedeutet, dass ein Partner einen Migrationshintergrund hat und der andere nicht. Der Begriff bezieht sich nicht auf Partner, die beide einen Migrationshintergrund mit verschiedenen Herkunftsgebieten haben. Der Anteil der bikulturellen Partnerschaften in Berlin war mit ca. 11 % seit 2005 stabil (Abbildung 8).

Bildungsstand

Beim Bildungsstand wird deutlich, dass es zwischen verschiedenen Migrantengruppen erhebliche Unterschiede gibt und eine Zusammenfassung der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund im engeren Sinne“ in einer einzigen Gruppe nicht zielführend ist. In Berlin bilden Menschen mit türkischer Herkunft die größte Untergruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, deshalb werden sie im Folgenden getrennt ausgewiesen. In Abbildung 9 ist die Berliner Bevölkerung ab 25 Jahren nach ihren Bildungsabschlüssen dargestellt. Menschen mit türkischer Herkunft hatten danach im Jahr 2008 zu 40,0 % keinen Schulabschluss und zu 72,0 % keinen Berufsabschluss. Bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund traf das nur auf 11,4 % bzw.

Abb. 7 Durchschnittliche Haushaltsgröße und Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren im Haushalt nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers in Berlin 2008
Ergebnisse des Mikrozensus

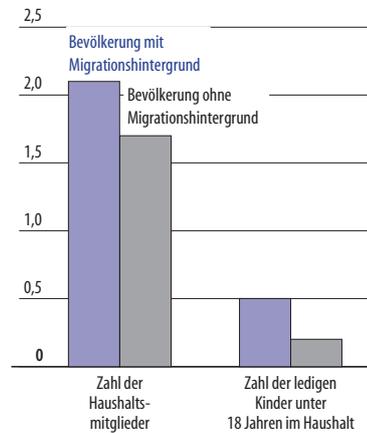


Abb. 8 Anteil der bikulturellen Partnerschaften an allen partnerschaftlichen Lebensformen in Berlin
Ergebnisse des Mikrozensus

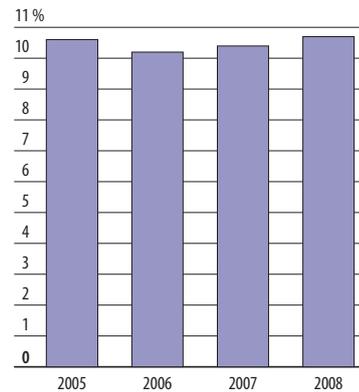


Abb. 9 Bildungsstand der Berliner Bevölkerung ab 25 Jahre mit und ohne Migrationshintergrund 2008
Ergebnisse des Mikrozensus

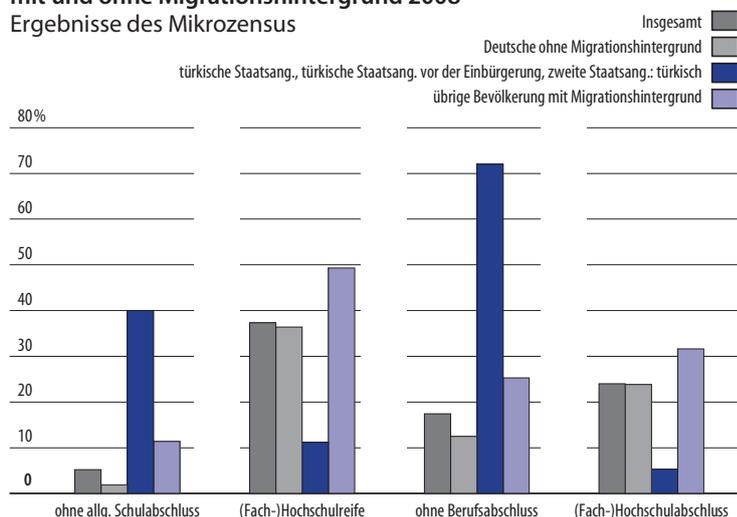
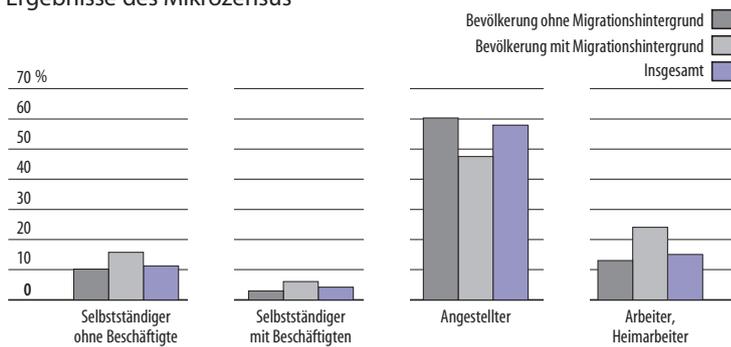


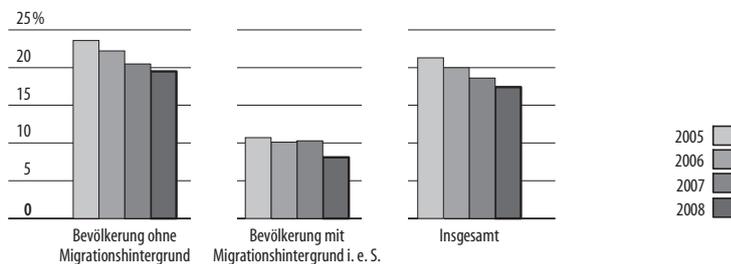
Abb. 10 **Erwerbstätige Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Stellung im Beruf in Berlin 2008**
Ergebnisse des Mikrozensus



Unter der erwerbstätigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund war der Anteil der Selbstständigen – ob mit oder ohne Beschäftigten – 2008 mit 15,8 % bzw. 6,1 % um ca. ein Drittel höher als in der Gesamtbevölkerung (Abbildung 10). Bei den Angestellten war die Bevölkerung mit Migrationshintergrund jedoch unterrepräsentiert. Rund ein Viertel (24,1 %) war als Arbeiter tätig – dieser Anteil ist doppelt so hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Unter Integrationsgesichtspunkten ist die höhere Selbstständigenquote bemerkenswert – spricht sie doch für aktive Teilhabe am wirtschaftlichen Leben und geschaffene Arbeitsplätze.

Ein Indikator für einen erfolgreichen Integrationsprozess und gleichzeitig für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist der Beschäftigtenanteil im öffentlichen Dienst nach Migrationshintergrund. Abbildung 11 zeigt, dass der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Berlin in der erwerbstätigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur rund halb so hoch ist wie in der erwerbstätigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Abb. 11 **Erwerbstätige Bevölkerung in Berlin nach Migrationshintergrund und Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Dienst**
Ergebnisse des Mikrozensus



25,3 % zu. Mindestens die Fachhochschulreife hatten 11,2 % der Bevölkerung mit türkischer Herkunft erreicht, aber die Hälfte (49,3 %) der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen mit (Fach-) Hochschulreife war in letzterer Gruppe sogar um 12,9 Prozentpunkte höher als bei der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In der Bevölkerung türkischer Herkunft war der (Fach-) Hochschulabschluss nur zu 5,3 % vertreten, bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber zu fast einem Drittel (31,6 %) und lag damit wieder über dem Anteil in der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Hier hatten nur 23,8 % einen (Fach-) Hochschulabschluss erreicht. Dies zeigt, dass verschiedene Migrantengruppen auf dem Gebiet der Bildung unterschiedlicher Aufmerksamkeit und Förderung bedürfen.

Erwerbsstatus

Fehlende Ausbildungsabschlüsse gehen zwangsläufig mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt einher. Der Anteil der Erwerbstätigen betrug 2008 bei der türkischstämmigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Berlin nur 41,6 %, bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund fast die Hälfte (49,1 %) (4. Umschlagseite, oben). Von der Berliner Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren zwei Drittel (67,6 %) erwerbstätig. Der Anteil der Erwerbslosen³ betrug in der türkischstämmigen Bevölkerung 22,4 %, in der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund 16,4 % und in der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 9,1 %. Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen ist in der Berliner türkischstämmigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 35,9 % am höchsten.

Lebensunterhalt und Einkommen

Die unterschiedliche Teilhabe am Arbeitsmarkt schlägt sich unmittelbar auf die Einkommensquellen und die Einkommenshöhe nieder. Betrachtet man die Bevölkerung ab 18 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund nach der hauptsächlichen Quelle des Lebensunterhaltes, war 2008 die Erwerbstätigkeit in allen Gruppen zwar vorherrschend (Abbildung 12). Sie war in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zur Hälfte (49,2 %) die Hauptquelle des Lebensunterhaltes, in der Bevölkerung türkischer Herkunft jedoch nur zu einem Drittel (35,0 %) und in der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu 43,9 %. Renten und Pensionen waren zu einem Drittel (31,0 %) in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund Quelle des hauptsächlichen Lebensunterhaltes, die Anteile in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lagen weit darunter. Hier spiegelt sich die unterschiedliche Altersstruktur der beiden Bevölkerungsgruppen wider. Der Unterhalt durch Angehörige spielte in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine größere Rolle. Rund 14 % lebten 2008 hauptsächlich davon, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es nur 6,6 %. Ein Drittel (31,6 %) der türkischstämmigen Bevölkerung Berlins lebte hauptsächlich von Leistungen nach Hartz IV. Bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund war es rund ein Fünftel (22,1 %), bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 8,6 %.

Die durchschnittlichen Einkommen von Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat, lagen um rund 300 EUR

³ Erwerbslos sind nach der Definition der International Labour Organization (ILO) Personen, die eine Arbeit

suchen und innerhalb von zwei Wochen aufnehmen können.

Tab. 2 **Bevölkerung nach Migrationshintergrund und soziodemografischen Merkmalen in Berlin 2008**
Ergebnisse des Mikrozensus

Merkmal	Ins- gesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Bevöl- kerung mit Migrationshintergrund	Davon mit			
				türkischer ¹	übriger		
		in Tausend		in %			
Bezirke	Insgesamt.....	3 424,1	100	76,1	23,9	5,4	18,6
	Berlin-West.....	1 714,3	100	73,3	26,7	6,0	20,7
	Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg.....	597,5	100	57,8	42,2	13,2	29,1
	Berlin-Ost.....	1 112,3	100	90,1	9,9	/	9,7
Alter	0 bis unter 6.....	161,0	100	56,7	43,3	/	40,6
	6 bis unter 15.....	233,8	100	54,6	45,4	8,9	36,5
	15 bis unter 20.....	170,8	100	66,6	33,4	8,9	24,5
	20 bis unter 25.....	225,6	100	73,7	26,3	6,1	20,2
	25 bis unter 65.....	1 986,6	100	76,0	24,0	5,9	18,1
	65 und älter.....	646,4	100	92,0	8,0	2,0	6,0
		in Tausend		Mittelwert			
		3 424,1	42,3	45,2	33,2	35,9	32,4
Zahl der Haushaltsmitglieder		1 947,9	1,7	1,7	2,1	2,8	2,0
Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren im Haushalt		1 947,9	0,2	0,2	0,5	0,8	0,4
		in Tausend		in %			
Schulabschluss der Bevölkerung ab 25 Jahren	ohne allgemeinen Schulabschluss.....	136,2	5,2	1,9	18,4	40,0	11,4
	(Fach-)Hochschulreife.....	976,9	37,1	36,4	40,0	11,2	49,3
	übrige Abschlüsse.....	1 516,8	57,7	61,7	41,7	48,8	39,4
	Zusammen	2 629,9	100	100	100	100	100
Berufsabschluss der Bevölkerung ab 25 Jahren	ohne Berufsabschluss.....	457,4	17,4	12,5	36,7	72,0	25,3
	(Fach-) Hochschulabschluss.....	632,3	24,0	23,8	25,1	5,3	31,6
	übrige Abschlüsse.....	1 541,2	58,6	63,7	38,2	22,7	43,2
	Zusammen	2 630,8	100	100	100	100	100
Erwerbsstatus	Erwerbstätige.....	1 490,0	62,5	67,6	47,3	41,6	49,1
	Erwerbslose.....	268,8	11,3	9,1	17,9	22,4	16,4
	Nichterwerbspersonen.....	624,1	26,2	23,3	34,8	35,9	34,4
	Zusammen	2 383,0	100	100	100	100	100
im öffentlichen Dienst beschäftigt	ja	259,0	17,4	19,5	8,1	/	8,7
	nein.....	1 231,0	82,6	80,5	91,9	94,0	91,3
	Zusammen	1 490,0	100	100	100	94,0	100
Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung ab 18 Jahren, darunter	Erwerbstätigkeit/Berufstätigkeit.....	1 399,5	47,6	49,2	41,7	35,0	43,9
	Arbeitslosengeld I, II, ab 2007: nur ALG I	44,5	1,5	1,4	1,8	/	1,8
	Rente, Pension.....	794,7	27,0	31,1	11,8	15,1	10,7
	Unterhalt durch Eltern, Partner o. a. Angehörige.....	238,9	8,1	6,6	14,0	13,7	14,1
	Leistungen aus einer Pflege- versicherung, ab 2007: Hartz IV (ALG II, Sozialgeld)	348,6	11,9	8,6	24,4	31,6	22,1
Armutsrisikoquote		3 424,1	14,2	10,4	27,0	33,6	25,1

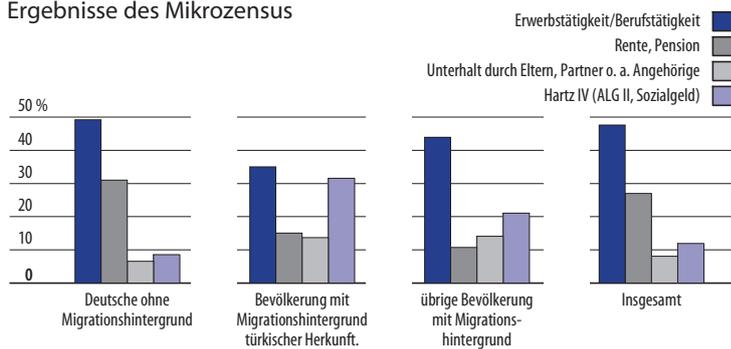
¹ türkische Staatsangehörige, türkische Staatsangehörigkeit vor der Einbürgerung oder in zweiter Staatsangehörigkeit türkisch

unter denen von Haushalten ohne Migrationshintergrund (Abbildung 13). Dies und die Tatsache, dass Haushalte mit Migrationshintergrund im Durchschnitt größer sind, erhöht die Armutsgefährdung von Personen mit Migrationshintergrund.

Eine Armutsgefährdung besteht dann, wenn das aus dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und der Haushaltsgröße abgeleitete bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen einer Person unter 60 % des Medians aller bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Ein-

kommen einer Region liegt [6]. Die Armutsgefährdung ist damit eine relative Größe und hängt von der Einkommensentwicklung und -ungleichheit in der betrachteten Region ab. Die Armutsgefährdungsquote hat seit 2006 in Berlin wieder stetig zugenommen und lag 2008 bei 14,3 % (Abbildung 14). Die Berliner Bevölkerung mit türkischen Wurzeln war mit rund einem Drittel armutsgefährdeter Personen besonders betroffen. Die übrige Bevölkerung mit Migrationshintergrund war immer noch zu rund

Abb. 12 **Bevölkerung ab 18 Jahre nach Migrationshintergrund und hauptsächlichem Lebensunterhalt in Berlin 2008**
Ergebnisse des Mikrozensus



einem Viertel armutsgefährdet, während von der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur rund ein Zehntel unter der regionalen Armutsgefährdungsschwelle lebte.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse für das Jahr 2008 enthält Tabelle 2.

Fazit

Mit dem Konzept des Migrationshintergrundes im Mikrozensus lassen sich migrations- und integrationspolitisch relevante Zusammenhänge aufzeigen. Für Berlin ergibt sich, dass in diversen sozioökonomischen Dimensionen erhebliche Differenzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bestehen und zumindest in diesen Lebensbereichen von einer Angleichung der Verhältnisse und einer gleichen gesellschaftlichen Teilhabe nicht die Rede sein kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass es innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgebieten Unterschiede in der Integrationsbedürftigkeit gibt. In der Gesamtbetrachtung ist ihre Jugend die für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als vorteilhaft zu bewertende Dimension und gleichzeitig große Chance. Damit gleicht sie die aktuell ebenfalls stark thematisierte demografische Alterung der deutschen Bevölkerung um einiges aus. Der Nutzung dieses Potenzials stehen insbesondere in der hier untersuchten Bevölkerungsgruppe mit türkischer Herkunft (noch) fehlende Qualifikationen entgegen. Die Unterschiede in den Bildungsabschlüssen und in der Beteiligung am Erwerbsleben sind deutlich und stellen das Bildungssystem vor hohe Herausforderungen. Der Mikrozensus bietet eine verlässliche Informationsquelle für die statistische Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungen. Obwohl aufgrund des Stichprobencharakters eine Analyse kleinster Migrantengruppen bzw. regionaler Einheiten nicht möglich ist, bleibt der Mikrozensus eine unverzichtbare Datengrundlage für ein umfassendes Integrationsmonitoring.

Abb. 13 **Durchschnittliche Haushaltseinkommen der Berliner Bevölkerung nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbezieher**
Ergebnisse des Mikrozensus

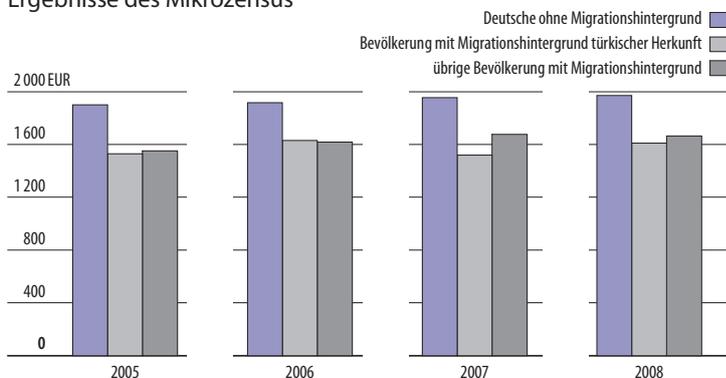
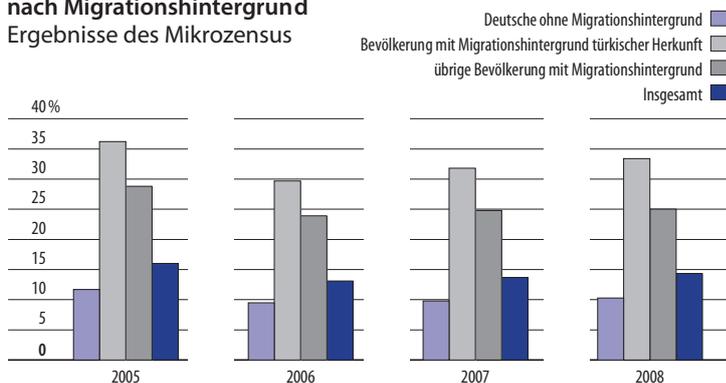


Abb. 14 **Armutsgefährdung der Berliner Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund**
Ergebnisse des Mikrozensus



Quellennachweis

- [1] Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005.
- [2] Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 158).
- [3] Bömermann, H., Rehkämper, K., Rockmann, U.: Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31.12.2007. Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3/08, S. 20-28.
- [4] Abgeordnetenhaus von Berlin: Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken – das Berliner Integrationskonzept, Drucksache 16/0715 vom 3.7.2007, S. 98.
- [5] Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, S. 34.
- [6] Kuchta, P., Wenzel, K.: Der Mikrozensus: eine Quelle für Informationen zum Nettoeinkommen der Bevölkerung, Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 1/09, S. 52-56.

Jürgen Keiser

Verwaltungsdaten in der amtlichen Statistik Qualität der Daten aus Verwaltungsdatenspeichern



Verwaltungsdaten und amtliche Statistik

Die amtlichen Unternehmensstatistiken basieren auf einer Vielzahl gesetzlich geregelter Erhebungen bei Unternehmen und Betrieben.

Die Nutzer der amtlichen Unternehmensstatistiken erwarten von dieser zu Recht Informationen zur konjunkturellen Entwicklung und Struktur in hoher Qualität. Eine möglichst umfassende Verwendung von Verwaltungsdaten soll der Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten dienen. Die Belastung von Unternehmen und Betrieben konnte bereits spürbar gesenkt werden. Dieser Aspekt ist von hoher Priorität, denn die Entlastung durch unnötige Bürokratie vor allem für kleine und mittlere Unternehmen ist seit Jahren ein ehernes Ziel von Politik und Wirtschaft in Deutschland, was auch seinen Ausdruck in den gesetzlichen Fixierungen der drei Mittelstandsentlastungsgesetze findet. Eignungsbeurteilungen zur Verwendung von Verwaltungsdaten bei verschiedenen Wirtschaftsstatistiken haben ergeben, dass der Rückgriff auf Verwaltungsdaten auch Qualitätsprobleme mit sich bringt, d. h., eine vorbehaltlose Verwaltungsdatennutzung kann zu statistischen Ungenauigkeiten führen.

Neben allgemeinen Aussagen zur Verwendung von Verwaltungsdaten in der amtlichen Statistik wird über das Mixmodell in der Konjunkturstatistischen Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen sowie über den Einsatz von Verwaltungsdaten in der Handwerksberichterstattung informiert.

Das dahinter stehende statistische Kennziffernprogramm wird dabei mittlerweile zum überwiegenden Teil durch Europa (Eurostat) vorgegeben. Obwohl diese Statistikvorgaben ständig zunehmen, wurde das nationale Erhebungsprogramm in den letzten Jahren eher konstant gehalten und teilweise reduziert. Grund dafür war der Aufbau des statistischen Unternehmensregisters (im Weiteren: URS) und die damit verbundene Verwendung von Verwaltungsdaten für verschiedene Statistiken.

Was sind eigentlich Verwaltungsdaten? Gemeint sind Daten, die bei Stellen in Wahrnehmung bundes- oder landesgesetzlich übertragener Aufgaben anfallen. Dazu gehören zum Beispiel Umsatzdaten der Finanzbehörden und Beschäftigtenaten der Bundesagentur für Arbeit.

Verwaltungsdaten sind seit langem eine wichtige Quelle der amtlichen Statistik. Im Zusammenhang mit dem Volkszählungsgesetz 1983 wurde in der amtlichen Statistik der Paradigmenwechsel von einem System der regelmäßigen Zählungen und ergänzenden Teilerhebungen (die sogenannte „zensusbasierte Statistik“) zu einer registergestützten Statistikproduktion eingeleitet. Bundesstatistiken basieren traditionell in hohem Maße auf Verwaltungsdaten, wie beispielsweise Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstatistiken, die Beschäftigungs- und die laufende Bevölkerungsstatistik. Auch im Bereich der Unternehmensstatistiken, wie beispielsweise im Handwerk und der

vierteljährlichen Dienstleistungs-Konjunktur, werden überwiegend Verwaltungsdaten für die Erfüllung europäischer statistischer Anforderungen genutzt.

Ein wesentliches Faktum für die verstärkte Verwendung von Verwaltungsdaten war das Statistikregistergesetz von 1998, das der amtlichen Statistik den Zugang zu Informationen verschiedener Verwaltungen für das URS öffnete. Das URS nutzt heute Daten zu Organschaften und Angaben des elektronischen Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregisters der Finanzverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern und der Bundesfinanzverwaltung. Daraus gewinnt das URS Informationen über Unternehmen und Betriebe und ist mittlerweile unverzichtbar für die Planung, Vorbereitung und Durchführung sowie Aufbereitung und Auswertung wirtschaftsstatistischer Erhebungen.

Erfahrungen der Statistischen Ämter von Bund und Ländern zeigen, dass in der Verwendung von Verwaltungsdaten Reserven von Unternehmensentlastungen bestehen bei gleichzeitiger Sicherung und auch Verbesserung der Statistikqualität. Dieses kann durch eine konsequente und systematische Verwendung bereits vorhandener Verwaltungsdaten für statistische Zwecke gelingen. Somit lautet die Vorgabe für künftige Unternehmensstatistiken, so weit wie möglich verfügbare und geeignete Angaben zu verwenden und diese Daten nicht noch einmal zu erheben. Nur dann, wenn Verwaltungsdaten nicht vorliegen oder in ihrer Qualität nicht ausreichend sind, sollten Unternehmen befragt werden.

Mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz aus dem Jahr 2003 wurde die Möglichkeit geschaffen, die Verwendbarkeit unterjähriger Verwaltungsdaten der Finanzbehörden (für Umsätze) und der Bundesagentur für Arbeit (für Beschäftigte) auf ihre Verwendbarkeit für eine Reihe von Konjunkturstatistiken und das URS zu prüfen und diese Daten bei Eignung zu nutzen. Für diesen Test wurden umfangreiche und aufwändige Untersuchungen durch die Statistischen Ämter getätigt. Hierbei gab es kein pauschales positives Eignungsurteil. Es wurde erkennbar, dass für jede Statistik die Eignung differenziert untersucht werden muss. Auch sind dabei die Belange der Datennutzer, beispielsweise der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder, zu berücksichtigen, die EU-weit rechtsverbindliche Qualitäts- und Lieferfristen zu erfüllen haben. Das erfordert natürlich basisstatistische Voraus-

setzungen, da Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus mehreren Statistiken resultieren. Die Verwaltungsdaten können auch hier nur zum Einsatz kommen, wenn zum einen die fachliche Eignung vorliegt und sie zum anderen termingerecht zur Verfügung stehen.

Während eine Eignung für die Handwerksstatistik grundsätzlich gegeben ist und Verwaltungsdaten die bisherigen Primärerhebungen ersetzen, konnte für die vierteljährliche konjunkturstatistische Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen und die Erhebungen im Kraftfahrzeug- und Großhandel nur eine bedingte Eignung festgestellt werden. Hier kommen sogenannte Mixmodelle zum Einsatz, d. h., Verwaltungsdaten ersetzen die Primärerhebung bei kleinen und mittleren Unternehmen, während große Einheiten nach wie vor direkt befragt werden. Für die Erhebungen im Einzelhandel und Gastgewerbe haben sich die Verwaltungsdaten hingegen als ungeeignet erwiesen. Die Eignungsbeurteilung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist noch nicht endgültig abgeschlossen.

Die Unterarbeitsgruppe „Qualität des URS“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hat in einer Auftragsstudie für die Amtsleitertagung im Mai 2009 festgestellt, dass die Verwaltungsdaten für statistische Zwecke zum Teil erhebliche Defizite aufweisen, da sie hinsichtlich ihrer Beschaffenheit nicht vollständig den statistischen Anforderungen entsprechen. Richtschnur für die Anforderung der Statistik sind dabei die europäischen Konventionen der Konjunktur- und Strukturstatistik und des statistischen URS. Es mussten neue Verfahren und Methoden in den Statistischen Ämtern entwickelt werden, um Verwaltungsdaten für ihre Zwecke verwenden zu können. Hier wurden erhebliche Ressourcen investiert, um die Aussagekraft und Besonderheiten der jeweiligen Verwaltungsdaten zu verstehen. Die bestehende Dynamik im Gesamtprozess der Verwendung von Verwaltungsdaten im Erhebungsablauf der amtlichen Statistik verlangt weiterhin hohe Anstrengungen. Durch aufwändige Maßnahmen wird versucht, die externen Daten für ihre Verwendung in der Statistik zu trimmen. Unterschiedliche Identifikatoren in den einzelnen Verwaltungen erschweren die notwendige Zusammenführung der Daten auf der Einzelebene erheblich. Für Konjunkturstatistiken müssen unterjährige Verwaltungsdaten mit bereits vorhandenen Informationen – insbesondere aus dem URS – verknüpft werden, um eine Verwendung für statistische Zwecke zu ermöglichen. Häufig ist die nicht herstellbare Verbindung zwischen den Identifikationsnummern aus der Statistik (Identnummer) und denen der Finanzbehörden (Umsatzsteuernummer bzw. Umsatzsteueridentnummer) ein Problem, weil Identnummern und/oder Steuernummern veraltet sind oder (noch) fehlen. Durch die nicht intakte Verknüpfung besteht permanent die Gefahr, dass Unternehmen sowohl über die Primärerhebung als auch die Verwaltungsdaten in die Datenbank einlaufen (Doppelerfassung). Des Weiteren müssen zur Beseitigung der Defizite der Verwaltungsdaten in erheblichem Umfang Schätzverfahren eingesetzt werden.

Das Thema Verwaltungsdatenverwendung wird im Folgenden speziell am Beispiel der konjunkturstatistischen Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen (im Weiteren: Mixmodell) fortgeführt.

Mixmodell in der vierteljährlichen Dienstleistungsstatistik

Zweck dieser Statistik ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung in bestimmten Dienstleistungsbereichen, die ab dem Berichtsjahr 2009 gemäß den europäischen Vorgaben nach der Wirtschaftszweikklassifikation 2008 bestimmt ist. Die Darstellung erfolgt vierteljährlich in Form von Veränderungsraten bzw. von Umsatz- und Beschäftigtenindizes auf Länder- und Bundesebene, die hohen Qualitätsanforderungen hinsichtlich der Verlässlichkeit und Termintreue unterworfen sind.

Vorliegende Untersuchungen einer Eignungsbeurteilung der Projektgruppe Verwaltungsdatenverwendung der Statistischen Ämter aus dem Jahr 2006 mit Bezug auf die Verwendung von Verwaltungsdaten zeigen eine eingeschränkte Eignung dieser Daten, die eine weitgehende Entlastung, jedoch nicht einen vollständigen Verzicht auf die Primärstatistik, ermöglicht. Die Einschränkung ist vor allem auf zwei Problemfelder zurückzuführen, die insbesondere große Einheiten betreffen:

1. Problemfeld

Die Untersuchungen zeigten, dass hauptsächlich Ausfälle von Meldungen großer Einheiten bei den zur Erfüllung der Anforderungen der EU-Konjunkturverordnung notwendigen frühen Auswertung der Verwaltungsdaten mit einer Aktualität von t+60 Tagen Probleme bereiten. Diese Ausfälle haben einerseits maßgeblichen Einfluss auf die Konjunktorentwicklung in einem Bereich, sie können andererseits aufgrund ihres unregelmäßigen Auftretens bzw. ihrer Abweichungen vom Durchschnitt der anderen Einheiten durch Schätzverfahren nicht hinreichend berücksichtigt werden. Das führt in der Praxis zu Revisionen bei den aktuellen Angaben zwei Monate nach Abschluss des Berichtszeitraumes sowohl bei den Umsatzdaten wie auch bei den Beschäftigtenangaben. Kleine und mittlere Unternehmen melden zwar nicht besser an die betroffenen Verwaltungen, doch sind bei ihnen die entsprechenden Risiken deutlich geringer, da allein durch ihre große Zahl – aufgrund des Totalerhebungscharakters der Verwaltungsdaten – Probleme bei einzelnen Einheiten nicht in gleichem Maße auf die aggregierten konjunkturellen Veränderungsraten durchschlagen.

2. Problemfeld

Große Einheiten sind zumeist Mitglieder von Organschaften, oft auch Mehrländerunternehmen, bei denen die Umsatzdaten der Finanzverwaltungen nicht in einer Form vorliegen, die den Anforderungen der Unternehmensstatistiken entspricht. Für eine länderscharfe Zuordnung von Unternehmen bzw. Unternehmensteilen müssen daher Umsätze mit Hilfe von Schätzverfahren aus den Verwaltungsdaten ermittelt werden. Das

ist methodisch schwierig und gelingt nur mit begrenzter Aussagefähigkeit. Da große Unternehmen gleichzeitig einen bedeutenden Einfluss auf die Konjunkturentwicklung in ihrem Wirtschaftszweig haben, führen die Probleme bei diesen zu einem zusätzlichen hohen Risiko einer nicht adäquaten Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Dieses gilt in besonderem Maße für die Konjunkturdarstellung auf Länderebene.

In den Untersuchungen wurden in einigen weiteren Punkten Abweichungen der Verwaltungsdaten von den konjunkturstatistischen Anforderungen festgestellt. Dies betrifft beispielsweise Unterschiede bei der Bestimmung des Wirtschaftszweiges von Unternehmen, eine in den Daten der Finanzverwaltung nicht adäquate zeitliche Zurechnung von Leistungen (z.B. Verrechnungen bei Forderungsausfällen) oder die Abweichungen des Umsatz- bzw. Beschäftigtenbegriffs in Verwaltungsdaten von den statistischen Anforderungen. So gibt es zwischen den im Rahmen der Umsatzsteuervoranmeldung übermittelten „Lieferungen und Leistungen“ Abweichungen zu dem Umsatzbegriff, der den statistischen Erhebungen zugrunde liegt. Bei den Organschaften sind Binnenumsätze zwischen Organschaftsmitgliedern nicht einbezogen. Diese kommen daher im Rahmen der Schätzungen für an Organschaften beteiligte Unternehmen dazu. Zudem sind im Umsatzbegriff der Finanzverwaltung einzelne außerordentliche Erträge eingeschlossen, die in der statistischen Umsatzdefinition nicht enthalten und bei den Verwaltungsdaten nicht genau eliminierbar sind.

Auch beim Beschäftigtenbegriff gibt es Abweichungen: Die Beschäftigtenangaben der Bundesagentur für Arbeit umfassen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte. Damit fehlen insbesondere Angaben zu Selbständigen und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Beamten (z.B. bei Nachfolgeunternehmen der Post) und Personen mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze. Zudem liegt den Verwaltungsdaten eine Auswertung der beschäftigten Personen zugrunde und nicht der Beschäftigungsfälle, d.h., Arbeitnehmer mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen werden nur einem und nicht mehreren Betrieben zugerechnet.

Auf Grundlage dieser Eignungsbeurteilung und der Prämisse, verlässliche Ergebnisse termingerecht zu produzieren, besteht die Notwendigkeit, eine ergänzende Primärerhebung bei den großen Einheiten durchzuführen. Als Basis für die Plausibilisierung und Programmierung für die unterschiedlichen Datenaufbereitungen wurde vom Statistischen Bundesamt mit Unterstützung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ein umfangreiches Methodenhandbuch erarbeitet.

Die vierteljährliche Dienstleistungsstatistik nutzt seit dem Berichtsquartal 2/2007 ein Mixmodell aus Primärerhebung und Verwaltungsdatennutzung für die Erstellung von Umsatz- und Beschäftigtenindizes auf Grundlage des Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetzes (DLKonjStatG) vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246). Nur die Einheiten der relevanten Wirtschaftsbereiche mit entweder mindestens 15 Mill. EUR Jah-

resumsatz und/oder mindestens 250 Beschäftigten werden in einer Primärerhebung direkt befragt. Der Primärerhebungsteil wird durch Verwaltungsdaten für alle anderen Unternehmen des Erfassungsbereiches ergänzt. Eine Eignungsbeurteilung hat ergeben, dass die Verwaltungsdaten zur Erstellung von Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen geeignet sind. Somit liegt im Ergebnis eine Vollerhebung ohne Abschneidegrenze vor. Mit einer möglichst umfangreichen Nutzung von Daten aus bereits bestehenden Verwaltungsquellen wird eine weitgehende Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen von statistischen Berichtspflichten erreicht. Weniger als 5 000 Einheiten bundesweit (in Berlin und Brandenburg aktuell 251 Einheiten) werden noch primär befragt. Gegenüber der Stichprobenerhebung vor Einführung des Mixmodells sind knapp 90 Prozent (in Berlin und Brandenburg 95 Prozent) weniger Erhebungseinheiten berichtspflichtig. Es werden hier also Daten aus unterschiedlichen Quellen, die an verschiedenen Orten geführt werden, miteinander kombiniert. Ein solcher Quellenmix stellt eine Neuheit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik in Deutschland dar – hier konnte also auch nicht auf die Erfahrungen anderer Fachbereiche zurückgegriffen werden – und erfordert somit im Vergleich zu anderen amtlichen Statistiken eine spezielle Organisationsform, es handelt sich um eine teilzentralisierte Statistik. Die Statistischen Landesämter sind für den Prozess der primärstatistischen Erhebung der Beschäftigtendaten, für die Zusammenführung der Daten aus der Primärerhebung und den Verwaltungsdaten aus dem zentralen Beschäftigtendatenspeicher, für die Ergebniserstellung und Veröffentlichung auf Landesebene verantwortlich.

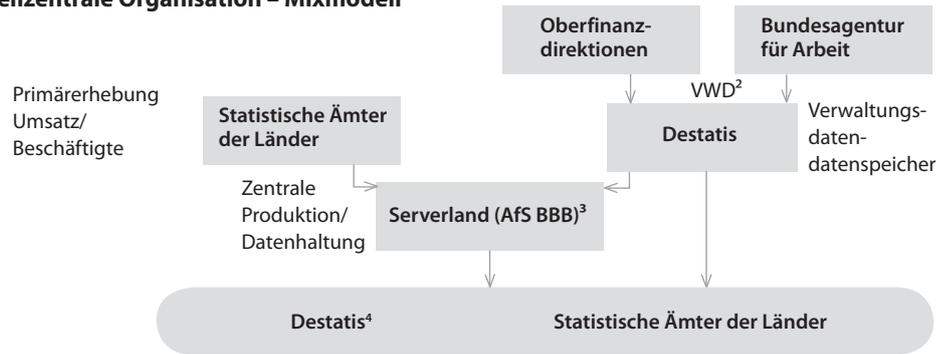
Die aufbereitungstechnischen Kernaufgaben bei den Umsatzdaten, wie die Bereitstellung der zentralen Datenbank zur Befüllung mit den primär erhobenen Daten der einzelnen Statistischen Landesämter, die Zusammenführung der Daten aus der Primärerhebung und dem zentralen Umsatzdatenspeicher sowie die Erzeugung aggregierter Ländersummensätze für die Erstellung der Bundesergebnisse, werden zentral von unserem Amt durchgeführt.

Schaubild

Mit Einführung des Mixmodells sah das Fachkonzept mit Stand 31.1.2007 ursprünglich vor, bei Antwortausfällen die entsprechenden Angaben aus dem Umsatzdatenspeicher korrigiert um einen Niveaugulierungsquotienten zu ersetzen. Basierend auf der Annahme des Ersatzes von Verwaltungsdaten aus dem Umsatzdatenspeicher für fehlende Werte aus der Primärerhebung hat der Verfasser vor einigen Monaten untersucht, welche Auswirkungen sich durch dieses Vorgehen ergeben. Grundlage hierfür bildeten die Erhebungseinheiten bundesweit, für die keine aktuellen Meldungen vorlagen, also Schätzwerte in die Auswertung eingingen. Der mit dieser Berechnung festgestellte Wert als Differenz zum Schätzwert sollte aufzeigen, wie sicher der Ersatz von Verwaltungsdaten für fehlende Daten in der Primärerhebung ist.

Im Ergebnis war festzustellen, dass es bei mehr als der Hälfte der Einheiten keine Übereinstimmung bei

KID¹ – teilzentrale Organisation – Mixmodell



- 1 KID – Konjunkturstatistische Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen
 2 VWD – Verwaltungsdaten
 3 AFS BBB – Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
 4 Destatis – Statistisches Bundesamt

- Erstellen der Bundes- bzw. Länderergebnisse
- Veröffentlichung
- Lieferung an Eurostat

diesem Vergleich gab, der es erlauben würde, mittels dieser Methode fehlende Daten aus der Primärerhebung zu ersetzen; die Differenzen waren sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht erheblich, was zu teilweise extremen Verzerrungen der Veränderungsstufen führte. Auch wenn auf hoher Aggregationsstufe (Bundesergebnisse bzw. Ergebnisse der Hauptwirtschaftszweige in den Ländern) ein möglicher Ausgleich von positiven und negativen Abweichungen zu einem plausiblen Ergebnis führen würde, gibt es spätestens beim Nachweis der Ergebnisse in den Wirtschaftszweigen auf 2-, 3- und 4-Stellen-Ebene erhebliche Brüche in der Entwicklungsdarstellung. Als zentrale Maßnahme wurde abweichend vom Fachkonzept beschlossen, bei Antwortausfällen in der Primärerhebung nicht automatisiert auf Verwaltungsdaten zurückzugreifen. Fehlende Umsatzangaben werden bei der Dateneingabe in die zentrale Datenbank durch die zuständigen Mitarbeiter in den Statistischen Landesämtern durch fachgerechte Schätzungen ersetzt.

In Fortführung der Qualität sichernden Maßnahmen beim Mixmodell hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Rahmen der Patenlandfunktion die Koordinierung von Stellungnahmen der Statistischen Landesämter übernommen und eine Zusammenfassung dieser Beiträge dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. Auf dieser Grundlage wurde durch das Statistische Bundesamt eine Unterlage für die Sitzung der Sonder-Amtsleiterkonferenz im November 2009 gefertigt, in dem fixiert ist, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Konjunkturberichterstattung im Dienstleistungsbereich“ das Mixmodell grundsätzlich befürwortet. Mit den aktuell aufgeworfenen Problemkreisen beschäftigt sich die Arbeitsgruppe im Rahmen von methodischen Untersuchungen und wird schnellstmöglich Lösungen erarbeiten. Hauptschwerpunkte sind hier der Ersatz von fehlenden Primärerhebungsdaten durch Verwaltungsdaten sowie Recherche und Korrektur von fehlerhaften Daten aus dem Umsatzdatenspeicher. Dazu erstellt das Statistische Bundesamt zeitnah ländergetrennte Ausreißerprüflisten für aktuell zurückliegende Quartale und lässt diese den Mitgliedern

der Arbeitsgruppe zur Prüfung zukommen. Identifizierte Auffälligkeiten in diesen Listen werden beiderseitig zurückgemeldet. Um die Qualität bei der Ausreißerbereinigung in den Verwaltungsdaten zu erhöhen, wäre es eminent wichtig, bei Unplausibilitäten künftig Rückfragen bei den Unternehmen zu ermöglichen. Im Zuge der Verlängerung der Rechtsgrundlage zur Verwaltungsdatenverwendung sollte dieses gesetzlich manifestiert werden. Es bringt keinen Nutzen, wenn mit großem Aufwand Ausreißerlisten im Statistischen Bundesamt erstellt und in den Statistischen Landesämtern geprüft werden, die Analyse aber ohne Konsequenzen bleibt.

Einsatz von Verwaltungsdaten in der Handwerksberichterstattung

Maßnahmen zum Bürokratieabbau haben in der amtlichen Statistik dazu geführt, dass Erhebungen über das Handwerk eingestellt wurden. Ab dem Berichtsjahr 2008 wurde die vierteljährliche Handwerksberichterstattung vollständig auf die Auswertung von Verwaltungsdaten umgestellt. Damit wurden ca. 41 000 Handwerksunternehmen deutschlandweit von ihrer Auskunftspflicht zu dieser Statistik befreit, in Berlin und im Land Brandenburg sind es über 3 200. Ziel und Zweck ist die Gewährleistung zeitnaher und aussagefähiger Daten ohne zusätzliche Belastung der Handwerksbetriebe. Die Entscheidung, nur noch Verwaltungsdaten auszuwerten, wurde auf der Grundlage umfangreicher Analysen der Statistischen Ämter getroffen. Bei den verwendeten Verwaltungsdaten handelt es sich um die Umsatzsteuervoranmeldungen der Unternehmen aus den Finanzverwaltungen sowie Informationen zu den sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten aus den Meldungen zur Sozialversicherung der Bundesagentur für Arbeit.

Wegen methodischer Probleme, wiederholter Prüfungen sowie unplausibler Veränderungsdaten konnten Ergebnisse der neu strukturierten Handwerksberichterstattung nur mit Verzögerung bereitgestellt und veröffentlicht werden. Zur methodischen Verbesserung wurde unter anderem die manuelle Ausreißerbereinigung wiederbelebt, nachdem sich ge-

zeigt hat, dass eine rein maschinelle Bereinigung zu unplausiblen Ergebnissen führen kann.

Umfangreiche Untersuchungen ergaben, dass Auswertungen des URS zukünftig traditionelle Handwerkszählungen ersetzen können. Mit der geplanten Umstellung auf eine Auswertung von vorhandenen Datenquellen müssen keine Handwerksunternehmen mehr für diese umfangreiche Statistik befragt werden, sodass die Statistischen Ämter eine maximal mögliche Entlastung erreicht haben. Bei der letzten Handwerkszählung im Jahr 1995 wurden deutschlandweit 563 000 selbständige Handwerksunternehmen befragt, in Berlin und im Land Brandenburg waren es 34 200.

Fazit

Hierbei stützt sich der Verfasser auch auf wesentliche Aussagen aus dem schon vorgenannten Papier der UAG „Qualität des URS“ vom Mai 2009, da die dort genannten Probleme weiterhin aktuell sind.

Die Steigerung der Qualität der Verwaltungsdaten durch statistikinterne Maßnahmen mit Blick auf die geforderte statistische Aussagekraft hat erheblich dazu beigetragen, Bürokratieabbau zu realisieren und den Weg für eine umfangreiche Entlastung von statistischen Berichtspflichten, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, zu ebnen.

Es muss aber zugleich darauf hingewiesen werden, dass mit der verstärkten Verwendung von Verwaltungsdaten im Ergebnis keine Entlastung der Statistischen Ämter verbunden ist. Die Konzeption, Koordinierung und der Betrieb eines solchen komplexen statistischen Systems mit seinem Quellen- und Methodenmix ist wesentlich aufwändiger als die Beschränkung auf eine Quelle und Methode pro Statistik. Durch die Erhöhung des methodischen Aufwandes ist eine Verschiebung des Arbeitsaufwandes vom mittleren zum gehobenen Dienst festzustellen.

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die weitere Ausnutzung und Optimierung des Potenzials der Verwaltungsdaten zur langfristigen und nachhaltigen Verbesserung der amtlichen Datenlage zunehmend auch von Verbesserungen der Qualität der Verwaltungsdatenspeicher selbst und von einem leichteren Zugang zu Verwaltungsdaten abhängen.

Es ist offensichtlich, dass viele Faktoren zum Teil erheblichen Einfluss auf die Qualität und die Einsatzmöglichkeiten von Verwaltungsdaten in der amtlichen Statistik haben. Bei der Beurteilung neuer Verfahren ist das Verhältnis von Entlastungseffekten einerseits und den gegebenenfalls zu erwartenden Informationsverlusten andererseits zu beachten. Im Zuge der intensiven Auseinandersetzung mit den verschiedenen Verwaltungsdaten wurde gleichzeitig deutlich, dass mit den gegebenen Ressourcen und

Einflussmöglichkeiten der Statistischen Ämter weitere Fortschritte immer schwerer zu erzielen sind.

Die Verwendungsmöglichkeiten von Verwaltungsdaten sind ohne zusätzliche Unterstützung seitens der Politik eingeschränkt bzw. mit erheblichem, jedoch vermeidbarem Aufwand verbunden. Das betrifft folgende Sachverhalte:

- Unterschiedliche Identifikationskennzeichen der verschiedenen Verwaltungen erzeugen hohen Aufwand und Fehler bei der Zusammenführung der Daten.
- Die Qualität der Merkmale Wirtschaftszweig und Rechtsform, aber auch die der Adressen in den Verwaltungsdaten ist unzureichend.
- Über wichtige Einheiten wie Organschaften liegen nur unvollständige Informationen vor, obwohl die Daten im Verwaltungsprozess anfallen.
- Änderungen von Verwaltungsdateninhalten und Methoden bei der Führung der Daten werden nicht angekündigt und sorgen für erhebliche Qualitätseinschränkungen.
- Verwaltungsdaten können hinsichtlich ihrer Eignung für statistische Zwecke nicht geprüft werden, da ein allgemeines Zugangsrecht fehlt, das mit vertretbarem Aufwand und hinreichend flexibel die Prüfung der Eignung ermöglicht.
- Wenn die politische Forderung an die amtliche Statistik nach einer verstärkten Nutzung solcher Datengewinnungskonzepte ernst gemeint ist, muss die Politik auch die Unterstützung geben, diesen Weg zu gehen. Dazu bedarf es einer Grundlage für den Dialog über die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Verbesserung der Verwaltungsdatenverwendung zwischen den Daten führenden Stellen und der amtlichen Statistik. Der amtlichen Statistik sollte ein gesetzlich verankerter grundsätzlicher Zugang zu den Daten von Verwaltungsstellen eingeräumt werden und die Verwendung sollte für alle Aufgaben der amtlichen Statistik gewährt werden anstelle einer konkreten Zweckbindung. Aktuell liegt den Wirtschaftsressorts der Länder ein vom Bundesministerium für Wirtschaft übergebener Entwurf zum „Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken und zur Änderung von Statistikgesetzen“ zur Prüfung vor. In diesem Gesetzesentwurf ist die Erlaubnis zu Rückfragen bei den Unternehmen zur Klärung von Unstimmigkeiten fixiert. Sollte das Gesetz mit diesem Inhalt rechtskräftig werden, wäre eine elementare Forderung der amtlichen Statistik mit Bezug auf die Qualitätserhöhung der zu verwendenden Verwaltungsdaten sowie deren Echtnutzung erfüllt.

Manfred Fest, Hans-Werner Freitag, Birgit Fritzsich, Barbara Skripski

Wege zu Transparenz und Vergleichbarkeit beruflicher Bildung in den Bundesländern – Voraussetzungen für empirische Bildungsberichterstattung und -forschung auf nationaler und internationaler Ebene

▮ Mangelnde Transparenz und Vergleichbarkeit erschwert Orientierung und behindert Forschung

Der vorliegende Beitrag ist die redaktionell überarbeitete Fassung folgender Erstveröffentlichung: Manfred Fest, Hans-Werner Freitag, Birgit Fritzsich, Barbara Skripski, Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge nach der ISCED auf Länderebene. Anschlussfähigkeit an die nationale und internationale Bildungsberichterstattung. In: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Indikatorenentwicklung für die Bildungsberichterstattung in Deutschland. Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven. BMBF (Hg.), Reihe Bildungsforschung (im Erscheinen).

Die im Grundgesetz verankerte Kulturhoheit der Länder bringt eine unübersichtliche Bildungslandschaft mit 16 verschiedenen Bildungssystemen hervor. Wer

Kinder im schulpflichtigen Alter hat, kennt die Nöte beim Treffen von Übergangsentscheidungen zwischen Schulstufen und -formen. Steht ein arbeitsmarktbedingter Umzug in ein anderes Bundesland bevor, ist ein Bruch in der Schulkarriere der Kinder oft unvermeidbar, weil im neuen Land vielfach nicht an das angeschlossen werden kann, was im bisherigen vorgefunden wurde. Allein schon beim Wechsel des Wohnortes vom Stadtstaat Berlin in das Umland oder auch in umgekehrter Richtung von Brandenburg in die Bundeshauptstadt wird unter den gleichen Bezeichnungen von Schularten oft Verschiedenes vorgefunden. Unvertraute Termini für Bildungsgänge, Abschlüsse oder

Schulformen halten vielfach verdeckt, welche Inhalte und Ziele sich hinter einem Bildungsgang verbergen und welchen Markt- und Gebrauchswert das Absolvieren des Bildungsgangs oder das Abschlusszertifikat verspricht.

Die Kehrseite unterschiedlicher Schulstrukturen im deutschen Bildungsföderalismus ist somit erschwerte Mobilität von Eltern, Kindern und Jugendlichen und erzeugt Orientierungs- und Entscheidungsnot der Betroffenen. Letztlich dürften sie auch für nach Wohnort ungleiche Bildungschancen mit verantwortlich sein, worauf unlängst im WZB-Brief Bildung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung hingewiesen wurde (Helbig 2009). Die Bildungsgleichheit nach sozialer Herkunft, Geschlecht und ethnischen Hintergrund ist spätestens seit PISA ein in Wissenschaft und Öffentlichkeit breit diskutiertes Thema. Wie die Chancen nach Wohnort/Bundesland verteilt sind, wissen wir jedoch nicht, weil das Thema bisher in der empirischen Bildungsforschung noch wenig untersucht wurde. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass für eine vergleichende Forschung die Datenlage vielfach nicht ausreicht. Mit der Einführung einer regelmäßigen nationalen indi-

katorenbasierten Bildungsberichterstattung sind z. T. erst die Datenlücken und die fehlende Transparenz und Vergleichbarkeit verfügbarer Daten zwischen den Bundesländern deutlicher sichtbar geworden.

Die Vielfalt von Bildungsangeboten auf Bundesländerebene wird bisher nicht einmal auf der Basis einer den Ländervergleich erlaubenden Bestandsaufnahme der verschiedenen Bildungsgänge und ihrer zahlenmäßigen Besetzung vollständig vergleichbar erfasst. Es kann daher keine sachinhaltliche Aussage gemacht werden, was an Bildungsgängen mit welchen Voraussetzungen, Inhalten und Zielen im Land x im Vergleich zum Land y oder Land z vorhanden ist, weil zwar für das einzelne Bundesland jeweils eine landeseigene Darstellung existiert, die jedoch von der eines anderen Bundeslandes in der Sache so verschieden ist, dass das Nebeneinander der Vielfalt sich einer inhaltlichen Auswertung, die Qualitätsmaßstäben standhält, entzieht.

Das gilt in besonderem Maße für den Bereich der beruflichen Bildung, weil in diesem Bildungsbereich im Vergleich der Bundesländer untereinander eine deutlich größere Vielfalt besteht als in anderen Bildungsteilsystemen. Die bisher auf Bundesebene gemeinsam nachgewiesenen Bildungsgänge tragen z. T. auch innerhalb derselben Schulart sehr unterschiedliche Bezeichnungen und variieren teilweise stark bei den Zugangsvoraussetzungen, Inhalten und angestrebten Qualifikationen. Eine vergleichende Analyse und die Zusammenführung von Daten auf nationaler und – darüber hinaus – internationaler Ebene sind daher ohne vorbereitende Arbeiten zur vollständigen Erfassung und zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Daten in der Regel nicht möglich. Auch die vorliegenden Berichtssysteme auf internationaler, nationaler und Länderebene (Bildung auf einen Blick, nationaler Bildungsbericht, amtliche Statistik, Bildungsdaten der KMK und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) verwenden zum Teil gleiche Begriffe mit unterschiedlichen Abgrenzungen bzw. Bedeutungsinhalten. So haben selbst die wesentlichen Bildungsstufen wie Sekundarbereich I und II oder Tertiärbereich in den verschiedenen Berichtssystemen (national vs. ISCED¹) teilweise unterschiedliche Inhalte.

1 Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens, UNESCO, Paris 1997 http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/iscsed/ISCED_A.pdf

Umsetzung für Deutschland siehe: „Zuordnung nationaler Bildungsgänge zur ISCED-97“, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Internationale Bildungsindikatoren, 2008, S. 17 und 18.

Zusätzlicher Handlungsbedarf ist auf nationaler Ebene durch strukturelle Verschiebungen im System der beruflichen Bildung entstanden. Diese Veränderungen hängen mit den lang anhaltenden Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt zwischen der Nachfrage und dem Angebot an Ausbildungsplätzen zusammen sowie mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors. Zunehmende Schwierigkeiten für Schulabgänger, einen Ausbildungsplatz zu finden, und veränderte Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft, die durch die etablierten Ausbildungsberufe im dualen System nicht vollständig erfüllt werden, ließen in den letzten Jahrzehnten neben den bekannten Sektoren der Berufsausbildung, die einen Berufsabschluss vermitteln (duale Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule, der Beamtenausbildung und der vollzeitschulischen Ausbildung im Schulberufssystem) einen weiteren Sektor entstehen, das Übergangssystem. Auf diesen Bereich sind Jugendliche verwiesen, die zu den beruflichen Teilsystemen, die einen anerkannten Berufsausbildungsabschluss vermitteln, keinen Zugang finden. Was die einzelnen Bundesländer im Übergangssystem anbieten und wie Bildungsangebote in diesem Sektor, beispielsweise gegenüber der dualen Ausbildung, dem Schulberufssystem oder der allgemeinen Bildung, abgegrenzt werden (z. B. Berufsgrundbildungsjahr), darüber existierte bisher weder eine nach Ländern differenzierte Übersicht der Zuordnungs- und Abgrenzungssystematik noch der quantitativen Zuordnung von Schülerzahlen zu den einzelnen Teilbereichen². Verlässliche Daten zu Bildungsprogrammen, die den Übergang in die Berufsausbildung erleichtern sollen, werden angesichts der anhaltenden Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch in Zukunft für empirische Bildungsberichterstattung und -forschung ebenso benötigt werden wie für die politische Planung, die Ausbildungspraxis, -vermittlung und -beratung. Dasselbe gilt für die Vielfalt an Bildungsgängen im Schulberufssystem. Die Zuordnung der verschiedenen Bildungsprogramme der Länder zu den Sektoren der beruflichen Bildung muss auf Dauer transparent und überprüfbar gestaltet werden. Notwendig ist, stärker als bisher die zum Teil heterogenen Inhalte und Ziele einzelner Bildungsgänge für deren Zuordnung innerhalb der nationalen und internationalen Bildungsberichterstattung zu berücksichtigen.

Eine weitere Herausforderung für Orientierung und Verortung beruflicher Bildungsgänge im nationalen und internationalen Kontext stellt das Nebeneinander von allgemein- und berufsbildenden Angeboten an beruflichen Schulen in Deutschland dar. Die Sukzessivität und teilweise Parallelität von allgemeinen und berufsbildenden Bildungsgängen und -stufen im nationalen föderalen Bildungssystem erfordert Entscheidungen zur eindeutigen Zuordnung von Bildungsabschlüssen, Bildungsgängen

und -institutionen. So ist beispielsweise ein Bildungsgang, der sowohl einen Berufsabschluss als auch eine Studienberechtigung vermittelt, in der ISCED-Klassifikation anders einzuordnen als einer, der den Erwerb eines allgemein- oder eines berufsbildenden Abschlusses ermöglicht. Das ist jedoch auf der bisher vorhandenen Datengrundlage wegen fehlender Differenzierungen sowohl auf Länder- wie auf Bundesebene nicht durchgehend möglich.

Vor diesem Hintergrund hat bereits im Jahr 2005 eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) zur internationalen Bildungsstatistik unter Leitung des damaligen Ministers für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, dringenden Handlungsbedarf konstatiert, weil die internationalen Definitionen und Abgrenzungen sowohl im Rahmen des UOE-Fragebogens³ wie nach ISCED 97 nicht umfassend auf die Ebene der Bundesländer heruntergebrochen werden können, da die Daten zur Aufteilung von Schularten in Bildungsgänge auf Länder- und Bundesebene fehlen oder nicht durchgehend vergleichbar sind⁴. Die in vielen Fällen vorliegende Gliederung nach Schularten reicht im Bereich der beruflichen Schulen nicht aus, um die Vielfalt der Bildungsgänge entsprechend der internationalen Definitionen nachzuweisen, sondern die Zuordnung muss unterhalb der Ebene der Schularten, anhand der Bildungsgänge, ihrer Voraussetzungen, Inhalte und Zielsetzungen erfolgen. Dies bedeutet dann auch einen entsprechenden zusätzlichen Datenbedarf auf Ebene der Bundesländer.

Welchen Beitrag kann die amtliche Statistik dazu leisten, dass die Vielfalt sichtbar und vergleichbar wird?

Die dargestellte Daten-, Zuordnungs- und Harmonisierungslücke war Ausgangspunkt eines Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen eines die nationale Bildungsberichterstattung begleitenden Forschungsprogramms zur Indikatorenentwicklung. Das Forschungsprojekt wurde in den Jahren 2007 und 2008 vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in enger Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt bearbeitet.

Im Vordergrund des Forschungsvorhabens stand die Aufgabe, die für den Bund vorhandene Klassifizierung der Bildungsgänge nach der ISCED für die einzelnen Bundesländer im Bereich der beruflichen Schulen/beruflichen Bildung zu konkretisieren und zu harmonisieren. Darüber hinaus wurden folgende Einzelziele verfolgt:

- Eine detaillierte Übersicht über die Bildungsangebote der Länder zu gewinnen, die in die im nationalen Bildungsbericht erfassten Bildungsbereiche (Sektoren-Modell) einfließen, Vorschläge für eine

² Daher konnte auch der nationale Bildungsbericht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) in diesem Bereich bisher keine nach Bildungsgängen und Bundesländern differenzierten validen Daten

ausweisen. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Datenlücke in Zukunft gefüllt werden kann, war eines der Ziele des im Folgenden dargestellten Forschungsprojektes.

³ Gemeinsame Erhebung von Bildungsdaten durch UNESCO/OECD und Eurostat, abgekürzt UOE.

⁴ Analyse der nationalen Datenlieferung für die internationale Bildungsberichterstattung, Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, BLK-Geschäftsstelle und Sekretariat der Kultusministerkonferenz zur internationalen Bildungsstatistik, 2005.

einheitliche Klassifizierung der Bildungsgänge der Länder nach der ISCED 97 zu unterbreiten und diese mit den Ländern abzustimmen;

- eine fortschreibungsgerechte Zuordnungsmatrix (Datenbank) der Bildungsgänge in den Ländern und länderübergreifend aufzubauen;
- Auswertungsmöglichkeiten für die verschiedensten Fragestellungen zu entwickeln, z. B. Art der nachfolgenden Bildung oder Bildungsziele der Bildungsangebote (A, B, C)⁵, Ausrichtung der Bildungsgänge (GEN, VOC, PRE-VOC)⁶, Darstellung der Bildungsgänge nach ihrer Zuordnung zu den Sektoren der Beruflichen Bildung (Duales System, Schulberufsystem, Übergangssystem, Beamtenausbildung im mittleren Dienst), zusätzlich: berufliche Fortbildung und Allgemeinbildung, Differenzierung nach Erst- und Zweitausbildungen, Ermittlung quantitativer Angaben zu den Bildungsgängen (Mengenmodelle), feingliederter Nachweis der unterschiedlichen Bildungsgänge an Berufsfachschulen;
- die Bildungsgänge beruflicher Schulen des Sekundarbereichs II (ISCED 3) hinsichtlich der Abschlüsse zu gliedern in solche, die eine Studienberechtigung vermitteln, solche, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, und in jene, die eine Berufsausbildung mit einem auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Abschluss anbieten sowie in solche, die einen Berufsabschluss und einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss ermöglichen;
- Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag in allen Ländern zu erfassen und deren Zuordnung zu klären;
- eine länderübergreifende Prüfung und Vereinheitlichung der ISCED-Zuordnung der Ausbildungsgänge in den Gesundheits- und Sozialberufen vorzunehmen, die bislang schularthbezogen erfolgte – zu ISCED 5B an Schulen des Gesundheitswesens (2- und 3-jährige Bildungsgänge) und Fachschulen bzw. zu ISCED 3B für die Ausbildungen an Berufsfachschulen –;
- Bildungsangebote gesondert nachzuweisen, deren Schwerpunkt das Erreichen/Nachholen allgemeiner Schulabschlüsse bildet bzw. die zur beruflichen Fortbildung dienen.

Die verschiedenen Einzelziele wurden realisiert durch eine Umfrage bei allen Bundesländern mit dem Ziel der vollständigen Erfassung sämtlicher beruflichen Bildungsangebote (einschließlich ihrer Zugangsvoraussetzungen und angestrebten Qualifikationen sowie der Schülerzahlen) auf der Grundlage der Situation im Schuljahr 2006/07. In den Ländern fanden Abstimmungsprozesse zwischen den befragten Statistischen Landesämtern und den Kultusministerien bezüglich der landesspezifischen Bildungsgänge statt.

Aufbauend auf dieser Bestandsaufnahme ist eine zusammenführende Gesamtmatrix in Form einer Datenbank mit den Bildungsgängen aller Länder er-

Tab. 1 **Bildungsangebote des Übergangssystems und vorgeschlagene ISCED-Zuordnung**

Bildungsangebote des Übergangssystems	Gegenwärtige ISCED-Zuordnung	Änderungsvorschläge
Berufsfachschulen, (Gesundheits- und Sozialberufe, Erzieherausbildung, Kinderpflegerausbildung)		
Praktikum vor der Erzieherausbildung.....	3B VOC	2B PRE-VOC
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ).....	2B PRE-VOC	–
Berufgrundbildungsjahr (BGJ) mit Anrechnung auf eine Berufsausbildung).....	3B VOC	–
Berufgrundbildungsjahr (BGJ) ohne Anrechnung auf eine Berufsausbildung).....	3B VOC	2B PRE-VOC
Berufsfachschulen (ohne Berufsausbildung, bzw. ohne Studienberechtigung) mit dem Inhalt Berufsvorbereitung ohne Anrechnung auf eine Berufsausbildung.....	3B VOC	2B PRE-VOC
mit dem Inhalt Berufgrundbildung mit Anrechnung auf eine Berufsausbildung.....	3B VOC	–
Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag mit dem Inhalt Berufsvorbereitung ohne Anrechnung auf eine Berufsausbildung.....	3B VOC	2B PRE-VOC
Umschüler.....	3B VOC	4B VOC
Berufseinstiegsklassen (nur Niedersachsen).....	2B PRE-VOC	–
Berufsfachschulen (Ziel Studienberechtigung) Berufliche Kenntnisse/Sonderform für Abiturienten..	3A GEN	–

Erläuterung GEN: allgemeinbildend; PRE-VOC: berufsvorbereitend; VOC: beruflich

stellt worden. Die von den Ländern übermittelten Angaben zu den Bildungsangeboten wurden anschließend hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen und angestrebten Abschlüsse/Ziele standardisiert, die gegenwärtige Zuordnung zu ISCED eingearbeitet, ein Vorschlag für die künftige Zuordnung zu ISCED aufgenommen, bei den Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen die ISCED-Zuordnung für alle Länder, unabhängig von der bisherigen Gliederung nach Schularten, vereinheitlicht und die Bildungsgänge in die Sektoren der beruflichen Bildung eingeordnet.

Die zusammengeführte Gesamtmatrix bzw. Datenbank wurde abschließend allen Statistischen Landesämtern zur Prüfung und endgültigen Abstimmung der länderspezifischen Daten übermittelt. Bei einigen Bildungsgängen, für die einzelne Bundesländer keine quantitativen Angaben zur Verfügung stellen konnten, ist die Schülerzahl 1 als Platzhalter gesetzt worden. Künftig wird angestrebt, hier zusätzliche Informationen zu erhalten. Die Datenbank ermöglicht es, Ergebnistabellen auszuweisen, die sowohl eine Auswertung unter systematischen/strukturellen Gesichtspunkten, und zwar einerseits in länderinterner Darstellung und andererseits im Ländervergleich. Die Angaben in der Datenbank wurden mit den Ergebnissen der Schulstatistik für das Schuljahr 2006/07 abgestimmt. Weitestgehend konnte hier eine Über-

5 A: Bildungsangebote, die unmittelbaren Zugang zu weiterführenden allgemeinen Bildungsgängen eröffnen.

B: Bildungsangebote, die unmittelbaren Zugang zu weiterführenden beruflichen Bildungsgängen eröffnen.

C: Bildungsangebote, die in erster Linie unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt bieten.

6 GEN: allgemeinbildend; PRE-VOC: berufsvorbereitend; VOC: beruflich.

einstimmung erzielt werden. In den seltenen Fällen, wo das nicht möglich war, wurden erläuternde Fußnoten eingefügt.

Im Ergebnis ist eine umfassende Zuordnungsmatrix der beruflichen Bildungsgänge der Länder mit einem Umfang von 1 579 Zeilen und 69 Spalten entstanden, die gleichzeitig als fortführungsgerechte Datenbank (Excel-Datei) auf Länder- und Bundesebene mit Auswertungsmöglichkeiten für verschiedene Fragestellungen und als eine quantitative Datenbasis (Datenbank) für das Basisjahr (Schuljahr 2006/07) zur Verfügung steht. Das Projekt wurde von der Koordinationsgruppe Bildungsberichterstattung⁷ begleitet, die sich für eine kontinuierliche Fortführung und Weiterentwicklung der Datenbank ausgesprochen hat.

Durch den Datenbankaufbau- und -prüfprozess konnte erreicht werden, dass eine verbesserte Basis für künftige Datenlieferungen der Statistischen Landesämter zu den Sektoren des Nationalen Bildungsberichtes und für die internationale Datenlieferung auf UN-, EU- und OECD-Ebene geschaffen wurde sowie Vorarbeiten für die im Jahr 2011 abzuschließende ISCED-Revision zur Verfügung stehen.

Ergebnisse der Zuordnungsmatrix und Auswertungsmöglichkeiten der Datenbank

Das Ausmaß an Größe und Komplexität, das die aufgebaut Gesamtmatrix und Datenbank erreicht hat, erlaubt es nicht, sie als Ganzes abzubilden. Ihre besonderen Möglichkeiten für den Nutzer bestehen zum einen in der Transparenz über sämtliche berufliche Bildungsgänge, der Strukturierung und einheitlichen Zuordnung nach ISCED, Schularten, beruflichen Teilsystemen und zum anderen in den vielfältigen länderübergreifenden Vergleichs- wie auch quantitativen Auswertungsmöglichkeiten, die die Datenbank für verschiedene Fragestellungen erlaubt⁸.

Zur Demonstration werden einige zentrale Ergebnisse zur Systematisierung und Harmonisierung der beruflichen Bildungsgänge der Länder anhand von Tabellenübersichten veranschaulicht und erläutert, und zwar zu folgenden Schwerpunkten:

- Zum Übergangssystem (Tab. 1 und 2),
- Zu Schularten und ISCED-Leveln (Tab. 3),
- Zum Sektoren-Modell (Tab. 4),
- Zu Gesundheits-/Sozialberufen, Erzieher- und Kinderpflegeausbildung (Tab. 5),
- Zu allgemeinbildenden Angeboten an beruflichen Schulen (Tab. 6).

Die in Tabelle 1 dargestellte Übersicht vermittelt einen Eindruck von der Breite und der Heterogenität der Angebote im Übergangssystem und ihrer bisher uneinheitlichen, nicht durchgängig an den

Bildungsvoraussetzungen und -zielen orientierten Zuordnung zur ISCED. So wurden beispielsweise unter Bildungsangeboten für Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag – wie die Übersicht zeigt – so unterschiedliche Bildungsgänge und -ziele zusammengefasst wie eine Berufsvorbereitung ohne Anrechnung auf eine Berufsausbildung oder aber eine Umschulung (die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Berufserfahrung voraussetzt und einen Abschluss in einem anderen Beruf als den erlernten/ausgeübten vermittelt). Beide Bildungsgänge wurden bisher nicht getrennt ausgewiesen und ungeachtet ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen und Ziele in der ISCED-Zuordnung undifferenziert als 3B VOC klassifiziert. Orientiert an den unterschiedlichen Voraussetzungen und Zielen erfolgt nun eine Zuordnung zu ISCED 4B (Umschulung) bzw. ICED 2B PRE-VOC (Berufsvorbereitung ohne Anrechnung auf eine Berufsausbildung). Oder um ein anderes Beispiel aus der Übersicht herauszugreifen: Die berufsvorbereitenden Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die keine Berufsausbildung und keine Studienberechtigung vermitteln, wurden in der Vergangenheit nicht von allen Bundesländern danach unterschieden, ob die Berufsvorbereitung auf die Berufsausbildung angerechnet wird oder nicht. Im Rahmen des Projektes konnte ein Konsens dahingehend vorgeschlagen und mit den zuständigen Gremien abgestimmt werden (s. unter Punkt 4), dass die berufsvorbereitenden Bildungsgänge, die auf eine Berufsausbildung angerechnet werden, von allen Bundesländern ISCED 3B VOC zugeordnet, und jene, die keine Anrechnung vorsehen, entsprechend als 2B PRE-VOC klassifiziert werden.

Tabelle 2 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln im Übergangssystem

Die quantitativen Verschiebungen infolge der vorgeschlagenen neuen Zuordnung fallen bei den Bildungsangeboten des Übergangssystems besonders ins Gewicht. Von den insgesamt 291 078 Schülern und Schülerinnen im Übergangssystem im Schuljahr 2006/07 waren nach der bisherigen Zuordnung nur 64 922 dem ISCED-Level 2B PRE-VOC zugeordnet (Berufsvorbereitungsjahr), nach der vorgeschlagenen neuen Zuordnung fallen mit 175 087 über 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler des Übergangssystems darunter. In ISCED 3B war nach der alten Zuordnung mit 225 282 der größte Teil der Schüler und Schülerinnen eingeordnet, nach der vorgeschlagenen neuen ISCED-Zuordnung sind es mit 112 454 weniger als die Hälfte.

Tabelle 3 Zuordnung nach Schularten und ISCED-Leveln und Schularten

Bei dieser Teilansicht liegt der Focus auf den strukturellen und quantitativen Verschiebungen durch die Neuordnung der Bildungsgänge nach Schularten und ISCED-Leveln. Die deutlichsten Veränderungen zwischen der bisherigen und der vorgeschlagenen neuen ISCED-Zuordnung mit den entsprechenden quantitativen Auswirkungen ergeben sich bei den Berufsschulen durch die differenzierte Zuordnung der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag nach

⁷ Die Koordinationsgruppe Bildungsberichterstattung ist eine Arbeitsgruppe, die den Informationsaustausch zwischen den Gremien des Nationalen Bildungsberichtes und der amtlichen Statistik (Statistische Landesämter und Statistisches Bundesamt) gewährleisten soll.

⁸ Auf Anfrage kann die Ausgangsdatenbank (Excel-Datei), die auf der

Basis des Schuljahres 2006/07 erstellt wurde, für Forschungszwecke vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, das das Vorhaben federführend bearbeitet hat, zur Verfügung gestellt werden. Die mit der Ausgangsmatrix geleistete Zuordnungsmatrix wird verbindlich sein für zukünftige Aktualisierungen der Daten.

Tab. 2 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln im Übergangssystem

Bundesland	Ins-gesamt	ISCED-Level							
		2A	2B PRE-VOC	3A	3B	3C	4A	4B	5B
Bisherige Zuordnung									
Baden-Württemberg.....	54 607	-	12 338	-	42 269	-	-	-	-
Bayern	11 061	-	6 417	-	4 644	-	-	-	-
Berlin	9 630	-	4 936	-	4 694	-	-	-	-
Brandenburg	5 409	-	-	-	5 409	-	-	-	-
Bremen	1 046	-	941	-	105	-	-	-	-
Hamburg	4 943	-	4 759	-	184	-	-	-	-
Hessen.....	29 372	-	1 272	-	28 100	-	-	-	-
Mecklenburg- Vorpommern.....	5 718	-	1 295	-	4 423	-	-	-	-
Niedersachsen.....	19 399	-	7 038	-	12 361	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	92 513	-	6 288	874	85 351	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	14 874	-	3 592	-	11 282	-	-	-	-
Saarland	6 521	-	497	-	6 024	-	-	-	-
Sachsen.....	13 533	-	7 162	-	6 371	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	6 226	-	2 720	-	3 506	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	7 499	-	1 834	-	5 665	-	-	-	-
Thüringen	8 727	-	3 833	-	4 894	-	-	-	-
Deutschland	291 078	-	64 922	874	225 282	-	-	-	-
Vorschlag für eine neue Zuordnung									
Baden-Württemberg.....	54 607	-	37 527	-	16 204	-	-	876	-
Bayern	11 061	-	6 417	-	4 644	-	-	-	-
Berlin	9 630	-	9 618	-	12	-	-	-	-
Brandenburg	5 409	-	4 885	-	-	-	-	524	-
Bremen	1 046	-	1 034	-	12	-	-	-	-
Hamburg	4 943	-	4 943	-	-	-	-	-	-
Hessen.....	29 372	-	9 323	-	20 049	-	-	-	-
Mecklenburg- Vorpommern.....	5 718	-	5 718	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen.....	19 399	-	7 104	-	12 295	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	92 513	-	45 650	874	45 989	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	14 874	-	14 874	-	-	-	-	-	-
Saarland	6 521	-	1 654	-	4 867	-	-	-	-
Sachsen.....	13 533	-	7 897	-	4 445	-	-	1 191	-
Sachsen-Anhalt	6 226	-	2 720	-	3 434	-	-	72	-
Schleswig-Holstein	7 499	-	6 996	-	503	-	-	-	-
Thüringen	8 727	-	8 727	-	-	-	-	-	-
Deutschland	291 078	-	175 087	874	112 454	-	-	2 663	-
Darstellung der geänderten Zuordnungen:		mehr		weniger					

berufsvorbereitenden (2B PRE-VOC) und allgemeinbildenden (2A) Angeboten, die nach der bisherigen Zuordnung nicht in ISCED 2 nachgewiesen werden (s. auch Tab. 1). Weiterhin sieht man bei den Berufsfachschulen die Verschiebungen durch einen einheitlichen Nachweis der Gesundheits- und Sozialberufe in ISCED 5B (vgl. auch Tab. 5).

Tabelle 4 Sektoren-Modell

Dargestellt wird hier die Untergliederung nach dem Sektoren-Modell der Bildungsberichterstattung (Übergangssystem/Duales System/Schulberufssystem/Berufsausbildung im mittleren Dienst). Zum vollständigen Nachweis aller beruflichen Bildungsgänge werden auch die Bildungsangebote ausgewiesen, die schwerpunktmäßig lediglich allgemeinbildende Abschlüsse vermitteln (diese Bildungsgänge können aber auch in geringem Umfang berufliche Inhalte haben), und die Bildungsangebote der beruflichen Fortbildung.

Tabelle 5 Gesundheits-/Sozialberufe, Erzieher- und Kinderpflegeausbildung

Bisher wurde die Zuordnung der Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen nach Schularten vorgenommen, und zwar zu ISCED 5B an Schulen des Gesundheitswesens (2- und 3-jährige Bildungsgänge) und an Fachschulen, bzw. zu ISCED 3B, wenn die Ausbildung an Berufsfachschulen stattfindet. Nach der hier empfohlenen – an Inhalten und Zielen der Bildungsgänge orientierten – Systematik wird die einheitliche Zuordnung der Ausbildungsgänge in den Gesundheits- und Sozialberufen nach ISCED 5B vorgeschlagen, unabhängig von der Schulart. Die Neuordnung stellt sich auf der quantitativen Ebene in höheren Schülerzahlen bei ISCED 5B und deutlich geringeren bei ISCED 3B dar.

Tab. 3 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln und Schularten (Deutschland insgesamt)

Schularten	Ins-gesamt	ISCED-Level							
		2A	2B PRE-VOC	3A	3B	3C	4A	4B	5B
Bisherige Zuordnung									
Berufsschulen ³	1 639 826	-	-	-	1 225 354	-	252 697	161 775	-
Berufsgrundbildungsjahr ³	84 458	-	-	-	84 458	-	-	-	-
Duale Berufskollegs in TZ-Form	5 466	-	-	-	5 466	-	-	-	-
Berufsfachschulen.....	560 753	-	-	82 066	467 018	-	11 344	325	-
Schulen des Gesundheitswesens ²	123 486	-	-	-	7 367	-	-	-	116 119
Beamtenausbildung im mittleren Dienst.....	12 056	-	-	-	-	12 056	-	-	-
Berufsvorbereitungsjahr ³ ..	64 278	-	64 278	-	-	-	-	-	-
Berufsaufbauschulen.....	630	630	-	-	-	-	-	-	-
Berufseinstiegsklassen ³	644	-	644	-	-	-	-	-	-
Fachoberschulen.....	130 253	-	-	110 653	-	-	19 600	-	-
Fachgymnasien.....	124 085	-	-	124 085	-	-	-	-	-
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	19 372	-	-	-	-	-	19 372	-	-
Fachschulen ¹	146 694	-	-	-	-	-	-	-	146 694
Fachakademien.....	7 603	-	-	-	-	-	-	-	7 603
Insgesamt^{1 2}	2 919 604	630	64 922	316 804	1 789 663	12 056	303 013	162 100	270 416
Vorschlag für eine neue Zuordnung									
Berufsschulen ³	1 639 826	28 344	64 139	-	1 125 936	-	257 020	164 387	-
Berufsgrundbildungsjahr ³	84 458	-	1	-	84 457	-	-	-	-
Duale Berufskollegs in TZ-Form	5 466	-	-	-	1 057	-	4 409	-	-
Berufsfachschulen.....	560 753	50 758	46 025	72 793	208 077	-	63 237	318	119 545
Schulen des Gesundheitswesens ²	123 486	-	-	-	7 367	-	-	-	116 119
Beamtenausbildung im mittleren Dienst.....	12 056	-	-	-	-	12 056	-	-	-
Berufsvorbereitungsjahr ³ ..	64 278	-	64 278	-	-	-	-	-	-
Berufsaufbauschulen.....	630	630	-	-	-	-	-	-	-
Berufseinstiegsklassen ³	644	-	644	-	-	-	-	-	-
Fachoberschulen.....	130 253	-	-	110 653	-	-	19 600	-	-
Fachgymnasien.....	124 085	-	-	123 237	-	-	848	-	-
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	19 372	-	-	-	-	-	19 372	-	-
Fachschulen ¹	146 694	-	-	-	-	-	-	-	146 694
Fachakademien.....	7 603	-	-	-	-	-	-	-	7 603
Insgesamt^{1 2}	2 919 604	79 732	175 087	306 683	1 426 894	12 056	364 486	164 705	389 961

1 Einschließlich 2 187 Schüler an Fachschulen in Schleswig-Holstein, die in der Schulstatistik bisher nicht nachgewiesen werden.
 2 Einschließlich 67 Schüler an Schulen des Gesundheitswesens in Bremen, die in der Schulstatistik bisher nicht nachgewiesen werden.
 3 Daten für diese Schularten können wegen teilweise abweichender Zuordnung in einzelnen Ländern ggf. nur in der Summe mit der Schulstatistik verglichen werden.

Darstellung der geänderten Zuordnungen: mehr weniger

Tabelle 6 Allgemeinbildende Angebote an beruflichen Schulen
 Die in Tabelle 6 dargestellte Übersicht zeigt Bildungsgänge an beruflichen Schulen, bei denen ausschließlich allgemeine Schulabschlüsse angestrebt werden. Es handelt sich dabei um das Nachholen von Abschlüssen des Sekundarbereichs I (Hauptschulabschluss, Realschulabschluss) an Berufsaufbauschulen, Teilen der Berufsfachschulen sowie für einen Teil der Berufsschüler und -schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag.
 Weiterhin ist an einigen beruflichen Schularten das Vermitteln einer Studienberechtigung der Schwerpunkt (Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien/Fachgymnasien⁹, Berufs-/Technische Oberschulen, Teile der Berufsfachschulen).

Fortschreibung der Datenbank
 Angesichts der Größe und Komplexität der Datenbank erfordert ihre Pflege und Weiterentwicklung die Konzentration und die Betreuung der Datenbank an einer zentralen Einrichtung. Auf der Referentenbesprechung der Schulstatistik im Mai 2009 wurde beschlossen, dass die Aktualisierung der Daten jährlich erfolgen soll und durch das Statistische Bundesamt koordiniert wird, beginnend mit der ersten Abfrage bei den Ländern für das Schuljahr 2008/2009. Eine auf Dauer anzustrebende Harmonisierung der Klassifizierung von Bildungsangeboten an beruflichen Schulen der Länder, die Voraussetzung für eine hohe Validität der Bildungsdaten ist, erfordert auf der Ebene des einzelnen Bundeslandes die kontinuierliche gleichzeitige Perspektive sowohl auf die Besonderheit der landesspezifischen Angebote als auch auf die Anschlussfähigkeit an den bundesweiten und letztlich internationalen Kontext, in dem das landes-

9 Außer Bildungsangeboten in zwei Ländern, die auch doppelt qualifizierende Bildungsgänge anbieten (Hochschulreife und Berufsabschluss, für diese erfolgt eine Zuordnung zum Schulberufssystem).

Tab. 4 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln und Sektoren Deutschland

Sektor	Ins-gesamt	ISCED-Level							
		2A	2B PRE-VOC	3A	3B	3C	4A	4B	5B
Bisherige Zuordnung									
Übergangssystem	291 078	-	64 922	874	225 282	-	-	-	-
Duales System	1 586 667	-	-	-	1 172 195	-	252 697	161 775	-
Schulberufssystem	478 652	-	-	3 450	275 882	-	11 344	325	187 651
Beamtenausbildung im mittleren Dienst	12 056	-	-	-	-	12 056	-	-	-
Allgemeinbildend	468 386	630	-	312 480	116 304	-	38 972	-	-
Berufliche Fortbildung	82 765	-	-	-	-	-	-	-	82 765
Insgesamt	2 919 604	630	64 922	316 804	1 789 663	12 056	303 013	162 100	270 416
Vorschlag für eine neue Zuordnung									
Übergangssystem	291 078	-	175 087	874	112 454	-	-	2 663	-
Duales System	1 586 667	-	-	-	1 163 514	-	261 429	161 724	-
Schulberufssystem	478 652	-	-	-	113 724	-	57 414	318	307 196
Beamtenausbildung im mittleren Dienst	12 056	-	-	-	-	12 056	-	-	-
Allgemeinbildend	468 386	79 732	-	305 809	37 202	-	45 643	-	-
Berufliche Fortbildung	82 765	-	-	-	-	-	-	-	82 765
Insgesamt	2 919 604	79 732	175 087	306 683	1 426 894	12 056	364 486	164 705	389 961

Darstellung der geänderten Zuordnungen: mehr  weniger 

Tab. 5 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln und Gesundheits-/Sozialberufen, Erzieher- und Kinderpflegerausbildung (Deutschland insgesamt)

Bereich	Ins-gesamt	ISCED-Level							
		2A	2B PRE-VOC	3A	3B	3C	4A	4B	5B
Bisherige Zuordnung									
Gesundheitsberufe	145 883	-	-	-	44 787	-	-	-	101 096
Sozialberufe	97 544	-	-	-	55 316	-	-	-	42 228
Erzieherausbildung	53 434	-	-	-	8 880	-	-	-	44 554
Kinderpflegerausbildung ..	26 019	-	-	-	26 019	-	-	-	-
Zusammen	322 880	-	-	-	135 002	-	-	-	187 878
Vorschlag für eine neue Zuordnung									
Gesundheitsberufe	145 883	-	-	-	7 840	-	-	-	138 043
Sozialberufe	97 544	-	945	-	3 151	-	527	-	92 921
Erzieherausbildung	53 434	-	61	-	-	-	-	-	53 373
Kinderpflegerausbildung ..	26 019	-	2 933	-	-	-	-	-	23 086
Zusammen	322 880	-	3 939	-	10 991	-	527	-	307 423

Darstellung der geänderten Zuordnungen: mehr  weniger 

spezifische Bildungsangebot nach einheitlichen Klassifizierungsstandards einzuordnen ist.

Mit einer kontinuierlich gepflegten Datenbank kann ein Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt werden, das eine hohe Qualität der Daten für analytische und statistische Zwecke gewährleistet und die Vergleichbarkeit der Daten auf nationaler Ebene sowie die Anschlussfähigkeit auf internationaler Ebene sichert. Darüber hinaus kann der strukturierte Datenpool für die Bildungsberichterstattung und die Weiterentwicklung ihrer Indikatoren sowie für Sekundäranalysen in der empirischen Bildungsforschung genutzt werden. Ein bedeutender Output liegt in der Bereitstellung des methodischen Hintergrundes zur Typisierung jedes Datensatzes des kommenden

Kerndatensatzes der Schulstatistik. Für jeden Schülerdatensatz kann auf der Grundlage der Datenbank eine Zuordnung zur ISCED bzw. nach dem Sektorenmodell der Bildungsberichterstattung vorgenommen werden.

Die Ergebnisse der Prüfung und Harmonisierung der länderspezifischen Programme auf der Basis von ISCED 97 können genutzt werden, um eine Erhöhung der Interpretationsvalidität, eine Qualitätsverbesserung der OECD-Indikatoren zu erreichen und eine verbesserte internationale Anschlussfähigkeit zu gewährleisten. Die Vorschläge für eine Neuordnung von Bildungsgängen wurden inzwischen mit den zuständigen Sachgebieten im BMBF und in der KMK besprochen, und es wurde vereinbart, die vor-

Tab. 6 Schüler im Schuljahr 2006/2007 nach ISCED-Leveln in allgemeinbildenden Angeboten an beruflichen Schulen

Bundesland	Ins-gesamt	ISCED-Level							
		2A	2B PRE-VOC	3A	3B	3C	4A	4B	5B
Bisherige Zuordnung									
Baden-Württemberg	86 570	630	–	52 508	31 977	–	1 455	–	–
Bayern	68 837	–	–	33 695	23 662	–	11 480	–	–
Berlin	11 601	–	–	8 119	–	–	3 482	–	–
Brandenburg	9 293	–	–	7 510	647	–	1 136	–	–
Bremen	2 123	–	–	1 371	37	–	715	–	–
Hamburg	10 402	–	–	4 234	4 950	–	1 218	–	–
Hessen	31 869	–	–	25 848	2 546	–	3 475	–	–
Mecklenburg- Vorpommern	4 469	–	–	3 631	–	–	838	–	–
Niedersachsen	75 952	–	–	36 118	39 338	–	496	–	–
Nordrhein-Westfalen	95 100	–	–	91 419	–	–	3 681	–	–
Rheinland-Pfalz	14 960	–	–	6 198	4 442	–	4 320	–	–
Saarland	8 289	–	–	8 289	–	–	–	–	–
Sachsen	17 096	–	–	14 363	–	–	2 733	–	–
Sachsen-Anhalt	7 288	–	–	5 997	–	–	1 291	–	–
Schleswig-Holstein	17 660	–	–	7 319	8 705	–	1 636	–	–
Thüringen	6 877	–	–	5 861	–	–	1 016	–	–
Deutschland	468 386	630	–	312 480	116 304	–	38 972	–	–
Vorschlag für eine neue Zuordnung									
Baden-Württemberg	86 570	32 607	–	45 837	–	–	8 126	–	–
Bayern	68 837	23 662	–	33 695	–	–	11 480	–	–
Berlin	11 601	–	–	8 119	–	–	3 482	–	–
Brandenburg	9 293	647	–	7 510	–	–	1 136	–	–
Bremen	2 123	37	–	1 371	–	–	715	–	–
Hamburg	10 402	4 950	–	4 234	–	–	1 218	–	–
Hessen	31 869	2 546	–	25 848	–	–	3 475	–	–
Mecklenburg- Vorpommern	4 469	–	–	3 631	–	–	838	–	–
Niedersachsen	75 952	2 136	–	36 118	37 202	–	496	–	–
Nordrhein-Westfalen	95 100	–	–	91 419	–	–	3 681	–	–
Rheinland-Pfalz	14 960	4 442	–	6 198	–	–	4 320	–	–
Saarland	8 289	–	–	8 289	–	–	–	–	–
Sachsen	17 096	–	–	14 363	–	–	2 733	–	–
Sachsen-Anhalt	7 288	–	–	5 997	–	–	1 291	–	–
Schleswig-Holstein	17 660	8 705	–	7 319	–	–	1 636	–	–
Thüringen	6 877	–	–	5 861	–	–	1 016	–	–
Deutschland	468 386	79 732	–	305 809	37 202	–	45 643	–	–

Darstellung der geänderten Zuordnungen: mehr weniger

geschlagene ISCED-Zuordnung bereits ab der UOE-Bildungsdatenlieferung 2010 (Schuljahr 2008/2009) zu berücksichtigen. Nach Vorstellung und Beratung der Änderungsvorschläge zur Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge in der Kommission für Statistik der KMK im Februar 2009 und im Mai 2009 wurde die KMK-Länderumfrage 2009 zu den beruflichen Bildungsgängen nach ISCED 97 für das Schuljahr 2008/2009 entsprechend erweitert, um die so gewonnenen Daten in der UOE-Meldung 2010 verwenden zu können. Weiterhin können die Ergebnisse der Klassifizierung der beruflichen Bildungsgänge für die anstehende Revision der ISCED im Jahr 2011 nutzbar gemacht werden.

Durch die eindeutige Zuordnung der Vielfalt von beruflichen Bildungsgängen und Schularten innerhalb des nationalen Bildungssystems sowie innerhalb des internationalen Systems, durch die Trans-

parenz über sämtliche berufliche Bildungsgänge und ihre Zuordnung zur ISCED und die Herstellung einer länderübergreifenden Transparenz über sämtliche Bildungsangebote kann den Ländern eine Darstellung ihrer Bildungsgänge nach ISCED in Zukunft erleichtert werden. Die Zuordnungsmatrix wird auch dem Projekt zur Integrierten Ausbildungsstatistik zugrunde gelegt (Anger, Tröger, Voß, Werner 2007), das als Gemeinschaftsprojekt des Bundes und der Länder vom Hessischen Statistischen Landesamt und dem Bundesinstitut für Berufsbildung bearbeitet wird. In diesem Arbeitskontext werden sich in Zukunft weitere Differenzierungsmöglichkeiten ergeben. Auch die gegenwärtig vorgenommenen Bildungsvorberechnungen für den nationalen Bildungsbericht 2010 werden sich an der Zuordnungsmatrix für die Gliederung von Bildungsgängen der beruflichen Schulen orientieren.

Literaturverzeichnis

- Analyse der nationalen Datenlieferung für die internationale Bildungsberichterstattung, Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, BLK-Geschäftsstelle und Sekretariat der Kultusministerkonferenz zur internationalen Bildungsstatistik, 2005.
- Anger, C., Tröger, M., Voß, H. & Werner, D. (2007): Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer integrierten Ausbildungsstatistik am Beispiel Hessen – Projektendbericht an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Köln.
- http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/pma_220207_endbericht.pdf
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland, Bielefeld.
- Baethge, M. (2008): Das berufliche Bildungswesen in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts. In K. S. Cortina, J. Baumert, A. Leschinsky, K. U. Mayer & L. Trommer (Hg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland: Strukturen und Entwicklungen im Überblick, S. 541-597.
- Helbig, M (2009): Andere Bundesländer, andere Aussichten: Der Wohnort ist mitentscheidend für Bildungschancen, WZB Brief Bildung 08, Mai 2009.
- Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens, UNESCO, Paris 1997.
http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/iscsed/ISCED_A.pdf
- Umsetzung für Deutschland: „Zuordnung nationaler Bildungsgänge zur ISCED-97“ auf S. 17 und 18. In: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Internationale Bildungsindikatoren, 2008.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2008, Wiesbaden.

Jürgen Hübner
Historisches

Das Unterrichtswesen in Preußen

Im Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910 sind im Kapitel XV „Unterrichtswesen“ mit 5 Untergruppen „A. Das niedere Unterrichtswesen“ in Preußen für die Jahre 1896, 1901 und 1906 nach Stadt und Land getrennt dargestellt. Insgesamt umfasst das genannte Kapitel 5 Unterkapitel auf 65 Seiten.

Auf der ersten Seite – einer Doppelseite – sind die sogleich wichtigsten Kennziffern der „öffentlichen Volksschulen“ zusammengefasst; wie damals üblich, sind eine Reihe von Fußnoten vorhanden. Deutlich erkennbar ist, dass zwischen Stadt und Land erhebliche schulische Unterschiede, insbesondere was die Anzahl der Schulklassen und Schüler pro Lehrkraft betrifft, bestanden. Eine geringe Zahl von Kindern wurde damals wegen Überfüllung nicht in die Schu-

le aufgenommen. Die Konfession und Geschlechtertrennung spielte ebenfalls eine große Rolle und wurde statistisch erfasst, ebenso wie die Kosten. Insgesamt ist eine durchaus positive Entwicklung der einzelnen Merkmale, die damals Schilderungsgegenstände hießen, erkennbar.

Zum niederen Unterrichtswesen zählten in Preußen:

- Die Berliner Gemeindeschulen, die seit dem 1. Januar 1870 Kindern aller Volksklassen Aufnahme und kostenlosen Unterricht gewährte.
- Die einklassige Volksschule, in der ein Lehrer bis zu 80 Kinder beiderlei Geschlechts und unterschiedlichsten Alters in einem Raum unterrichtete.
- Schulen für schwach begabte Kinder (Hilfsschulen).

XV. Unterrichtswesen.							XV. Unterrichtswesen.						
A. Das niedere Unterrichtswesen.							303						
[Preussische Statistik, Heft 161 I, 178 I und II sowie 209 II, 1, 2 und III.]							Noch: 1. Hauptüberblick über die öffentlichen Volksschulen 1896, 1901 und 1906.						
1. Hauptüberblick über die öffentlichen Volksschulen 1896, 1901 und 1906.							1. Hauptüberblick über die öffentlichen Volksschulen 1896, 1901 und 1906.						
Schilderungsgegenstände.	In den Städten			Auf dem Lande			Schilderungsgegenstände.	In den Städten			Auf dem Lande		
	1896	1901	1906	1896	1901	1906		1896	1901	1906	1896	1901	1906
x	2	3	4	5	6	7	x	2	3	4	5	6	7
1. Öffentliche Volksschulen . . .	4 242	4 414	4 832	31 896	32 942	32 929	14 Gesamte Schulunterhaltungskosten (einschl. Bankkosten)						
2. Schulklassen . . .	30 153	35 733	42 841	61 948	63 349	73 061	im ganzen . . .	831 295 558	1 232 179 451	1 163 222 542	1 029 787 937	1 136 671 562	1 539 565 114
3. Stell.f. Lehrer . . .	23 304	26 881	31 744	45 828	49 451	53 236	persönl. Kost. . .	606 455 830	1 848 717 234	1 112 087 763	73 367 542	1 393 293 735	1 076 706 844
„ „ Lehrerin . . .	6 596	9 096	11 860	3 708	4 770	5 924	sächl. Kost. . .	225 838 718	40 307 217	52 043 774	29 420 395	42 676 327	46 293 870
4. Schulkind. über. darunt. Knaben	1 773 370	2 005 134	2 306 265	3 463 456	3 665 736	3 858 133	15. Aufbringung der Schulunt. - Kost. aus Staatsm. . .	1 832 775 9	14 140 538	16 175 140	39 610 836	50 591 130	55 095 034
„ „ Mädchen	891 666	1 008 991	1 159 796	1 720 444	1 822 210	1 920 659	v. d. Schulunterhaltungspfl. . .	67 426 515	105 013 471	142 621 306	49 913 141	72 821 618	89 528 465
5. Auf eine Schule kommen Schulklassen . . .	7,11	8,10	8,87	1,94	2,11	2,22	darunter durch Anleihe für Schulbauten . . .	3 481 869	8 699 990	11 797 359	5 115 271	10 349 458	9 889 063
„ „ Schulkinder . . .	7,05	8,15	9,02	1,55	1,68	1,80	d. Schulgeld . . .	184 076	620 136	784 379	16 557	206 638	225 941
6. Auf 1 Lehrkraft kommen Schulklassen . . .	1,01	0,99	0,98	1,23	1,26	1,23	aus dem Schulvermögen . . .	784 750	759 214	827 216	6 906 598	6 675 769	7 353 937
„ „ Schulkinder . . .	59	57	58	70	68	65	dazu Wert d. fr. Dienstw. i. eig. Schulgeb. . .	1 349 600	1 349 518	1 528 017	6 015 955	6 202 447	7 089 775
7. Auf 1 Schulklassen kommen Schulkinder . . .	59	56	54	56	54	53	a. sonst. Quell. . .	56 859	987 221	1 366 484	394 850	1 798 553	1 663 472
8. Klassenräume . . .	30 090	35 765	42 882	50 221	54 729	59 965	15a. Von je 100 Schulkinder . . .						
9. Wegen Überfüllung nicht aufgenommen Kinder	578	615	245	1 831	2 130	674	evangelisch . . .	2 524	2 624	2 839	21 963	22 286	22 644
10. Es sind Schulen evangelisch . . .	2 524	2 624	2 839	21 963	22 286	22 644	mit Schulkind. . .	1 096 809	1 241 839	1 390 643	2 129 651	2 201 199	2 259 249
„ „ katholisch . . .	1 283	1 341	1 507	9 442	9 458	9 631	mit Schulkind. . .	497 817	574 898	696 171	1 251 914	1 361 370	1 478 987
„ „ jüdisch . . .	170	171	172	76	73	68	mit Schulkind. . .	6 446	5 483	4 792	1 677	1 456	1 277
„ „ paritätisch . . .	265	278	314	415	525	586	mit Schulkind. . .	170 198	182 864	214 459	80 214	101 711	118 620
11. Von 100 Schulkind. besuchten Schulen d. eigenen Bekenntn. evangel. usw. . .	91,33	92,32	92,20	97,85	97,59	97,27	12. Von d. Schulkind. wurd. unterricht. in getrennten Kn.- oder M.-Kl. in gemischt. Kl. . .	1 278 887	1 468 941	1 669 286	453 583	502 484	561 537
„ „ katholische . . .	87,96	87,50	87,25	92,11	91,78	91,47	13. Ertrag des Schulvermögens . . .	494 483	536 193	636 979	3 009 873	3 163 252	3 296 596
„ „ jüdische . . .	34,24	32,76	30,03	20,48	19,98	20,37	„ „ dazu Wert der fr. Dienstw. i. eig. Schulgeb. . .	784 750	759 214	827 216	6 906 598	6 675 769	7 353 937
„ „ parität. Schulvermögens . . .	8,61	7,62	7,74	1,32	1,69	1,98							
„ „ evangel. usw. . .	11,02	11,68	11,80	3,88	4,39	4,61							
„ „ katholische . . .	29,01	28,82	29,33	4,18	4,66	5,26							
12. Von d. Schulkind. wurd. unterricht. in getrennten Kn.- oder M.-Kl. in gemischt. Kl. . .	1 278 887	1 468 941	1 669 286	453 583	502 484	561 537							
13. Ertrag des Schulvermögens . . .	784 750	759 214	827 216	6 906 598	6 675 769	7 353 937							

Quelle: Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Acher Jahrgang 1910, Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts 1911, S. 202 f.

- Lehrziel der Schulen war, „die Kinder zu befähigen, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen, zu dem keine höhere Schulbildung erforderlich ist.“

Indes war das Preußische Schulsystem nicht ganz so unübersichtlich wie das bundesdeutsche heutzutage. Genannt wurden folgende Schulgattungen: *Gymnasium und Realgymnasium (Normal- und Reform-System), Alumnat (Internat) und Pädagogikum, Kadettenanstalt, Oberrealschule, Realschule, (Regierungs- und speziell Berliner Lehrplan), Höhere Mädchenschule, Gymnasialkurse für die weibliche Jugend, Lehrerinnenseminar, Seminar- und Präbarandenanstalten, Mittelschule, Gemeindeschule, einklassige Volksschule, Taubstumm- und Blindenanstalt und Hilfsschule für Schwachsinnige.*

Kein Wunder, das bei den großen und heterogenen Volksschulklassen der Rohrstock als Disziplinierungsmittel eine wesentliche Rolle spielte, worüber exakt Nachweis geführt werden musste, wie die sich im Privatbesitz des Autors befindliche unten abgebildete Aufzeichnung belegt. Was aus heutiger Sicht einigermassen skurril anmutet, war damals keineswegs unüblich: Genauestens Buch zu führen auch über die Art der Züchtigungen.

1 Entnommen aus: Deutsche Unterrichts-Ausstellung auf der Welt-Ausstellung in St. Louis 1904, Preussisches Ministerium der geistlichen, unterrichts- und medizinischen Angelegenheiten, Höheres und niederes Unterrichtswesen, Berlin 1904, Druck von W. Büxenstein, S. IV, unter: <http://www.archive.org/details/hheresundnieder00bahlgooq>

Laufende Nr.	Vor- und Zunahme des gezüchtigten Kindes	Tag und Stunde der Züchtigung	Art der Züchtigung	Kurze Begründung der Notwendigkeit der Züchtigung	Bemerkungen
1.	Friedrich Wiemann	6. 12. 1900 nachm. 2. ³²	6 kräftige Schläge mit dünnem Haselnußstock	Er hat hinter dem Rücken der Lehrer die Zunge gezeigt	29. 01. Deventer, Kreis-schulinspektor
2.	Richard Schlickeisen	29. 01. 1902 vormittags 10. ³²	Aufs Gesäß 4 kräftige Schläge mit dem Rohrstock	Grober Ungehorsam gegen den Lehrer	
3.	Otto Lassowski	6. 02. 1902 vormittags 10. ³²	3 Schläge aufs Gesäß	Grober Unfug während der Recht-schreibstunde gegen einen Mitschüler	11. 033. 1902 Deventer, Kreis-schulin-spektor
6.	Otto Abt	13. 01. 1903 11. ¹⁵ vorm	5 Schläge aufs Gesäß	Herstellen eines unzüchtigen Bildes	
9.	Hermann Tilgner	30. 05. 1904 7. ⁴⁵ vorm.	3 Schläge auf Gesäß	Unpassende Bemerkungen während des Religionsunterrichtes	
15.	Gustav Schädly	27. 07 1904 vorm. 8. ¹⁵	4 Schläge aufs Gesäß	Beide haben sich während einer Pause in der Schule geprügelt	12. 09 04 Deventer Kreis-schulinspektor
16.	Hermann Tilgner	dergl.	2 schläge aufs Gesäß		
18.	Frida Krüger	3. Sept. 1906 2 Uhr	Hande 2 Schläge	Während eines Tanzvergnügens im Tanzsaal gewesen, vorher dreimal verwahrt worden	
19.	Frida Engel	"	"	"	
20.	Anna Märten	"	1. Hand 1 Schlag	wie 18. u. 19.	
21.	Alfred Bentze	14. September 1906 ¼ 4 Uhr	Gesäß 3 Schläge	Faulheit	
22.	Paul Bulicke	"	"	"	
23.	Ernst Bariusch	"	"	Anhaltende Faulheit	
24.	"	20. Sept. ¼ 4 Uhr	"	"	

Verteilung 2 Knaben 3x, 3 Knaben 2x, 9 Knaben 1x, 3 Mädchen 1x

Veröffentlichungen

┌ Berlin, November und Dezember 2009

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

4. Quartal 2008 vj 4/08
A I 1, A II 4 6,00 EUR

Melderechtlich registrierte Einwohner

am 30. Juni 2009 hj 1/09
A I 5 8,00 EUR

Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2007 j 07
A I 10, A I 11, A VI 2 8,00 EUR

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr 2008 j 08
A II 1 6,00 EUR

Wanderungen

Jahr 2008 j 08
A III 2 7,00 EUR

Im Gesundheitswesen tätige Personen

Jahr 2008 j 08
A IV 1 7,00 EUR

Krankenhäuser , Teil III Kostennachweis-Korrektur

Jahr 2008 j 08
A IV 4 7,00 EUR

Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung

Jahr 2008 j 08
A V 3 8,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung Erwerbstätige

Jahresergebnis 1991 bis 2008
Vierteljahresergebnis
2005 bis 2. Vierteljahr 2009 hj 1/09
A VI 9 7,00 EUR

Auszubildende und Prüfungen

Jahr 2008 j 08
B II 5 7,00 EUR

Bericht des Landeswahlleiters Wahl zum 17. Deutschen Bundestag

Endgültiges Ergebnis
27. September 2009 4j 09
B VII 1 0,00 EUR

Wahl der Abgeordneten des 7. Europäischen Parlaments

Endgültiges Ergebnis
7. Juni 2009 5j 09
B VII 5 0,00 EUR

Gewerbeanzeigen

September 2009 m 9/09
D I 1 6,00 EUR

Unternehmensregister

Jahr 2008 j 08
D II 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden)

September 2009 m 9/09
E I 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe, Auftragseingangsindex

September 2009 m 9/09
E I 3 6,00 EUR

Baugewerbe

September 2009 m 9/09
E II 1/E III 1 7,00 EUR

Baugenehmigungen

September 2009 m 9/09
F II 1 6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

August 2009 m 8/09
G I 1/G IV 3 7,00 EUR

Gäste, Übernachtungen und Beherbergungskapazität

August 2009 m 8/09
G I 1 6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

September 2009 m 9/09
H I 1 7,00 EUR

Binnenschifffahrt

2. Vierteljahr 2009 vj 2/09
H II 1 6,00 EUR

Sozialhilfe

Ausgaben und Einnahmen

Jahr 2008 j 08
K I 1 6,00 EUR

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Jahr 2008 j 08
K I 2 7,00 EUR

Maßnahmen der Jugendarbeit

Jahr 2008 4j
K V 6 6,00 EUR

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege

1. März 2009 j 09
K V 7 7,00 EUR

Leistungen an Asylbewerber

Ausgaben und Einnahmen

Jahr 2008 j 08
K VI 1 6,00 EUR

Empfänger von Regelleistungen

Jahr 2008 j 08
K VI 2 7,00 EUR

Empfänger von besonderen Leistungen

Jahr 2008 j 08
K VI 3 6,00 EUR

Verbraucherpreisindex

November 2009 m 11/09
M I 2 7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434

Fax: 0331 39 - 418

Brandenburg, November und Dezember 2009

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

4. Quartal 2008	vj 4/08	
A I 1, A II 4		6,00 EUR

Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2008	j 08	
A I 10, A VI 2		10,00 EUR

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr 2008	j 08	
A II 1		6,00 EUR

Wanderungen

1. Quartal 2009	vj 1/09	
A III 1		6,00 EUR
Jahr 2008	j 08	
A III 2		7,00 EUR

Arbeitsmarkt

November 2009	m 11/09	
A VI 7		6,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung

Erwerbstätige

Jahresergebnis 1991 bis 2008		
Vierteljahresergebnis 2005 bis 2. Vierteljahr 2009	hj 1/09	
A VI 9		7,00 EUR

Auszubildende und Prüfungen

Jahr 2008	j 08	
B II 5		8,00 EUR

Bundestagswahl

Repräsentative Wahlstatistik

Jahr 2009	4j/09	
B VII 1-5		7,00 EUR

Endgültiges Ergebnis nach Gemeinden bzw. Stadtteilen/Ortsteilen der Kreisfreien Städte

Jahr 2009	4j/09	
B VII 1-4		10,00 EUR

Landtagswahlen, Endgültiges Ergebnis nach Gemeinden bzw. Stadtteilen/Ortsteilen der Kreisfreien Städte

Jahr 2009	5j/09	
B VII 2-4		10,00 EUR

Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe, Anbau auf dem Ackerland

– Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2009	j 09	
C I 1		6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland

September 2009	m 9/09	
C II 1		6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Obst im Marktobstbau – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2009	j 09	
C II 6		6,00 EUR

Viehbestände – Repräsentative Erhebung über Schweine und Schafe

– Endgültiges Ergebnis –

3. Mai 2009	j 09	
C III 2		6,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

Oktober 2009	m 10/09	
C III 6		6,00 EUR

Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel

01. 01. bis 30.09.2009	vj 3/09	
C III 8		6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

September 2009	m 9/09	
D I 1		7,00 EUR

Unternehmensregister

Jahr 2008	j 08	
D II 1		8,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Oktober 2009	m 10/09	
E I 1		7,00 EUR

Auftragseingangsinde

Oktober 2009	m 10/09	
E I 3		6,00 EUR

Baugewerbe

Oktober 2009	m 10/09	
E II 1; E III 1		7,00 EUR

Baugenehmigungen

Oktober 2009	m 10/09	
F II 1		6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

September 2009	m 9/09	
G I 1; GIV 3		7,00 EUR

Gäste, Übernachtungen und Beherbergungskapazität

September 2009	m 9/09	
G IV 1		7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

September 2009	m 9/09	
H I 1		7,00 EUR

Binnenschifffahrt

3. Vierteljahr 2009	vj 3/09	
H II 1		7,00 EUR

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege

1. März 2009	j 09	
KV 7		7,00 EUR

Vierteljährliche Verdiensterhebung

2. Quartal 2009	vj 2/09	
NI 1		7,00 EUR

Klimawirksame Stoffe

Jahr 2008	j 08	
Q IV 1		6,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

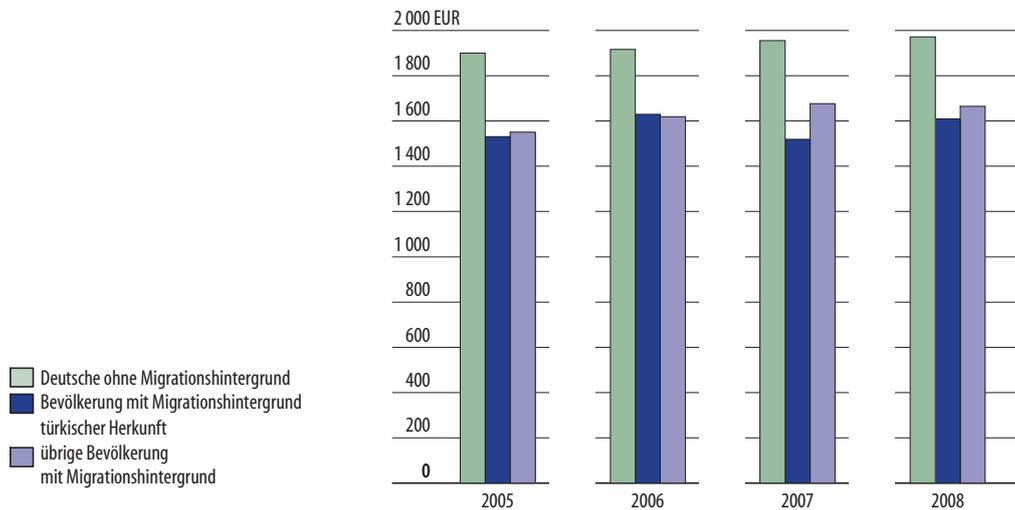
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

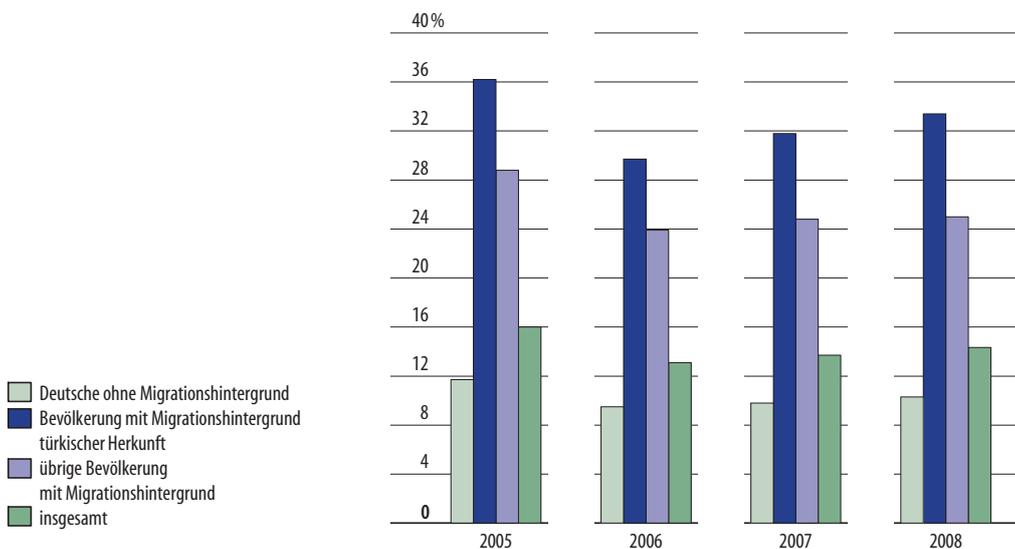
E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

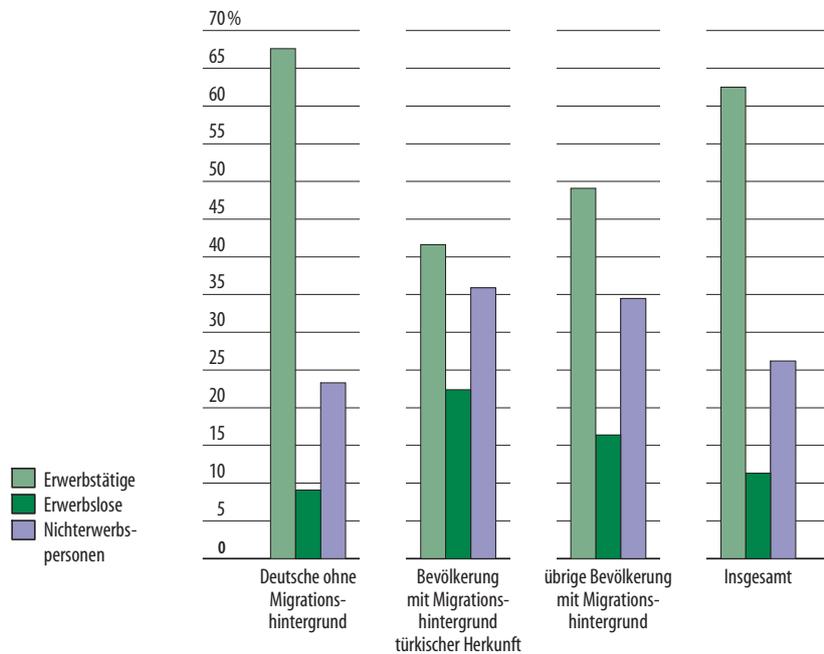
┌
**Durchschnittliche Haushaltseinkommen
 der Berliner Bevölkerung
 nach Migrationshintergrund
 des Haupteinkommenbeziehers**
 Ergebnisse des Mikrozensus



┌
**Armutsgefährdung
 der Berliner Bevölkerung in Privathaushalten
 nach Migrationshintergrund**
 Ergebnisse des Mikrozensus



Erwerbsbeteiligung der Berliner Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund 2008
Ergebnisse des Mikrozensus



Bildungsstand der Berliner Bevölkerung ab 25 Jahre mit und ohne Migrationshintergrund 2008
Ergebnisse des Mikrozensus

